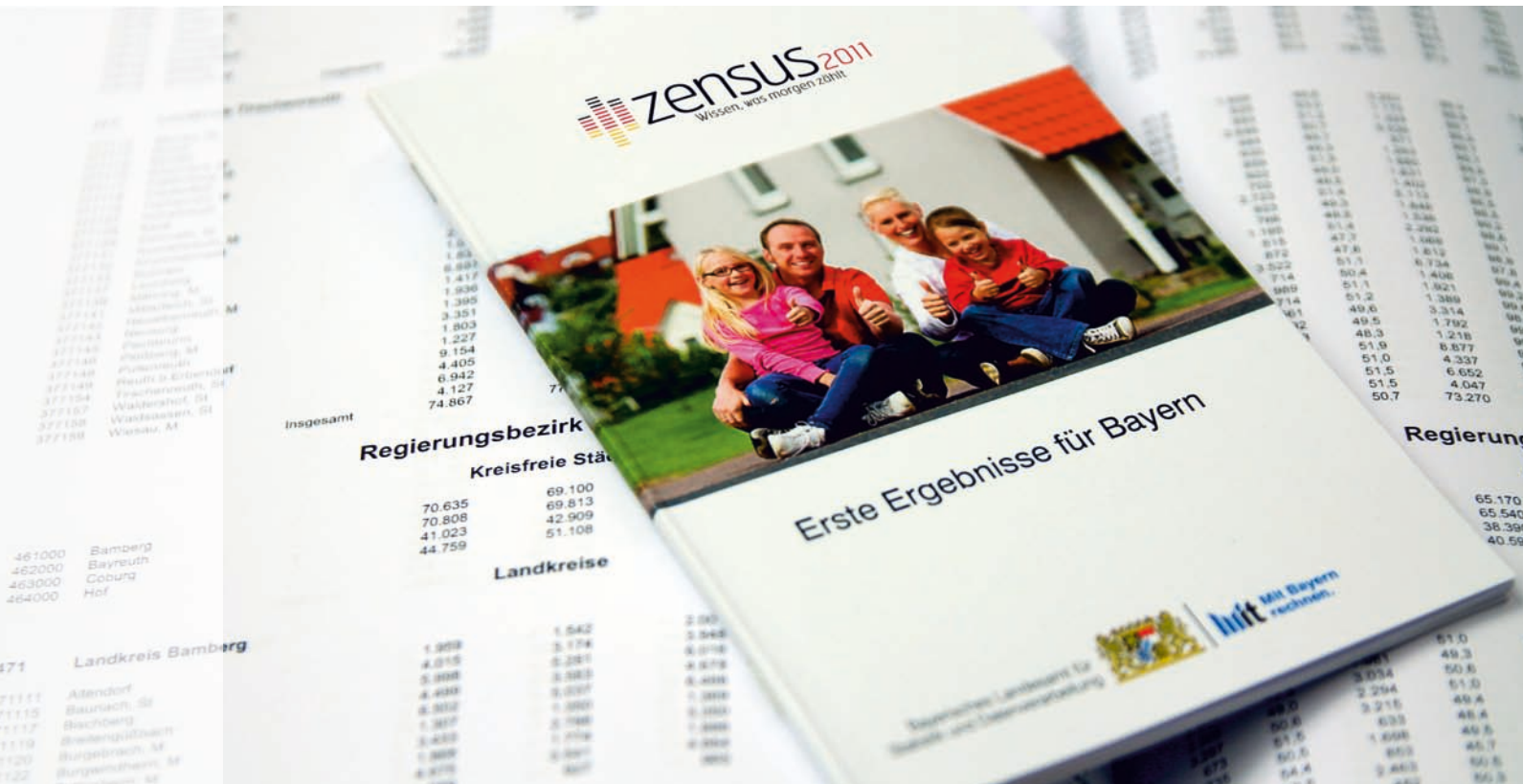


Bayern in Zahlen

Ausgabe 5 | 2013



- ZENSUS 2011: Erste Ergebnisse vorgestellt
- BIP und Erwerbstätige im Jahr 2012
- Neuer Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
- Regionalstatistik der Europäischen Union



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) sowie von ausgewählten anderen Publikationen (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen. Bestellung direkt beim Vertrieb, per E-Mail oder Fax.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik sowie
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 144. (67.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-3580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik
und Datenverarbeitung, München 2013**

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

In Zeiten der Globalisierung gewinnt die Orientierung an nahe liegenden, überschaubaren Strukturen und Lebensverhältnissen, in denen man sich besser zurechtfinden und mit denen man sich gut identifizieren kann, immer mehr an Sinn und Attraktivität. Nicht nur in der staatlichen Organisation, auch in Gesellschaft und Wirtschaft ist Regionalität ein nicht mehr wegzudenkendes Prinzip. Authentizität, Vielfalt, Qualität sind Themen, die uns in diesem Zusammenhang wichtig sind. Schon beim täglichen Einkauf wird die Zunahme regionaler Orientierung deutlich, wenn wir immer stärker auf regionale Produkte setzen. Unsere bayerische Lebensart und Kultur sind ein für uns besonders wichtiges Beispiel für regionale Identifikation und Authentizität.



Regionales Bewusstsein entwickelt sich auf verschiedenen räumlichen Ebenen. So wie Bayerns Regionalbewusstsein zur Vielfalt der Regionen in Deutschland und in der EU beiträgt, hat sich auch innerhalb Bayerns eine Vielfalt von Lebensverhältnissen und regionaler Identifikation entwickelt, die über die Ebene der Regierungsbezirke hinweg tief in die kommunale Ebene hineinreicht.

In dem Maße, in dem Regionalität unsere Lebensverhältnisse prägt, ist auch die Statistik, die Teile der Lebenswirklichkeit in Zahlen abbildet, betroffen. Die Menschen interessieren sich für ihre Region. Die Nachfrage nach regionalisierten Zahlen wächst mit steigendem Interesse. Praktisch jede Veröffentlichung unseres Landesamtes mit bayernweiten Ergebnissen führt zu zahlreichen Rückfragen regionaler Medien nach aufgeschlüsselten Daten für ihr Verbreitungsgebiet.

Eine wesentliche Aufgabe der amtlichen Statistik ist deshalb die Erfassung kleinräumiger Daten sowie deren Aufbereitung und Veröffentlichung. In unserer Maiausgabe widmen wir uns gleich zweimal dem Thema Regionalstatistik. Neben einer Darstellung der theoretischen Grundlagen des regionalstatistischen Systems in der EU stellen wir Ihnen ausführlich den neuen Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor.

Wie sich überregionale Entwicklungen auf die Lebensverhältnisse in tiefer liegenden regionalen Gebietskulissen auswirken, zeigen wir Ihnen anhand der erfreulichen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung 2012 für Bayern und Deutschland.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

Karlheinz Anding
Präsident des
Bayerischen Landesamts
für Statistik und Datenverarbeitung

Statistik aktuell

222 [Kurzmitteilungen](#)

Nachrichten

235 [ZENSUS 2011: Erste Ergebnisse vorgestellt](#)

Beiträge aus der Statistik

241 [BIP und Erwerbstätige im Jahr 2012 in Bayern: Verhaltener Aufschwung mit Beschäftigungsrekord](#)

248 [Neuer Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder](#)

255 [Regionalstatistik der Europäischen Union](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

260 [Bayerns Sozialprodukt im Jahre 1950](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

267 [Tabellen](#)

276 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Zum internationalen Tag der Familie am 15. Mai

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, lebten 2011 in Bayern 1,29 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. Die Familien bestanden aus durchschnittlich 3,65 Mitgliedern. Damit gehörten rund 4,69 Millionen Personen den Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren an. Verglichen mit dem Jahr 2005 bedeutet dies einen Rückgang bei den Familienmitgliedern um knapp acht Prozent. Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus seit 2005 generell alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter, jeweils mit (ledigen) Kindern im Haushalt. An dieser Stelle werden nur Familien berücksichtigt, bei denen mindestens ein unter 18-jähriges Kind und gegebenenfalls weitere ältere Kinder im Haushalt leben.

Beinahe drei von zehn Familien (knapp 29 %) waren im ländlichen Bereich ansässig, das heißt, deren Wohnort umfasste unter 5 000

Einwohner. Rund 35 % lebten in einer Gemeinde mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern und weitere etwa 21 % in Städten bzw. Gemeinden mit 20 000 bis unter 200 000 Einwohnern. In den Großstädten München, Nürnberg und Augsburg hatten gut 15 % der Familien ihren Lebensmittelpunkt. Im Vergleich dazu lebten rund 17 % der Gesamtbevölkerung Bayerns in den drei größten bayerischen Städten.

Im Jahr 2011 war nach wie vor die traditionelle Familie mit beiden miteinander verheirateten Elternteilen weit verbreitet: Bei gut drei Viertel der bayerischen Familien (77 %) handelte es sich um Ehepaarfamilien.

Bei gut sechs Prozent lebten die Eltern in einer Lebensgemeinschaft zusammen und bei knapp 17 % wuchsen die Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil auf. Unter den Alleinerziehenden waren Väter nach wie vor selten vertreten, etwa neun von zehn Alleinerziehenden waren Mütter (gut 89 %).

Hohe Geschwisterzahlen sind im Freistaat heutzutage eher eine Sel-

tenheit: Ein-Kind-Familien stellten 2011 rund die Hälfte (51 %) aller Familien. Zwei Kinder unter 18 Jahren teilten sich bei 38 % das Elternhaus, drei oder mehr Kinder bei elf Prozent.

Bei einem bedeutenden Anteil der Familien (gut 28 %) konnte mindestens einem Elternteil ein Migrationshintergrund zugeschrieben werden. Dazu zählen nach der Definition des Mikrozensus sämtliche nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen (Groß-)Elternteil. Von den Alleinerziehenden hatten knapp 22 % einen Migrationshintergrund. In rund jeder neunten Paargemeinschaft (gut elf Prozent der Ehepaare und Lebensgemeinschaften) wurde für einen Partner, bei weiteren gut 18 % für beide Partner, ein Migrationshintergrund ermittelt.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Haushalte und Familien in Bayern 2011“ (Best.-Nr. A6204C 201100, nur als Datei).*



Soziales, Gesundheit

Ende 2012 wurden in Bayern mehr als 4 000 laufende Hilfen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge gezählt

Leistungen der Kriegsopferfürsorge stehen Beschädigten und Hinterbliebenen nach dem Bundes-

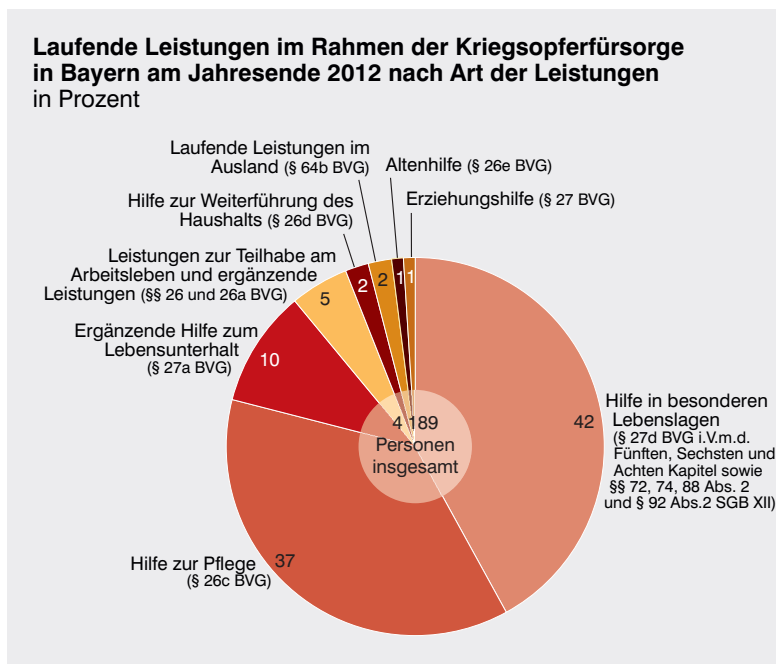
versorgungsgesetz (BVG) zu oder in entsprechender Anwendung dieses Gesetzes zum Beispiel

nach dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz oder dem Infektionsschutzgesetz.

Am Ende des Jahres 2012 wurden 4 189 regelmäßige Hilfen gezählt, davon die meisten (1 770) als Hilfen in besonderen Lebenslagen, gefolgt von den Hilfen zur Pflege (1 544 Hilfen) und als ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (411 Fälle).

Zudem wurden 2012 im Laufe des Jahres 866 einmalige Hilfen gewährt, hier war mit 242 Fällen die Altenhilfe die häufigste Hilfeart.

Die Ausgaben für Leistungen der Kriegsofopferfürsorge betrugen im Jahr 2012 insgesamt 65 868 065 Euro. Auch hier hatten die Hilfen in besonderen Lebenslagen mit 32 119 606 Euro und somit fast der Hälfte der gesamten Bruttoausgaben den größten Anteil, gefolgt von den Ausgaben für Hilfe zur Pflege mit 28 500 632 Euro. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 15 852 474 Euro verblieben Net-



toausgaben von 50 015 591 Euro. Umgerechnet auf die Einwohner Bayerns lag die Belastung je Einwohner bei knapp vier Euro.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Kriegsofopferfürsorge in Bayern 2012“ (Bestellnummer: K3300C 201251, nur als Datei).*

Zum internationalen Tag der Krankenpflege am 12. Mai

Im Jahr 2011 waren in den bayerischen Krankenhäusern 63 484 Pflegekräfte beschäftigt und somit geringfügig mehr als im Jahr davor (+2,1%). 30 555 Pflegekräfte – das sind 48,1% – waren Teilzeitbeschäftigte bzw. geringfügig Beschäftigte. Der Frauenanteil der in der Krankenpflege beschäftigten Personen betrug 86%.

Betrachtet man die mehrjährige Entwicklung, so zeigt sich eine Zunahme der Beschäftigtenzahl im Pflegedienst von 52 429 im Jahr 1991 auf den bisherigen Höchststand von 62 859 im Jahr 2002. In den Folgejahren sank die Zahl der Pflegekräfte bis auf 58 490, um dann wieder auf aktuell 63 484

anzusteigen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in diesem Zeitraum kontinuierlich von 25,6% auf 48,1% stieg.

Rechnet man die Teilzeitkräfte auf die volle tarifliche Arbeitszeit um, so entsprechen die 63 484 Pflegekräfte (= Personen) 47 312 „Vollkräften“ (= Vollzeitäquivalente) in der Krankenpflege. Betrachtet man hierzu die mehrjährige Entwicklung, so zeigt sich eine Zunahme der Zahl der Vollkräfte von 44 096 im Jahr 1991 bis auf 49 776 im Jahr 2000, danach eine Abnahme bis auf 44 514 im Jahr 2007, um seit 2008 wieder jedes Jahr kontinuierlich bis auf aktuell 47 312 zu steigen.

Die Zahl der behandelten Patienten – gezählt werden die Behandlungsfälle – ging annähernd mit der zeitlichen Entwicklung der Vollkräfte konform. Ausgehend von 2 177 094 behandelten Patienten und 44 096 Vollkräften am Anfang des Betrachtungszeitraums (1991) stieg die Zahl der behandelten Patienten bis zum temporären Höchstwert im Jahr 2001 (2 678 249). Nach einem vorübergehenden Rückgang wurde diese Marke im Jahr 2008 fast wieder erreicht und in den letzten drei Jahren deutlich überschritten. Die Anzahl der Vollkräfte im Pflegedienst liegt dagegen mit 47 312 um 2 464 unter dem Maximum im Jahr 2000. Die Relation „Patienten je Voll-

Zahl der Pflegekräfte an bayerischen Krankenhäusern 1991 bis 2011

Berichtsjahr	"Vollkräfte" (Vollzeitäquivalente) im Jahresdurchschnitt	Beschäftigte im Pflegedienst				Behandelte Patienten (Fallzahl)
		insgesamt	davon		darunter Teilzeit	
			männlich	weiblich		
1991	44 096	52 429	6 888	45 541	13 404	2 177 094
1992	44 911	53 148	6 835	46 313	14 743	2 243 193
1993	46 078	55 583	7 309	48 274	16 250	2 284 551
1994	48 144	57 704	7 666	50 038	17 442	2 342 743
1995	49 585	59 465	8 179	51 286	18 691	2 421 130
1996	49 653	59 898	8 289	51 609	19 877	2 459 269
1997	49 352	59 986	8 462	51 524	20 640	2 512 598
1998	49 185	60 875	8 731	52 144	21 230	2 586 709
1999	49 383	61 283	8 915	52 368	21 775	2 629 233
2000	49 776	61 836	8 894	52 942	22 587	2 661 234
2001	49 752	62 151	8 895	53 256	23 570	2 678 249
2002	49 371	62 859	8 968	53 891	24 961	2 668 938
2003	48 470	61 100	8 697	52 403	25 534	2 658 771
2004	45 893	59 037	8 250	50 787	26 258	2 550 443
2005	44 800	58 562	8 228	50 334	26 764	2 522 724
2006	44 521	58 490	8 232	50 258	27 063	2 529 978
2007	44 514	58 946	8 315	50 631	27 521	2 601 174
2008	45 076	59 721	8 326	51 395	27 638	2 674 573
2009	45 819	61 015	8 559	52 456	28 505	2 736 316
2010	46 742	62 171	8 786	53 385	29 790	2 762 631
2011	47 312	63 484	9 084	54 400	30 555	2 811 503

kraft“, die Anfang der neunziger Jahre etwa 50 betrug, stieg seit

1998 deutlich an und bewegt sich seit 2008 bei knapp unter 60.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2011“ Bestellnummer: A4200C 201100, nur als Datei)*



Verarbeitendes Gewerbe

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im ersten Quartal 2013 um 4,5% gesunken

In den ersten drei Monaten des Jahres 2013 musste das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, einen Umsatzrückgang von 4,5% gegenüber dem Vorjahresquartal hinnehmen. Von den 76,1 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen rund 41,1 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (-3,7%) und darunter rund 13,5 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (-8,0%). Die Anteile

der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrugen 54,1 bzw. 17,8%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende März 2013 um 1,1% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern verzeichneten im ersten Quartal 2013 gegenüber dem ersten Quartal 2012 ein Plus von 0,8%. Die Bestelleingänge aus

dem Inland fielen um 0,3%, die aus dem Ausland stiegen um 1,6%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesen Themen enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: E1101C 20130, nur als Datei) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: E1300C 201303, nur als Datei).*

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im März 2013 um 6,2% unter dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“) musste im März 2013 eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,2% hinnehmen. Dabei verringerte sich die Produktion im Verbrauchsgüterbereich um 5,2%. Der Investitionsgüterbe-

reich (-6,2%), die Vorleistungsgüterproduzenten (-8,7%) und der Gebrauchsgütersektor (-13,0%) mussten ebenfalls ein Minus der Produktionsentwicklung verzeichnen. Mit ein Grund für die negative Entwicklung war auch der Zeitraum der Osterferien, die 2013 zur Hälfte im März lagen.

Im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2012 war im entspre-

chenden Zeitraum 2013 ein Produktionsrückgang von 2,8% zu verzeichnen. Am wenigsten betroffen war auch hier die Produktion im Verbrauchsgüterbereich, mit einer Abnahme von 0,5%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: E1200C 201303, nur als Datei).*

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Dezember 2012 und von Januar bis März 2013
Ergebnisse für Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

Bezeichnung	Dezember	Januar	Februar	März
	2012	2013		
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 = 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	100,7	107,1	108,7	119,4
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	94,1	113,5	126,7	150,6
Maschinenbau	107,2	89,1	99,5	105,3
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	87,0	101,1	97,9	101,8
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	210,9	218,2	202,4	231,2
Veränderung in Prozent zum Vorjahr				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	-6,4	2,1	-3,4	-6,2
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3,1	-0,1	3,1	11,6
Maschinenbau	-7,9	-2,3	-5,2	-26,7
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	-14,3	-1,7	-7,7	-11,9
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	-6,9	8,2	-12,3	-7,6



Handel und Dienstleistungen

Bayerns Außenhandel im Februar 2013 rückläufig

Die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft gingen im Februar 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat nach vorläufigen Ergebnissen um 1,8% auf rund 13,6 Milliarden Euro zurück. Waren im Wert von knapp 7,5 Milliarden Euro verkaufte Bayerns Wirtschaft in EU-Mitgliedsstaaten (+0,4%), darunter wurden Waren im Wert von rund 5,0 Milliarden Euro (+1,4%) in die Euro-Länder versandt. Die bayerische Wirtschaft importierte im Februar

Waren im Wert von annähernd 12,0 Milliarden Euro (-4,4%), davon wurden Waren im Wert von knapp 6,8 Milliarden Euro (-0,6%) aus den Ländern der Europäischen Union bezogen. Die Länder der Euro-Zone lieferten Waren im Wert von nahezu 4,4 Milliarden Euro (-1,1%) in den Freistaat.

Die wichtigsten Ausfuhrländer Bayerns waren im Februar 2013 die USA (1,5 Milliarden Euro;

+0,4%), China (1,2 Milliarden Euro; -13,5%) und Österreich (1,0 Milliarden Euro; -10,6%).

Bei den Einfuhren lag Österreich (1,2 Milliarden Euro; -2,0%) vor China (0,9 Milliarden Euro; -11,4%) und Italien (0,8 Milliarden Euro; -6,2%).

Die höchsten Exporterlöse erzielte die bayerische Wirtschaft im Februar 2013 mit „Personenkraftwagen

Außenhandel Bayerns im Jahr 2013
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Februar				
Europa	8 688 453	0,5	7 941 649	-2,9
dar. EU-Länder (EU 27)	7 452 706	0,4	6 791 610	-0,6
dar. Euro-Länder	5 008 661	1,4	4 376 692	-1,1
dar. Frankreich	989 517	2,0	524 552	-3,4
Italien	857 345	-6,8	843 325	-6,2
Österreich	1 030 425	-10,6	1 205 160	-2,0
Vereinigtes Königreich	972 786	5,1	425 878	13,3
Afrika	245 598	-9,0	740 969	25,9
Amerika	2 009 934	2,7	944 049	1,7
dar. USA	1 484 806	0,4	691 163	-9,0
Asien	2 523 810	-11,5	2 342 510	-17,0
dar. Volksrepublik China	1 156 187	-13,5	895 331	-11,4
Australien-Ozeanien	137 232	4,2	9 762	-13,9
Verschiedenes*	295	-92,2	-	x
Insgesamt	13 605 321	-1,8	11 978 940	-4,4
Januar bis Februar				
Europa	17 074 918	3,7	15 994 004	2,6
dar. EU-Länder (EU 27)	14 717 930	4,1	13 609 290	5,5
dar. Euro-Länder	9 889 896	3,8	8 845 884	6,8
dar. Frankreich	1 957 151	1,3	1 050 376	-1,7
Italien	1 702 698	-2,7	1 655 758	-1,5
Österreich	2 055 771	-7,2	2 343 703	1,8
Vereinigtes Königreich	1 876 544	12,0	829 088	10,5
Afrika	468 727	-0,6	1 272 203	27,3
Amerika	3 887 992	5,1	1 973 153	11,5
dar. USA	2 872 836	2,9	1 566 817	10,3
Asien	5 131 662	-6,1	4 902 841	-4,6
dar. Volksrepublik China	2 353 452	-11,2	1 969 050	-6,8
Australien-Ozeanien	248 534	-7,2	25 346	8,2
Verschiedenes*	321	-91,6	-	x
Insgesamt	26 812 154	1,6	24 167 550	2,8

* Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

und Wohnmobilen“ (2,9 Milliarden Euro; +1,2%) und „Maschinen“ (2,1 Milliarden Euro; -14,0%). Bei den Importen lag „Erdöl und Erdgas“ (1,7 Milliarden Euro; -16,4%) vor „Maschinen“ (1,2 Milliarden Euro; -15,5%).

In den ersten beiden Monaten 2013 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von über 26,8 Milliarden Euro, 1,6% mehr als im Vorjahreszeitraum, und importierte Waren im Wert von fast 24,2 Milliarden Euro (+2,8%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Februar 2013 (Bestellnummer: G3000C 201302, nur als Datei)“.*

Umsatz des Einzelhandels stieg in den ersten drei Monaten 2013 in Bayern um gut 1 %

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg der Umsatz des bayerischen Einzelhandels (ohne Kraftfahrzeughandel) im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum

nominal um 1,1 %, in bereinigten Preisen sank er jedoch um 0,2%. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,0%, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,9 % und

die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,1 % zunahm.

Der Umsatz im Einzelhandel mit Lebensmitteln wuchs in den ers-

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im Jahr 2013
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat und -zeitraum in Prozent				
März					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,4	1,1	2,9	3,9	2,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	-2,8	-3,5	0,2	0,0	0,5
Einzelhandel insgesamt*	-0,4	-1,7	1,2	1,1	1,2
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	3,4	1,3	1,9	3,1	1,3
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	0,7	-2,0	4,1	1,7	5,8
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	-5,0	-0,1	0,1	-1,6	1,1
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	0,8	4,9	-1,4	-1,9	0,6
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-7,6	-8,4	0,6	0,8	0,3
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	-4,3	-6,8	1,4	0,8	1,9
mit sonstigen Gütern	-6,1	-8,0	-0,3	0,0	-0,5
an Verkaufsständen und auf Märkten	-6,7	-9,8	-0,7	-0,1	-0,9
sonstiger Einzelhandel	12,6	12,1	5,2	2,5	8,6
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	6,2	5,3	4,3	0,6	9,0
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	33,9	41,8	2,2	3,4	0,8
Januar bis März					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	2,4	0,1	2,8	3,2	2,6
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	0,2	-0,4	0,1	0,0	0,2
Einzelhandel insgesamt*	1,1	-0,2	1,0	0,9	1,1
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	2,5	0,3	2,1	2,6	1,8
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	0,9	-1,9	3,6	1,5	5,2
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	-2,3	-1,0	0,3	-2,0	1,8
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-2,8	1,9	-2,0	-2,4	-0,4
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	-3,5	-4,4	0,6	1,1	0,0
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	-1,3	-3,4	1,0	1,0	1,0
mit sonstigen Gütern	-0,8	-2,5	-0,8	-0,3	-1,1
an Verkaufsständen und auf Märkten	-3,3	-6,7	-0,5	0,8	-1,1
sonstiger Einzelhandel	9,4	10,0	5,6	3,1	8,7
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	10,1	9,7	5,1	1,0	10,5
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	8,4	12,3	2,3	3,3	1,0

* Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

ten drei Monaten 2013 in aktuellen Preisen um 2,4% und in bereinigten Preisen um 0,1%, im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln nahm der Umsatz in aktuellen Preisen um 0,2% zu, nach Preisbereinigung ging er aber zurück (-0,4%). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Lebensmittel-Einzelhandel um 2,8% und im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel um 0,1%.

Nominale und reale Umsatzsteigerungen erzielten im ersten Vierteljahr 2013 der sonstige Einzelhandel (nominal: +9,4%; real: +10,0%), zu dem u.a. der Versand- und Internet-Einzelhandel (nominal: +10,1%; real: +9,7%) und der Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen (nominal: +8,4%; real: +12,3%) gehören, sowie der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal: +2,5%; real:

+0,3%). Gegensätzlich entwickelten sich nominaler und realer Umsatz des Einzelhandels mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal: +0,9%; real: -1,9%) und des Einzelhandels mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (nominal: -2,8%; real: +1,9%). Bei allen weiteren Wirtschaftszweigen nahmen nominaler und realer Umsatz ab.

Im März 2013 verringerte sich der Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahresmonat nominal um 0,4% und real um 1,7%. Während der Lebensmittel-Einzelhandel Umsatzsteige-

rungen verbuchen konnte (nominal: +3,4%; real: +1,1%), musste der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln Umsatzeinbußen hinnehmen (nominal: -2,8%; real: -3,5%).

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert. Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im März 2013“ (Bestellnummer: G1100C 201303, nur als Datei.*



Tourismus

Bayerns Fremdenverkehr auch im ersten Quartal 2013 auf Erfolgskurs

Nach vorläufigen Ergebnissen erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte in den gut 12 100 geöffneten bayerischen Beherbergungsbetrieben mit zehn oder mehr Gästebetten (einschließlich der Campingplätze) im ersten Vierteljahr 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,1% auf knapp 6,1 Millionen, die Übernachtungen nahmen um 3,0% auf fast 16,5 Millionen zu. Die Zahl der ausländischen

Gästeankünfte (6,4%) und Übernachtungen (+5,9%) stieg stärker als die der inländischen Gästeankünfte (+2,2%) und Übernachtungen (+2,4%).

Hohe Zuwachsraten bei Gästeankünften und Übernachtungen erzielten im ersten Quartal 2013 die Pensionen (Gästeankünfte: +7,0%; Übernachtungen: +6,7%), die Jugendherbergen und Hüt-

ten (Gästeankünfte: +7,1%; Übernachtungen: +7,0%), die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (Gästeankünfte: +9,4%; Übernachtungen: +6,5%) und die Campingplätze (Gästeankünfte: +8,5%; Übernachtungen: +6,4%). Mit Ausnahme der Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (Gästeankünfte: -2,7%; Übernachtungen: -0,2%) meldeten alle weiteren Betriebsarten ebenfalls gestiegene

Bayerns Fremdenverkehr im Jahr 2013

Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart —— Herkunft —— Gebiet	März				Januar bis März			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 156 169	3,0	2 446 117	5,0	3 156 985	3,0	6 851 818	3,0
Hotels garnis	398 356	2,7	899 403	2,0	1 088 650	4,1	2 532 990	2,9
Gasthöfe	228 333	-0,2	475 670	-0,2	617 165	0,5	1 342 793	0,7
Pensionen	100 044	10,1	281 740	8,5	281 764	7,0	858 972	6,7
Hotellerie zusammen	1 882 902	2,9	4 102 930	4,0	5 144 564	3,1	11 586 573	3,0
Jugendherbergen und Hütten	67 277	8,3	165 503	10,4	168 013	7,1	422 243	7,0
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime ..	139 137	-8,3	401 898	-1,2	378 825	-2,7	1 125 563	-0,2
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ...	79 157	36,1	406 790	25,3	240 637	9,4	1 375 687	6,5
Campingplätze	23 612	16,7	92 541	19,1	45 770	8,5	218 333	6,4
Vorsorge- und Reha-Kliniken	35 648	4,0	642 657	3,7	100 392	2,5	1 760 398	1,2
Insgesamt	2 227 733	3,3	5 812 319	5,2	6 078 201	3,1	16 488 797	3,0
davon aus dem								
Inland	1 752 615	2,9	4 806 849	5,4	4 715 462	2,2	13 517 058	2,4
Ausland	475 118	4,9	1 005 470	4,1	1 362 739	6,4	2 971 739	5,9
davon								
Oberbayern	1 024 304	3,2	2 393 058	3,3	2 890 548	5,0	6 985 186	4,7
dar. München	480 442	4,3	968 450	7,5	1 304 922	7,4	2 615 442	9,4
Niederbayern	211 085	15,1	829 566	11,7	572 006	6,0	2 337 734	3,3
Oberpfalz	126 332	1,0	316 805	4,7	333 049	0,8	874 267	3,2
Oberfranken	121 843	1,7	318 909	3,4	305 743	-2,1	817 444	-1,8
Mittelfranken	258 049	-5,5	535 156	-5,2	660 272	-1,9	1 390 023	-3,1
dar. Nürnberg	118 786	-3,5	223 773	-6,0	307 939	0,7	587 450	-1,8
Unterfranken	177 828	0,7	470 424	1,9	446 272	1,1	1 196 143	-0,6
Schwaben	308 292	8,0	948 401	14,3	870 311	2,9	2 888 000	4,9

Gäste- und Übernachtungszahlen. Während das südliche Bayern für das erste Quartal 2013 Zuwächse bei den Übernachtungen meldete, gingen diese in Franken zurück. Ober- (Gästeankünfte: +5,0%; Übernachtungen +4,7%) und Niederbayern (Gästeankünfte: +6,0%; Übernachtungen +3,3%) sowie Schwaben (Gästeankünfte: +2,9%; Übernachtungen +4,9%) verbuchten – in unterschiedlicher Reihenfolge – die höchsten Zunahmen bei den Gästeankünften und Übernachtungen.

Auch in der Oberpfalz nahmen die Gästeankünfte (+0,8%) und Übernachtungen (+3,2%) zu. In Unterfranken stieg zwar die Zahl der Gästeankünfte (+1,1%), die Übernachtungszahl ging jedoch zurück (-0,6%). In Mittel- und Oberfranken nahmen Gästeankünfte und Übernachtungen ab. Hohe Zuwächse bei den Gästeankünften (+7,4%) und Übernachtungen (+9,4%) verzeichnete die bayerische Landeshauptstadt München. In Nürnberg stiegen die Gästeankünfte (+0,7%) bei einer gesunkenen Übernachtungszahl (-1,8%). Im März 2013 erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,3% auf mehr als 2,2 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 5,2% auf gut 5,8 Millionen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: G41003 201303, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*



Verkehr

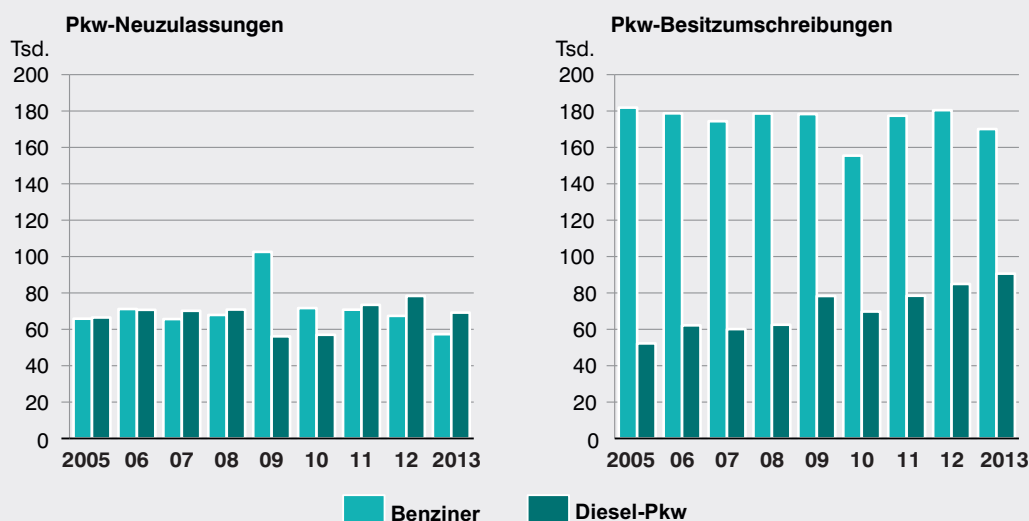
Fast 13% weniger Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen im ersten Quartal 2013

Nach der Kraftfahrzeugstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes wurden im ersten Quartal 2013 in Bayern 150 090 Kraftfahrzeuge (Kfz) neu zugelassen, 12,8% weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der umgeschriebenen Kfz verringerte sich um 2,8% auf 298 980. 85,3% der neu zugelassenen und 88,1%

der umgeschriebenen Kfz waren Personenkraftwagen (Pkw). Die Neuzulassungen von Pkw nahmen um 12,9% auf 128 020 ab, die Halterwechsel um 1,7% auf 263 340. Mit Ausnahme der Neuzulassungen von Kraftomnibussen (+0,3%) ging die Zahl der Neuzulassungen aller Fahrzeugklas-

sen zurück: Die Zahl der Neuzulassungen von Krafträdern lag im ersten Quartal 2013 um 16,3% unter dem Vorjahresniveau, die Zahl der Neuzulassungen von Zugmaschinen um 11,2%, von Lastkraftwagen um 11,0% und von sonstigen Kfz um 1,8%. Die Zahl der Neuzulassungen von Kraftfahr-

Pkw-Neuzulassungen und -Besitzumschreibungen in Bayern im jeweils 1. Quartal seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten



Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Bayern im ersten Quartal 2013

Fahrzeugklasse Kraftstoffart	Neuzulassungen			Besitzumschreibungen		
	Januar bis März			Januar bis März		
	2012	2013	Veränderung 2013 gegenüber 2012	2012	2013	Veränderung 2013 gegenüber 2012
	insgesamt		%	insgesamt		%
Kraftträder	9 580	8 020	-16,3	18 538	15 599	-15,9
Personenkraftwagen	146 923	128 020	-12,9	267 930	263 340	-1,7
davon (angetrieben mit)						
Benzin	67 404	57 329	-14,9	180 475	170 097	-5,8
Diesel	78 347	69 195	-11,7	84 946	90 617	6,7
Sonstige	1 172	1 496	27,6	2 509	2 626	4,7
Kraftomnibusse	341	342	0,3	274	238	-13,1
Lastkraftwagen	10 526	9 366	-11,0	12 088	11 345	-6,1
Zugmaschinen	4 290	3 809	-11,2	8 161	7 871	-3,6
Sonstige Kfz	543	533	-1,8	561	587	4,6
Kraftfahrzeuge insgesamt	172 203	150 090	-12,8	307 552	298 980	-2,8
Kraftfahrzeuganhänger	10 706	9 150	-14,5	11 426	11 710	2,5

zeuganhängern verringerte sich um 14,5%. Bei den Besitzumschreibungen von Kfz waren die Abnahmequoten in der Regel geringer: Die Halterwechsel von Kraftträdern nahmen um 15,9% ab, die Halterwechsel der Kraftomnibusse um 13,1%, die Halterwechsel der Lastkraftwagen um 6,1% und die Halterwechsel der Zugmaschinen um 3,6%. Die Zahl der Halterwechsel der sonstigen Kfz (+4,6%) und der Kraftfahrzeuganhänger nahm hingegen zu (+2,5%).

Die Zahl der Neuzulassungen von Benzinern ging im ersten Quartal 2013 um 14,9% auf 57 329 zurück, die Zahl der Neuzulassungen von Diesel-Pkw sank um 11,7% auf 69 195. Damit fuhren 54,1% aller neu zugelassenen Pkw mit Diesel und 44,8% mit Benzin. 1,2% aller in den ersten drei Monaten 2013 neu zugelassenen Pkw waren Gas, Elektro- oder Hybridfahrzeuge; das bedeutete eine Steigerung von 27,6% (erstes Vierteljahr 2012: 0,8%). Von den umgeschrie-

benen Pkw fuhren 64,6% mit Benzin, 34,4% mit Diesel und 1,0% mit sonstigen Antriebsarten.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, Fahrzeugzulassungen (FZ), Neuzulassungen (FZ 8) bzw. Besitzumschreibungen (FZ 9) von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern – Monatsergebnisse Januar 2012 – März 2012 und Januar 2013 – März 2013 (www.kba.de/ - Statistik).

Deutlicher Rückgang der Verunglückten in Bayern im ersten Quartal 2013

Im ersten Quartal 2013 registrierte die bayerische Polizei nach vorläufigen Ergebnissen 85 699 Straßenverkehrsunfälle, 1 139 mehr als im Vorjahreszeitraum. Bei 8 970 Unfällen mit Personenschaden (-1 316) verunglückten 12 523 Personen (-1 744), davon wurden 106 getötet (-15), 1 733 schwer verletzt (-463) und 10 684 leicht verletzt (-1 266).

Bei 3 556 (+315) der 76 729 Straßenverkehrsunfälle mit „nur“ Sach-

schaden in den ersten drei Monaten 2013 lag eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vor (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. Bei 394 weiteren Sachschadensunfällen (-86) waren zwar alle Kraftfahrzeuge fahrbereit, aber mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln. Die verbleibenden 72 779 Unfälle mit lediglich Sachschaden (+2 226) waren so genannte „Bagatellun-

fälle“, Sachschadensunfälle bei denen keine der vorher genannten Bedingungen zutrif.

Im März 2013 erfasste die bayerische Polizei 28 757 Straßenverkehrsunfälle (532 mehr als im Vorjahresmonat), darunter waren 3 152 Unfälle mit Personenschaden (-710). 37 Personen wurden bei Unfällen getötet (-6), 628 schwer verletzt (-229) und 3 686 leicht verletzt (-656).

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im ersten Quartal 2013

Vorläufige Ergebnisse

Unfälle Verunglückte	März		Veränderung		Januar bis März		Veränderung	
	2013	2012*			2013	2012*		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	28 757	28 225	532	1,9	85 699	84 560	1 139	1,3
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 152	3 862	- 710	-18,4	8 970	10 286	-1 316	-12,8
Unfälle mit nur Sachschaden	25 605	24 363	1 242	5,1	76 729	74 274	2 455	3,3
dav. Schwere Unfälle mit								
Sachschaden im engeren Sinne	1 020	698	322	46,1	3 556	3 241	315	9,7
Sonstige Sachschadensunfälle unter								
dem Einfluss berauschender Mittel	128	155	- 27	-17,4	394	480	- 86	-17,9
Übrige Sachschadensunfälle	24 457	23 510	947	4,0	72 779	70 553	2 226	3,2
Verunglückte insgesamt	4 351	5 242	- 891	-17,0	12 523	14 267	-1 744	-12,2
dav. Getötete	37	43	- 6	-14,0	106	121	- 15	-12,4
Verletzte	4 314	5 199	- 885	-17,0	12 417	14 146	-1 729	-12,2
dav. Schwerverletzte	628	857	- 229	-26,7	1 733	2 196	- 463	-21,1
Leichtverletzte	3 686	4 342	- 656	-15,1	10 684	11 950	-1 266	-10,6

* Endgültige Ergebnisse.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in

Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: H1101C 201303, nur als Datei).*

**Preise****Inflationsrate in Bayern im April 2013 bei 1,2%**

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im April 2013 bei +1,2%; im vorangegangenen März hatte sie +1,4% betragen. Ohne Heizöl und Kraftstoffe berechnet, wäre der Verbraucherpreisindex um 1,7 % gestiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem April des Vorjahres um 3,4 % erhöht. Dabei sind insbesondere die Preise für Gemüse (+6,4%) und Obst (+5,3%) sowie für Fleisch und Fleischwaren (+6,0%) überdurchschnittlich gestiegen. Deutlich teurer als im Vorjahr waren aber auch Eier (+7,3%) und Olivenöl (+17,0%), während sich die Preise für Butter (-0,4%) und Margarine (+0,8%) gegenüber dem Vorjahr kaum veränderten.

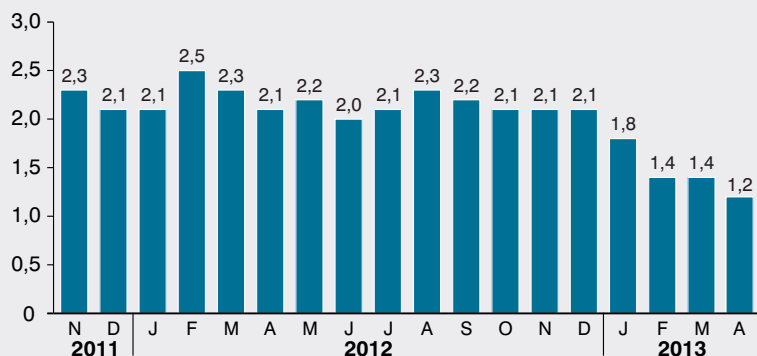
Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem April des Vorjahres um 6,9% gefallen. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein geringfügiger Preisanstieg von 0,6% zu verzeichnen. Mit 14,0% sind die Strompreise gegenüber dem April des Vorjahres hingegen besonders kräftig gestiegen. So

haben viele Stromanbieter zu Beginn dieses Jahres ihre Preise spürbar angehoben. Die Preise für Kraftstoffe (-5,9%) sind binnen Jahresfrist indessen deutlich zurückgegangen.

Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Woh-

Verbraucherpreisindex für Bayern von November 2011 bis April 2013
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent

2010 = 100



nungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem April des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,4%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im April auch weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Personalcomputer (-15,4%), DVD- oder Blu-ray-Player (-11,9%), digitale Camcorder (-7,1%) und Fernsehgeräte (-4,5%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise im Gesamtniveau um 0,4% zurückgegangen. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die saisonbedingten kräftigen Preisrückgänge bei Pauschalreisen (-20,5%). Auch Heizöl (-1,9%) hat sich geringfügig verbilligt, während sich Kraftstoffe um 2,1% verteuerten. Leicht gegenläufige Preisentwicklungen waren auch bei Obst (+1,2%) und Gemüse (-1,1%) zu beobachten.

Hinweis:

Diese Kurzmitteilung zum Berichtsmonat April 2013 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, April 2013 mit Jahreswerten von 2010 bis 2012 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201304, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis April 2013 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201304, Preis der Druckausgabe: 6,70 €).*



Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

Bauüberhang in Bayern Ende 2012

Am 31. Dezember 2012 waren in Bayern insgesamt 104 493 Wohnungen zum Bau freigegeben (einschließlich Genehmigungsfreistellungen), aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellt. Dies sind um 11,8% mehr als am Jahresende 2011. Von den zum Bauüberhang zählenden Wohnungen entfallen 89 553 auf neue Wohngebäude (+12,3%), 2 104 auf neue Nichtwohngebäude (+8,6%) und 12 836 (+9,2%) auf Baumaßnahmen an bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Bei 43,4% (bzw. 38 841) der im Bauüberhang befindlichen Wohnungen in geplanten neuen Wohngebäuden war bis Ende 2012 noch nicht mit dem Bau begonnen worden. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass knapp die Hälfte (47,1%) dieser Wohnungen auch erst im Verlauf des Jahres 2012 genehmigt worden waren. Bei 17,7% lag der Genehmigungszeitpunkt im Jahr 2011, bei gut jeder dritten dieser Wohnungen (35,2%) allerdings bereits im Jahr 2010 oder früher. Knapp jede vierte Wohnung (23,7% bzw. 21 202), die in einem neuen

Wohngebäude entstehen soll, befand sich zwar bereits in der Bauphase, aber der Zustand „unter Dach“ war Ende 2012 noch nicht erreicht worden. Hingegen war bei knapp einem Drittel (33,0% bzw. 29 510) der Wohnungen in neuen Wohngebäuden der Zustand „unter Dach“ (rohbaufertig) bereits erreicht. Somit befanden sich am 31. Dezember 2012 insgesamt 89 553 Wohnungen, die in neuen Wohngebäuden projektiert sind, in der Bauphase (+12,3% gegenüber dem Vorjahr). Die durchschnittliche Abwicklungsdauer von der Genehmigung bis zur Fertigstellung eines neuen Wohngebäudes lag im Jahr 2012 bei 19 Monaten.

Im Bauüberhang zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2012 befanden sich außerdem insgesamt 25 071 Nichtwohngebäude, darunter 17 586 geplante Neubauten mit einem projektierten Rauminhalt von 108,3 Millionen Kubikmetern. Bei knapp der Hälfte (47,0%) der für den Neubau vorgesehenen Nichtwohngebäuden war zum Berichtsstichtag noch nicht mit dem Bau begonnen worden, 16,4% wa-

ren zwar schon in der Bauphase, aber noch nicht unter Dach, und bei 36,6% war der Zustand „unter Dach“ bereits erreicht. Bei 41,9% der Neubauten, mit deren Bau Ende 2012 noch nicht begonnen worden war, lag der Zeitpunkt der Baugenehmigung ebenfalls im Jahr 2012. Allerdings stammte die Baugenehmigung bei mehr als jedem Dritten (38,8%) dieser projektierten Gebäude aus dem Jahr 2010 oder davor.

Die jährliche Bauüberhangsstatistik ergab zudem, dass 5 522 ehemals geplante Wohnungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden insgesamt) nicht mehr gebaut werden (-2,0% im Vergleich zum Vorjahr), da die Baugenehmigungen hierfür im Verlauf des Jahres 2012 erloschen sind.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bauüberhang in Bayern am 31. Dezember 2012“ (Bestellnummer: F2300C 201200, nur als Datei).*

Rückläufiger Umsatz des bayerischen Bauhauptgewerbes im März 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat

Die 1 278 in Bayern ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen erwirtschafteten im März 2013 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 638,4 Millionen Euro. Im Vergleich zum März 2012 bedeutet dies einen nominalen Umsatzrückgang um 14,3%. Im ersten Quartal 2013 erzielten die genannten bauhauptgewerblichen Betriebe einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von insgesamt 1,58 Milliarden Euro; dies sind 2,0% weniger als im ersten Quartal des Vorjahres.

Nach Bausparten untergliedert zeigten sich folgende Umsatzentwicklungen: Im Bereich Wohnungsbau wurde im März 2013 ein baugewerblicher Umsatz in Höhe von 174,6 Millionen Euro erzielt, um 10,4% weniger als im März 2012. Im gewerblichen Hochbau betrug der baugewerbliche Umsatz 222,4 Millionen Euro (-13,7%)

und im gewerblichen Tiefbau 67,1 Millionen Euro (-18,5%). Die Sparte Hochbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen registrierte im März 2013 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 50,8 Millionen Euro (-7,7%), im Bereich Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck waren es 9,8 Millionen Euro (+0,1%) und im Straßenbau 49,6 Millionen Euro (-20,1%). In der Sparte Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen wurde ein baugewerblicher Umsatz in Höhe von 64,1 Millionen Euro erwirtschaftet, um 22,8% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Die Auftragseingänge der bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen betrugen im Berichtsmonat März 2013 insgesamt 1,15 Milliarden Euro und lagen damit nominal um 6,8% unter dem Wert vom März 2012. Im Zeitraum

von Januar bis einschließlich März 2013 summierten sich die Auftragseingänge auf 2,57 Milliarden Euro und blieben damit nominal um 6,2% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Ende März 2013 arbeiteten insgesamt 72 574 Menschen in den in Bayern ansässigen Betrieben des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit mindestens 20 tätigen Personen. Verglichen mit dem Stand vor einem Jahr ging die Personalausstattung der bauhauptgewerblichen Betriebe damit um 1,1% zurück. Insgesamt 5,7 Millionen Arbeitsstunden wurden im Berichtsmonat in den genannten Betrieben geleistet, um 15,4% weniger als im März 2012.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: E2100C 201303, nur als Datei).*

Fast 13% mehr Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im ersten Quartal 2013

Von Januar bis einschließlich März 2013 wurden Baugenehmigungen für insgesamt 12 248 Wohnungen erteilt (einschließlich Genehmigungsfreistellungen). Die Anzahl der Wohnungsbaugenehmigungen übertraf damit das Niveau des ersten Quartals 2012 um 12,9%. Die Mehrheit (90,1% bzw. 11 037) der insgesamt im ersten Quartal 2013 genehmigten Wohnungen ist in neuen Wohngebäuden geplant. Damit wurden 20,3% mehr Neubauwohnungen genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Durch Um- oder Ausbau von bereits bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden sollen 953 Wohnungen (bzw.

7,8%) entstehen, was einem Rückgang von 39,2% entspricht. In neuen Nichtwohngebäuden sind 258 Wohnungen (bzw. 2,1%) geplant. Insgesamt wurde im Berichtszeitraum die Neuerrichtung von 5 696 Wohngebäuden sowie von 1 776 Nichtwohngebäuden genehmigt. Verglichen mit dem ersten Quartal des Vorjahres wurden somit um 16,4% mehr neue Wohngebäude für den Bau freigegeben, während die Anzahl der für den Neubau genehmigten Nichtwohngebäude um 4,1% unter dem Vorjahreswert lag. Von den insgesamt 11 037 Wohnungen, die in neuen Wohngebäuden geplant sind, sollen knapp die

Hälfte (46,3%) in Mehrfamilienhäusern gebaut werden und 41,8% in Einfamilienhäusern entstehen. Auf neue Zweifamilienhäuser entfällt beinahe jede zehnte genehmigte Neubauwohnung (9,0%), auf neue Wohnheime knapp jede Dreißigste (3,0%). Damit zeigte sich gegenüber dem ersten Quartal 2012 bei den genehmigten Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern ein deutlicher Zuwachs um 31,3%, bei den Zweifamilienhäusern ein Anstieg um 28,6% und bei den Einfamilienhäusern eine Steigerung um 14,7%. Lediglich die Anzahl der für den Bau freigegebenen Wohnungen in neuen Wohnheimen

Genehmigte Wohnungen in Bayern im Januar bis März 2012 und 2013				
Bezeichnung	Genehmigte Wohnungen ^{1,2} in Bayern			
	Januar bis März 2012	Januar bis März 2013	Veränderung 2013 gegenüber 2012	
	Anzahl			%
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	10 853	11 979	1 126	10,4
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	9 171	11 037	1 866	20,3
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	4 025	4 616	591	14,7
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	768	988	220	28,6
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	3 889	5 106	1 217	31,3
in Wohnheimen	489	327	-162	-33,1
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	1 682	942	-740	-44,0
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	-9	269	278	X
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	105	258	153	145,7
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	-114	11	125	X
Wohnungen insgesamt	10 844	12 248	1 404	12,9
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	5 254	4 810	-444	-8,5
Niederbayern	858	1 257	399	46,5
Oberpfalz	949	1 241	292	30,8
Oberfranken	750	527	-223	-29,7
Mittelfranken	930	1 764	834	89,7
Unterfranken	867	1 058	191	22,0
Schwaben	1 236	1 591	355	28,7
Bayern	10 844	12 248	1 404	12,9
Kreisfreie Städte	4 019	4 227	208	5,2
darunter Großstädte ³	3 217	3 424	207	6,4
Landkreise	6 825	8 021	1 196	17,5

1 Ab Berichtsjahr 2012 werden die „Sonstigen Wohneinheiten“ als Wohnungen erfasst.

2 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.

3 München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth, Erlangen.

ging gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um ein Drittel zurück (-33,1 %).

In den Bayerischen Großstädten (München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth und Erlangen) wurden im ersten Quartal 2013 insgesamt 3 424 Wohnungen für den Bau frei-

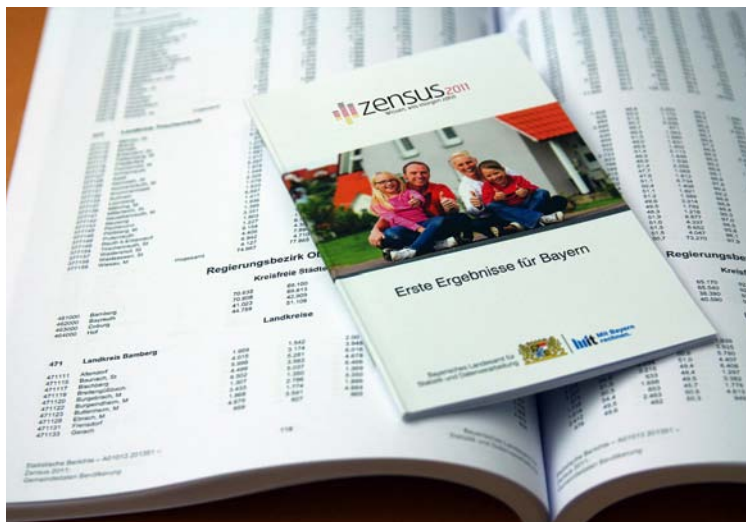
gegeben; dies sind 6,4 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auf alle kreisfreien Städte Bayerns entfielen im Berichtsquartal 4 227 Wohnungsbaugenehmigungen (+5,2 %) und in den bayerischen Landkreisen wurden 8 021 Wohnungen für den Bau freigegeben (+17,5 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im März 2013“ (Bestellnummer: F21013 201303, Preis der Druckausgabe: 8,80 €).*

* Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

ZENSUS 2011: Erste Ergebnisse vorgestellt

Eine gesicherte Datengrundlage ist Voraussetzung für zielgerichtete politische und gesellschaftliche Entscheidungen. Deshalb haben Regierungen und Nationen schon seit der Antike die Menschen in ihren Gebieten gezählt – die berühmteste Volkszählung, die des Kaisers Augustus, hat es dabei sogar in die Bibel geschafft. Ganz so epochal dürften die Folgen des Zensus 2011 zwar voraussichtlich nicht ausfallen, aber fast 25 Jahre nach der letzten Volkszählung setzte der Zensus einen neuen Fixpunkt für die amtliche Statistik. Wie notwendig eine solche regelmäßige Erhebung ist, zeigte sich in einigen durchaus überraschenden Ergebnissen. Diese wurden am 31. Mai 2013 bei einer Pressekonferenz vorgestellt.



Am 31. Mai 2013 wurden erste Ergebnisse des Zensus 2011 für Bayern vorgestellt.

Die erste deutschlandweite Volkszählung fand im Jahr 1871 statt. Seitdem wurden insgesamt 19 Volkszählungen oder Zensen durchgeführt; die letzten entsprechenden Erhebungen vor dem Zensus 2011 fanden in Deutschland im Jahr 1987 für das damalige Bundesgebiet bzw. sogar schon 1981 im Gebiet der ehemaligen DDR statt. Seit dieser Zeit wurden Veränderungen des Bevölkerungsstandes

fortgeschrieben. Dabei schleichen sich im Lauf der Zeit unweigerlich Ungenauigkeiten und Fehler ein und je größer die zeitliche Differenz zwischen der jeweiligen Volkszählung und ihrer Fortschreibung wird, desto höher sind die Diskrepanzen zwischen Fortschreibung und tatsächlichem Stand. Deshalb sind regelmäßige „Inventurmaßnahmen“ notwendig, wie eben der Zensus 2011 eine war. Dies wird umso deutlicher, führt man sich die fundamentalen Umwälzungen der vergangenen 25 Jahre vor Augen.

Das Wissen um die genaue Einwohnerzahl und die demographische Struktur der Bevölkerung ist Voraussetzung für zielgerichtetes politisches und gesellschaftliches Handeln. Unter anderem hat die Einwohnerzahl für in rund 50 Rechtsvorschriften geregelte Sachverhalte Bedeutung, wie zum Beispiel den Länderfinanzausgleich, den kommunalen Finanzausgleich, die Einteilung der Wahlkreise und die Stimmengewichtung eines Bundeslands im Bundesrat. Die Zensusergebnisse dienen aber auch den Planungen im täglichen Lebensumfeld. Zum Beispiel sind Altersstrukturdaten erforderlich, um die zukünftige Versorgungssituation einer Gemeinde mit Kindergärten, Schulen oder Seniorenheimen ermitteln zu können. Zusätzlich war im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung auch

die Gewinnung belastbarer Daten zum Wohnungsmarkt ein wichtiger Baustein des Zensus 2011.

Methodisch unterschied sich der Zensus 2011 deutlich von früheren Volkszählungen im klassischen Sinn. Während in der Vergangenheit Volkszählungen in Deutschland als sogenannte primärstatistische Vollerhebungen stattfanden, bei denen die Daten direkt bei der gesamten Bevölkerung erfragt wurden, hat die amtliche Statistik mit dem Zensus 2011 erstmals einen Methodenwechsel hin zu einem registergestützten Zensus vollzogen. Das bedeutet, dass Verwaltungsregister, in denen für den Zensus relevante Daten bereits vorlagen, genutzt wurden, um die Auskunftspflichtigen soweit wie möglich zu entlasten. Dies waren z. B. für die Grunddaten der Bevölkerung die Register der Meldebehörden und für die Erwerbstätigkeit die Register der Bundesagentur für Arbeit. In Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern wurden etwa 9,6% der Haushalte im Rahmen eines nach wissenschaftlichen Methoden entwickelten Stichprobenverfahrens direkt befragt. Diese Stichproben dienten der Evaluation der Qualität der Register, Fehlerfassungen konnten bereinigt werden. Außerdem war es durch die Stichprobe möglich, Daten zu gewinnen, die nicht in den Registern enthalten waren, wie z. B. Angaben zur Religion oder zum Migrationshintergrund der Bevölkerung. Ergänzend zur Haushaltstichprobe fand im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung eine primärstatistische Vollerhebung aller Gebäude mit Wohnraum statt. Dabei wurden verschiedene Merkmale erfasst, wie z. B. Nutzungsart, Größe und Ausstattung. Eine Erhebung in sogenannten Sonderbereichen wie Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnheimen wurde ebenfalls durchgeführt, da gerade in diesen Einrichtungen die Melderegisterdaten nicht in jedem Fall die notwendige Zuverlässigkeit aufweisen.



Die Ergebnisse wurden auf einer gemeinsamen Pressekonferenz durch den Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Herrn Eck, und den Präsidenten des Landesamts, Herrn Anding (links), vorgestellt.

Nach langen Vorarbeiten konnten am 31. Mai 2013 nunmehr die ersten Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dabei wurde unter anderem die Vermutung bestätigt, dass die Bevölkerungszahl bundesweit überhöht fortgeschrieben wurde. Der Zensus stellte fest, dass mit 80,2 Millionen Bundesbürgern rund 1,5 Millionen Menschen weniger in Deutschland leben als bisher ausgewiesen. Auch in Bayern war diese

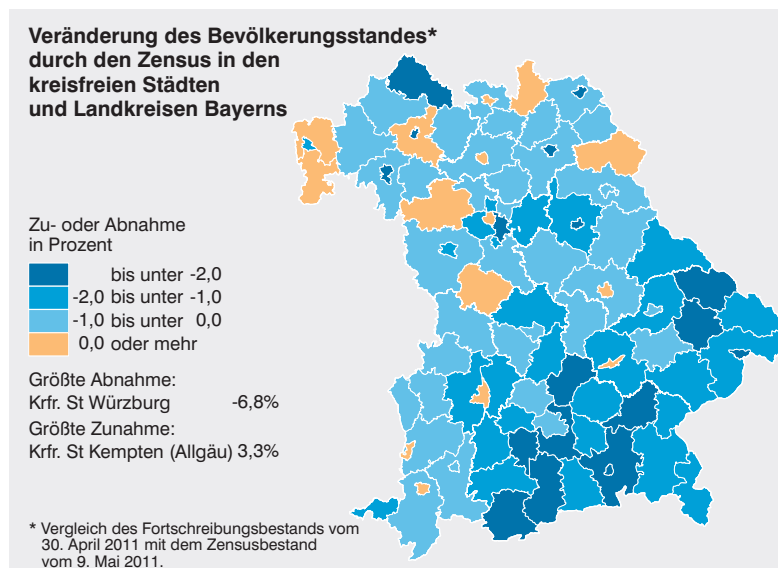
Entwicklung festzustellen, wenn auch in geringerem Ausmaß: Demnach lebten zum Stichtag 9. Mai 2011 exakt 12 397 614 Menschen in Bayern, das ist gegenüber der auf der Volkszählung von 1987 basierenden Fortschreibung ein Minus von gut 148 000 Einwohnern oder rund 1,2%. Von diesem Minus waren alle Regierungsbezirke betroffen, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß: Während Schwaben nur eine Differenz von rund 0,3% zu verzeichnen hat, liegt die entsprechende Abweichung für Oberbayern bei fast 1,5% und in Mittelfranken sogar bei etwa 1,8%. Die Ergebnisse für die einzelnen Regierungsbezirke zeigt folgende Tabelle:

Region/Land	Bevölkerung* 9. Mai 2011	Bevölkerung** 30. April 2011	Differenz absolut	Differenz in %
Oberbayern	4 328 218	4 393 087	- 64 869	- 1,48
Niederbayern	1 172 834	1 189 350	- 16 516	- 1,39
Oberpfalz	1 070 965	1 080 203	- 9 238	- 0,86
Oberfranken	1 063 454	1 069 363	- 5 909	- 0,55
Mittelfranken	1 682 297	1 712 746	- 30 449	- 1,78
Unterfranken	1 300 647	1 316 209	- 15 562	- 1,18
Schwaben	1 779 199	1 784 940	- 5 741	- 0,32
Bayern	12 397 614	12 545 898	- 148 284	- 1,18

* Bevölkerungsstand zum Zensusstichtag
 ** Bevölkerungsstand nach Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987

Die Abweichungen zwischen Zensusergebnis und Fortschreibung waren nicht gleichmäßig über alle bayerischen Bezirke verteilt.

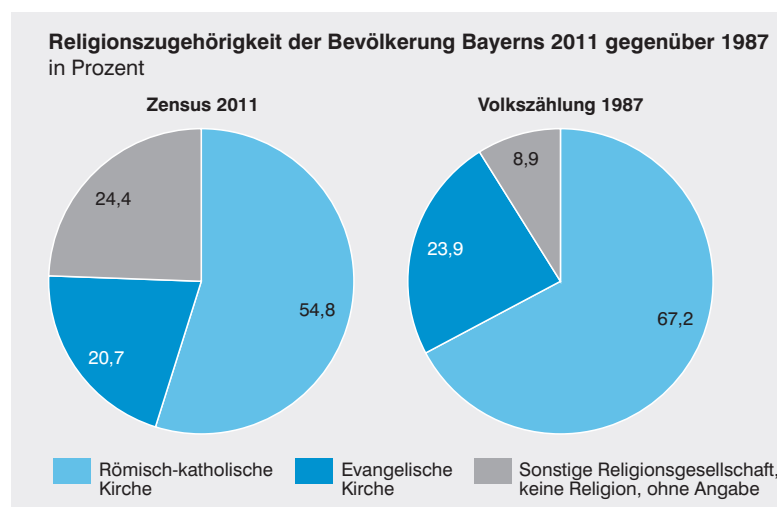
Eine deutlich größere Spreizung in den Abweichungen wurde auf der Ebene der Städte und Landkreise konstatiert. So wurde für die Landeshauptstadt München nur eine vergleichsweise geringe Differenz zur bisherigen Fortschreibung festgestellt, nämlich um rund 10 000 Einwohner auf jetzt noch gut 1 348 300. Nürnberg (-3,99% auf rund 486 300) und Würzburg (-6,77% auf rund 124 300) haben deutlich stärkere Differenzen aufzuweisen. Demgegenüber hat die Stadt Augsburg mit einem Plus von 1,1% sogar rund 3 000 Einwohner mehr als nach der Fortschreibung ermittelt. Die Abweichungen auf Landkreisebene zeigt folgende Karte:



Eine signifikante Abweichung im Vergleich zur Fortschreibung konnte durch den Zensus bei den im Freistaat lebenden Ausländern festgestellt werden. Ging man bisher von gut 1,2 Millionen Ausländern aus (entsprechend einer Quote von 9,6%), ermittelte der Zensus mit knapp über 1 Million Ausländern eine Quote von nur noch 8,2%. Dieser Trend war im gesamten Bundesgebiet nahezu einheitlich festzustellen. Während die meisten der bisher veröffentlichten Zensusergebnisse im Rahmen der Erwartungen lagen und so die bisherigen Statistiken tendenziell bestätigen konnten, belegt diese gravierende Abweichung die Notwendigkeit regelmäßiger Erhebungen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde beim Zensus 2011 auch der Erfassung von Daten zum Migrationshintergrund der Bevölkerung gewidmet. Viele Maßnahmen der Integrationspolitik können nur dann sinnvoll geplant und durchgeführt werden, wenn sie auf einer fundierten Datengrundlage basieren. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen nicht nur alle Ausländerinnen und Ausländer, sondern auch alle nach 1955 selbst nach Deutschland zugezogenen Personen sowie deren Kinder. Nach den Ergebnissen des Zensus gab es zum Stichtag 9. Mai 2011 in Bayern knapp 2,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 18,6 % der Bevölkerung. Rund 40 % der Personen mit Migrationshintergrund sind jünger als 30 Jahre; in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt dieser Wert bei nur 29 %. Demgegenüber gehören nur neun Prozent der Personen mit Migrationshintergrund der Gruppe der 65-jährigen und Älteren an, aber 22 % derjenigen Menschen ohne Migrationshintergrund.

Durch den Zensus 2011 konnte die amtliche Statistik erstmals seit 1987 auch wieder Zahlen zur Religion gewinnen. Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 gab es in Bayern nahezu 6,8 Millionen Angehörige der römisch-katholischen Kirche, zur evangelischen Kirche gehörten etwas weniger als 2,6 Millionen Menschen. Gut 3 Millionen Menschen gehörten einer anderen oder keiner Glaubensrichtung an. Vergleicht man diese Zahlen mit denen der Volkszählung 1987, so fällt insbesondere der starke Zuwachs der zuletzt genannten Gruppe auf. Den 3 Millionen Angehörigen anderer oder keiner Glaubensrichtungen standen damals gerade einmal 970 000 Personen gegenüber.



Seit der Volkszählung von 1987 ist der Anteil der Angehörigen der beiden großen christlichen Amtskirchen in Bayern deutlich gesunken.

Neben der Gewinnung verlässlicher Zahlen zur Bevölkerung war die Erfassung der vorhandenen Wohngebäude und Wohnungen das zweite wichtige Ziel des Zensus 2011. Die Zahl der Wohngebäude in Bayern lag demnach bei 2,9 Millionen, die Zahl der Wohnungen betrug 6,1 Millionen. Beide Ergebnisse wichen zwar von der Fortschreibung ab, jedoch bei Weitem nicht in dem Ausmaß, wie es noch bei der Volkszählung 1987 der Fall war. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse des Zensus bei den Wohngebäuden und Wohnungen für Bayern, seine Regierungsbezirke und ausgewählte Städte.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen

	Wohngebäude* 9. Mai 2011	Relative Abweichung zur Fortschreibung 31. Dezember 2010	Wohnungen* 9. Mai 2011	Relative Abweichung zur Fortschreibung 31. Dezember 2010
Oberbayern	857 979	1,6	2 156 661	1,7
Niederbayern	335 319	– 2,7	549 382	0,1
Oberpfalz	283 566	– 3,4	512 942	– 0,5
Oberfranken	284 730	– 2,2	534 334	0
Mittelfranken	375 495	– 1,0	841 922	1,4
Unterfranken	338 223	– 1,6	633 643	2,2
Schwaben	431 843	– 1,3	863 887	0,6
Bayern	2 907 155	– 0,9	6 092 771	1,1
München	135 153	0,6	742 181	– 1,1
Nürnberg	69 165	– 0,2	266 925	0,5
Augsburg	36 639	– 0,3	141 936	– 0,4

* Ohne Wohnheime

In Bayern gibt es etwas mehr Wohnungen, aber etwas weniger Wohngebäude als aufgrund der Fortschreibung angenommen.

Erfreut zeigte sich Herr Anding bei der Pressekonferenz über die gute Beteiligung der Auskunftspflichtigen. Die Auskunftspflicht musste nur in vergleichsweise wenigen Fällen durchgesetzt werden, so wurden im Rahmen der Haushaltstichprobe nur 21 gerichtliche Verfahren geführt. Bei den über 3,6 Millionen Auskunftspflichtigen der Gebäude- und Wohnungszählung wurden nur rund 52 600 Heranziehungsbescheide fällig gestellt, was einer Quote von unter 1,5 % entspricht. Fünf Prozent der Befragten bei der Haushaltstichprobe haben sich für das erstmals angebotene Verfahren der Onlinemeldung entschieden, bei der Gebäude- und Wohnungszählung lag der entsprechende Anteil sogar bei 33 %.

Die zum ersten Veröffentlichungszeitpunkt vorgestellten Ergebnisse sind jedoch noch lange nicht alle, die der Zensus 2011 bereitstellen wird. Die Aufbereitung der großen Datenfülle wird sich noch über mehrere Monate erstrecken. Anfang des Jahres 2014 werden zum Beispiel umfangreiche Daten zu den Haushalten und damit zur Wohn- und Lebenssituation der Bevölkerung veröffentlicht werden. Dann werden fachlich wie regional noch sehr viel differenziertere Auswertungen als heute möglich sein, auch solche mit kombinatorischen Fragestellungen zwischen verschiedenen Merkmalen. Zudem werden zahlreiche demographische Kennzahlen, wie zum Beispiel zur Altersstruktur, verfügbar sein. Nach Abschluss der sogenannten Haushaltsgenerierung sind vielfältige Auswertungen zu Haushalten und Familien möglich. Die zum jetzigen Zeitpunkt

vorgestellten Ergebnisse aus der Gebäude- und Wohnungszählung werden bis dahin noch weiter qualitätsgesichert aufbereitet und liegen dann in endgültiger Form vor.

Am Ende der Pressekonferenz bedanke sich Herr Staatssekretär Eck beim Landesamt und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und die Qualität der jetzt neu zur Verfügung stehenden Daten.



Am Ende der Pressekonferenz stand Herr Anding noch für Interviews zur Verfügung.

Dipl.-Volksw. Gunnar Loibl



Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bietet eine Reihe von Informationsangeboten zu den Ergebnissen des Zensus 2011 an, unter anderem eine umfangreiche Datenbank. Diese steht der Öffentlichkeit seit 31. Mai 2013 kostenlos zur Verfügung, unter www.zensus2011.de und wird nach Abschluss aller Aufbereitungen mehrere 100 Millionen Datensätze umfassen. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung betreibt die Datenbank zentral für ganz Deutschland. Außerdem wurde eine Informationshotline unter der Telefonnummer 089 2119-7321 eingerichtet und es wird zahlreiche Veröffentlichungen in gedruckter Form und als Datei geben.

BIP und Erwerbstätige im Jahr 2012 in Bayern: Verhaltener Aufschwung mit Beschäftigungsrekord

Dr. Tilman von Roncador

Nachdem die bayerische Volkswirtschaft in den beiden Jahren 2010 und 2011 mit einer preisbereinigten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jeweils 4,6% jeweils ein sehr hohes Wirtschaftswachstum verzeichnet hatte, kam es im Jahr 2012 zu einer merklichen Abkühlung des Aufschwungs. Das BIP erhöhte sich nur noch um 0,7%. Diese Entwicklung wurde vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe und vom Baugewerbe verursacht. Bayern lag im Jahr 2012 im Durchschnitt der bundesweiten Entwicklung. In etwas langfristigerer Perspektive schneidet Bayern jedoch im Ländervergleich hervorragend ab. Trotz der im Jahr 2012 nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik wurde am Arbeitsmarkt mit jahresdurchschnittlich 6,95 Millionen Erwerbstätigen ein neuer Beschäftigungsrekord erreicht, allerdings verminderte sich, wie in fast beinahe allen Jahren seit 2000, die durchschnittliche Stundenzahl je Erwerbstätigem. Die Arbeitsproduktivität sank 2012 um 0,9%.

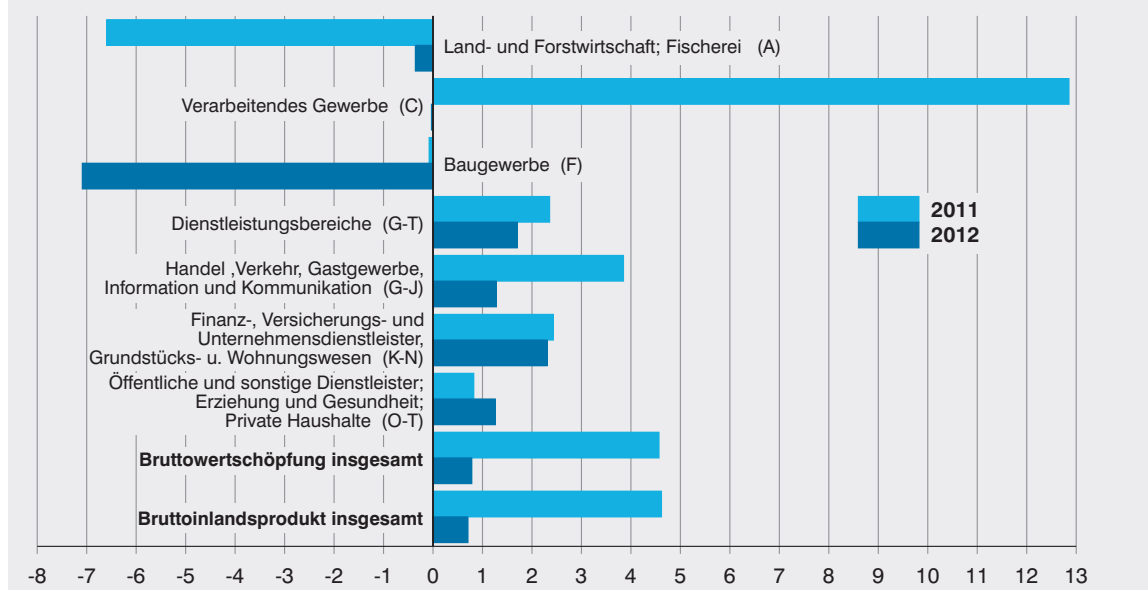
Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2012

Nach einem mit 4,6% sehr starken Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 verlangsamte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2012 in Bayern preisbereinigt auf 0,7%. Bei einem Blick auf die Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszwei-

gen fällt die drastische Verschlechterung von 2011 auf 2012 im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe auf (vgl. Abbildung 1). Während 2011 das Verarbeitende Gewerbe mit einem preisbereinigten Zuwachs seiner Bruttowertschöpfung (BWS) von 12,9% noch maßgeblich zur hohen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitrug, verzeichnete es 2012 eine leicht-

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in Bayern 2011 und 2012 nach Wirtschaftsbereichen in Prozent

Abb. 1



te Abnahme. Die BWS im Baugewerbe stagnierte im Jahr 2011, um 2012 mit -7,1% geradezu einzubrechen. Die Änderung der BWS in den Dienstleistungsbereichen blieb hingegen positiv, erreichte allerdings mit Ausnahme der öffentlichen und sonstigen Dienstleister nicht mehr die Zuwächse des Jahres 2011. Die BWS in der Land- und Forstwirtschaft nahm 2012 zwar ab, der Rückgang fiel mit 0,4% jedoch im Vergleich zur Vorjahresentwicklung sehr maßvoll aus.

Mit einer Zunahme des preisbereinigten BIP in Höhe von 0,7% lag Bayern genau im Durchschnitt aller Bundesländer. Höher war das Wachstum in den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, die jeweils auf eine Zunahme von 1,2% kamen, aber vor allem auch in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,9%. Rückläufig war die Wachstumsrate mit -0,3% in Sachsen und Thüringen sowie mit -0,4% im Saarland. Das Wachstum in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) war mit 0,5% schwächer als in den alten mit 0,7%. Allerdings gab es in den neuen Bundesländern eine große Spannweite von 1,9% in Mecklenburg-Vorpommern bis zu -0,3% in Sachsen und Thüringen (vgl. Tabelle 1). Mit wenigen Ausnahmen schwächte sich das Wirtschaftswachstum in allen Ländern im Vergleich zum Vorjahr ab.

Das Wirtschaftswachstum in mittelfristiger Sicht

Die Höhe des Wirtschaftswachstums in den Bundesländern wird maßgeblich von Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur der Bundesländer bestimmt. Hat ein in einem Land stark verteilter Wirtschaftszweig ein schlechteres Jahr, wird das Wachstum des Landes unterdurchschnittlich ausfallen und umgekehrt. Daher schwankt die Platzierung der Länder in einem jahresweisen „Ranking“ teilweise erheblich von Jahr zu Jahr. Um Aussagen zur tatsächlichen Dynamik des Wirtschaftswachstums in den Bundesländern abgeben zu können, sollte daher ein Vergleich der Bundesländer immer auch zusätzlich auf einer etwas längerfristigen Darstellung beruhen.

Betrachtet man den Zeitraum 2005 bis 2012, so liegt Berlin mit einer Gesamtzunahme des preisbereinigten BIP um 17,4% vor Bayern mit 14,4% (vgl. Abbildung 2). Den gesamtdeutschen Wert von 10,9% überschreiten außer den beiden genannten Ländern nur noch Baden-Württemberg mit 13,1% und Nie-

Tab.1 Änderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 2011 und 2012 in den Bundesländern

Land	Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	
	2011	2012
	%	
Baden-Württemberg	4,8	0,6
Bayern	4,6	0,7
Berlin	2,0	1,2
Brandenburg	2,0	0,5
Bremen	1,0	1,2
Hamburg	0,3	1,2
Hessen	3,3	0,9
Mecklenburg-Vorpommern ..	0,6	1,9
Niedersachsen	2,5	0,9
Nordrhein-Westfalen	2,1	0,4
Rheinland-Pfalz	2,7	0,9
Saarland	5,0	-0,4
Sachsen	2,4	-0,3
Sachsen-Anhalt	-0,1	0,5
Schleswig-Holstein	2,6	0,9
Thüringen	3,1	-0,3
Deutschland	3,0	0,7
darunter nachrichtlich:		
Alte Bundesländer		
ohne Berlin	3,2	0,7
einschl. Berlin	3,2	0,7
Neue Bundesländer		
ohne Berlin	1,8	0,3
einschl. Berlin	1,8	0,5

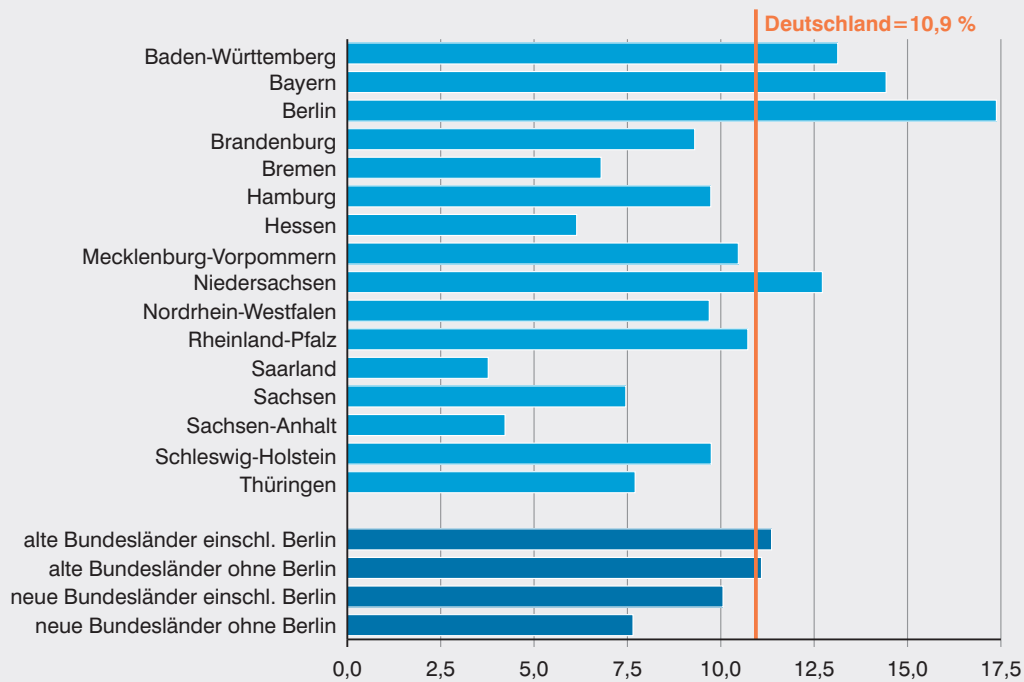
dersachsen mit 12,7%. Am schwächsten schnitten das Saarland und Sachsen-Anhalt mit einer Zunahme seit 2005 von lediglich 3,8% und 4,2% ab. Das in der einjährigen Betrachtungsweise führende Land Mecklenburg-Vorpommern liegt in dieser Betrachtung mit 10,5% auf Rang 6. Im gesamten betrachteten Zeitraum blieben die neuen Länder (ohne Berlin) mit 7,6% deutlich hinter den alten (ohne Berlin) mit 11,1% zurück. Ein Aufholen der neuen Bundesländer fand somit von 2005 bis 2012 nicht statt.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Bundesländern

Der Wohlstand eines Landes wird im internationalen Vergleich in der Regel über das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gemessen. Dieses Konzept ist vor allem für den Vergleich großer Wirtschaftsräume geeignet, bei denen grenzüberschreitende Pendlerbewegungen im Vergleich zu den inländischen Arbeitskräften nur von geringer Bedeutung sind. Werden hingegen kleine Wirtschaftsräume mit verhältnismäßig hohen Pendlerzahlen verglichen, kann es zu erheblichen Verzerrungen kommen. In kleinen Wirtschaftsräumen mit hohem Einpendlerüberschuss

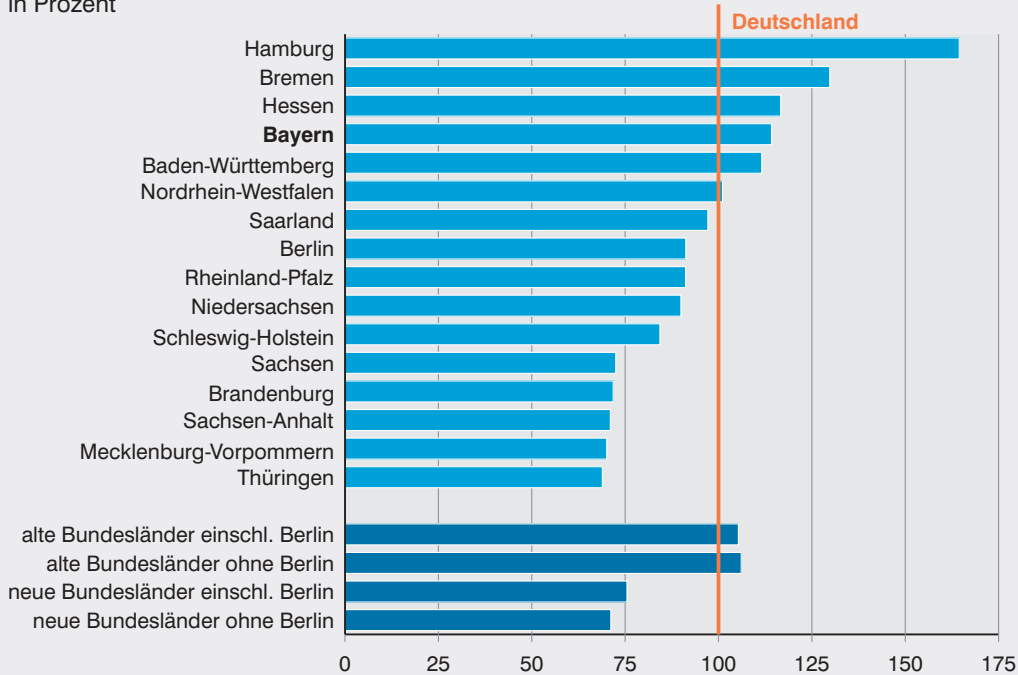
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 2005 bis 2012 nach Bundesländern in Prozent

Abb. 2



Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner 2012 nach Bundesländern Deutschland $\hat{=}$ 100 in Prozent

Abb. 3



wird das BIP signifikant durch Arbeitskräfte erhöht, die nicht zur Einwohnerzahl zählen. Dadurch wird das Verhältnis BIP je Einwohner überhöht dargestellt und lässt nur bedingt Rückschlüsse auf den innerhalb des betrachteten Wirtschaftsraums tatsächlich vorhandenen Wohlstand zu.

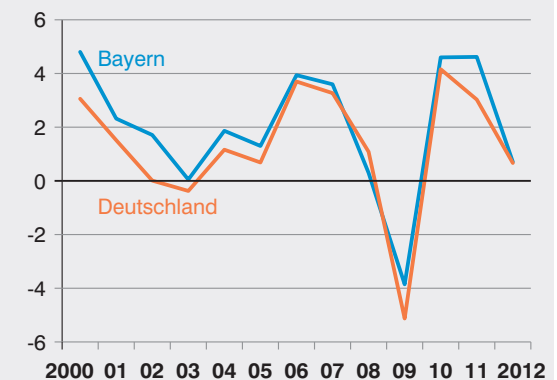
In Deutschland zeigt sich dies an den hohen Werten der beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die als Ballungszentren von den Einpendlern aus dem Umland profitieren. Sie lagen mit einem in jeweiligen Preisen gemessenen BIP je Einwohner von 53 091 bzw. 41 897 Euro im Jahr 2012 deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 32 281 Euro.

Bayern lag hier mit einem Wert von 36 865 Euro hinter Hessen auf Rang 4 aller Länder (vgl. Abbildung 3). Die neuen Bundesländer hinkten den alten noch deutlich hinterher. Obgleich hier der bei den Stadtstaaten beschriebene Effekt teilweise aufgrund hoher Auspendlerzahlen umgekehrt wirkt, zeigt sich auch über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch ein klares Wohlstandsgefälle.

Entwicklung des BIP in Bayern und in Deutschland seit 2000

Der im Vergleich zu anderen Bundesländern hohe Wert des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner ist Folge eines anhaltend überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums in Bayern und nicht einzelner be-

Änderung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) gegenüber dem Vorjahr in Deutschland und Bayern seit 2000 in Prozent Abb. 4



Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug der (in diese Produktion einfließenden) Vorleistungen und bringt damit die in einer bestimmten Periode erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung zum Ausdruck. Die Bewertung erfolgt zu Marktpreisen. Die Ergebnisse werden sowohl in jeweiligen Preisen (nominal) dargestellt, als auch internationalen Regelungen entsprechend auf Grundlage einer jährlich wechselnden „Vorjahrespreisbasis“ (preisbereinigt bzw. real).

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich als Differenz aus den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen; sie umfasst – wie das Bruttoinlandsprodukt – also jeweils nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Die BWS ist bewertet zu Herstellungspreisen. Damit sind in der BWS zwar die empfangenen Gütersubventionen berücksichtigt, nicht jedoch die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern, als Teil der Produktionsabgaben). Gütersteuern und -subventionen sind solche Transaktionen, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten bzw. eingeführten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind oder vice versa geleistet werden (wichtige Beispiele sind die Mineralöl- und die Tabaksteuer). Wie das BIP wird auch die BWS sowohl in jeweiligen Preisen (nominal), als auch preisbereinigt (real) dargestellt.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) wurde 1954 gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg (www.vgrdl.de).

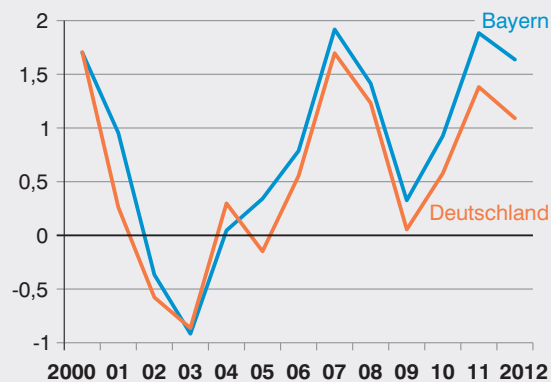
sonders guter Jahre. Dies wird bei einem Vergleich der Veränderungsraten des preisbereinigten BIP zwischen Bayern und Deutschland seit dem Jahr 2000 deutlich (vgl. Abbildung 4). In nahezu allen Jahren lag das Wirtschaftswachstum Bayerns oberhalb des deutschen. Im Jahr 2003 konnte Bayern sogar die Rezession, die das deutsche BIP sinken ließ, auslassen. Lediglich im Jahr 2008 lag das bayerische Wirtschaftswachstum unterhalb des deutschen. Offenbar hatten sich die Vorboten der Rezession von 2009 in Bayern bereits früher bemerkbar gemacht. Im Jahr 2012 lag Bayern, wie oben bereits beschrieben, im deutschlandweiten Durchschnitt.

Erwerbstätigenzahl von Rekord zu Rekord

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg von rund 6,36 Millionen Personen im Jahr 2000 auf einen Rekordwert von beinahe 6,95 Millionen an. Dies entspricht einer Gesamtzunahme um 9,3%. Dabei war es in den Jahren 2002 und 2003 noch zu einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl gekommen. Seit dem Jahr 2004 war die Änderungsrate stets positiv, auch in der schweren Rezession von 2009. Mit Ausnahme

Änderung der Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr in Deutschland und Bayern seit 2000 in Prozent

Abb. 5



der Jahre 2003 und 2004 wuchs die Erwerbstätigkeit in Bayern dabei schneller als in Deutschland insgesamt, der konjunkturelle Verlauf der Beschäftigungsentwicklung war jedoch ähnlich (vgl. Abbildung 5). Besonders schnell wuchs die Beschäftigung in den Jahren 2007 und 2011. Am aktuellen Rand nahm die



Erwerbstätige

Die Darstellung der Erwerbstätigen erfolgt als jahresdurchschnittliche Größe. Als Erwerbstätige werden alle Personen gezählt, die als Arbeitnehmer in einem Arbeitsverhältnis stehen, als Selbstständige ein Gewerbe bzw. eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit sowie die Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt spielen dabei keine Rolle. So sind auch geringfügig Beschäftigte einbezogen. Nicht zu den Erwerbstätigen rechnen dagegen Personen als Verwalter ihres Privatvermögens. Im Falle mehrerer (gleichzeitiger) Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit.

Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) gehören alle Statistischen Ämter der Länder sowie das Statistische Bundesamt an. Der Deutsche Städtetag nimmt beratend an den Sitzungen des Arbeitskreises teil. Vorsitz und Federführung obliegen dem Hessischen Statistischen Landesamt (www.ak-etr.de).

Erwerbstätigenzahl im Jahr 2012 in Bayern um beinahe 112 000 Personen bzw. 1,6% zu, Deutschland insgesamt kam auf eine Zunahme um 1,1%.

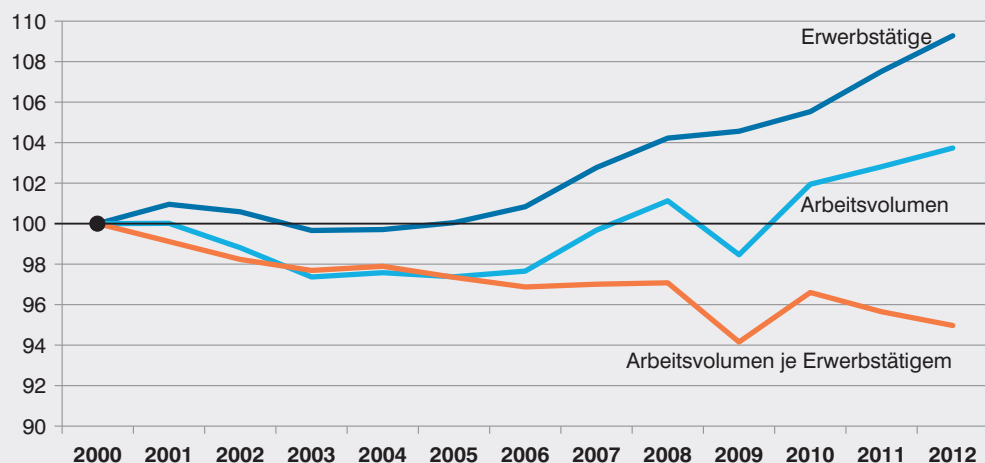
Die starke Zunahme der Erwerbstätigenzahl erhöhte auch das Arbeitsvolumen, also die geleisteten Stunden. Allerdings blieb im Jahr 2012 die Entwicklung des Arbeitsvolumens mit einer Zunahme von 0,9% hinter dem Zuwachs der Erwerbstätigenzahl zurück. Dies entspricht einer längerfristig zu beobachtenden Entwicklung. Besonders deutlich zeigte sie sich in der Rezession von 2009, als die Erwerbstätigenzahl

bei fallendem Arbeitsvolumen stieg. Zwar erholte sich das Arbeitsvolumen ab 2010 wieder, allerdings wuchs das Arbeitsvolumen letztlich nur im Jahr 2010 schneller als die Erwerbstätigenzahl. Dadurch kam es zu einem, abgesehen vom Jahr 2010, kontinuierlichen Rückgang der durchschnittlich von den Erwerbstätigen geleisteten Stundenzahl von 1 471 im Jahr 2000 auf 1397 im Jahr 2012 (vgl. Abbildung 6).

Die Arbeitsproduktivität, also das preisbereinigte BIP je Erwerbstätigem nahm 2012 um 0,9% ab. Seit 2008 gab es somit bereits drei Arbeitsjahre mit rück-

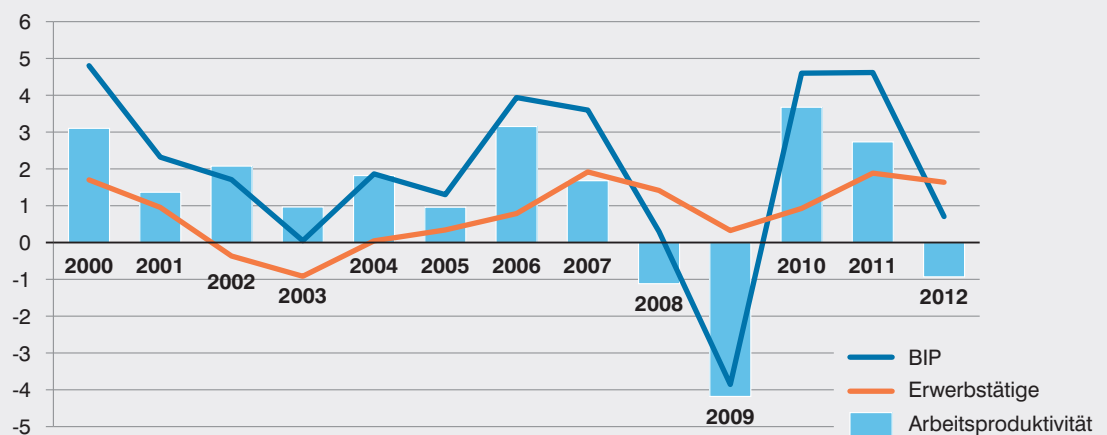
Index der Erwerbstätigen, des Arbeitsvolumens und des Arbeitsvolumens je Erwerbstätigem in Bayern seit 2000
2000 = 100

Abb. 6



Veränderung der Erwerbstätigenzahl, des BIP sowie der Arbeitsproduktivität in Bayern seit 2000
in Prozent

Abb. 7



läufiger Arbeitsproduktivität (vgl. Abbildung 7). In den Jahren 2000 bis 2007 hatte die Arbeitsproduktivität stets zugelegt. Langfristig ist eine steigende Arbeitsproduktivität Voraussetzung für steigende Einkommen und damit steigenden Wohlstand.

Zusammenfassung

Im Jahr 2012 blieb das Wirtschaftswachstum in Bayern mit einer Zunahme des preisbereinigten BIP von 0,7 % klar hinter dem Wachstum aus dem Jahr 2011 (+4,6 %) zurück. Dies ist vor allem auf die deutlich schwächere Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe zurückzuführen. Das Wirt-

schaftswachstum Bayerns entsprach 2012 dem bundesweiten Durchschnitt. In mittel- und langfristiger Sicht schneidet Bayern jedoch im Ländervergleich überdurchschnittlich ab.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2012 in Bayern mit rund 6,95 Millionen Personen ein neues Rekordniveau. Der Zuwachsrate bei der Erwerbstätigenzahl war stärker als beim BIP, weshalb die Arbeitsproduktivität sank. Das Arbeitsvolumen stieg 2012 langsamer als die Erwerbstätigenzahl. Dadurch sank die im Durchschnitt je Erwerbstätigem geleistete Stundenzahl.

Neuer Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Dipl.-Stat. Doris Kobl

Bereits seit 2009 bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in ihrem Statistikportal interaktive thematische Karten von zahlreichen Indikatoren quer durch die amtliche Statistik ab Kreisebene an. Mit dem Relaunch wurde die Technologie der Kartensoftware nun auf den neuesten technischen Stand gebracht und es wurden damit neue Funktionalitäten realisiert. Der folgende Beitrag gibt anhand zahlreicher Screenshots einen Überblick über das neue Angebot.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten seit April 2013 unter www.statistikportal.de ihren neuen Regionalatlas auf der Grundlage neuer Technologien an.

Der kostenlose Regionalatlas stellt in Form von thematischen Karten über 80 Indikatoren für alle Bundesländer, Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands dar. Die erforderlichen Ausgangsdaten werden direkt aus der Regionaldatenbank Deutschland abgerufen und für die Darstellung im Regionalatlas bereitgestellt.

Das interaktive Informationsangebot erstreckt sich über verschiedene Themenbereiche wie Bevölkerung, Industrie, Tourismus, Verkehr, etc. Mit Hilfe der thematischen Karten ist beispielsweise auf einen Blick zu erkennen, in welchen Bundesländern oder in welchen Städten Deutschlands die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich hoch bzw. niedrig ist.

Alle Funktionen des bisherigen Regionalatlas stehen weiterhin zur Verfügung. Neu hinzugekommen ist insbesondere die Darstellung der Karten auf den Raumebenen der Bundesländer und Regierungsbezirke bzw. Statistischen Regionen. Zusätzlich ist es nun auch möglich, die Einteilung der Größenklassen selbst zu bestimmen. Die Karten können jetzt im pdf-Format erstellt werden. Darüber hinaus existiert eine ausführliche Beschreibung zu den einzelnen Indikatoren.

Nach dem Aufruf des Angebots erhält man die Startseite (vgl. Abbildung 1).

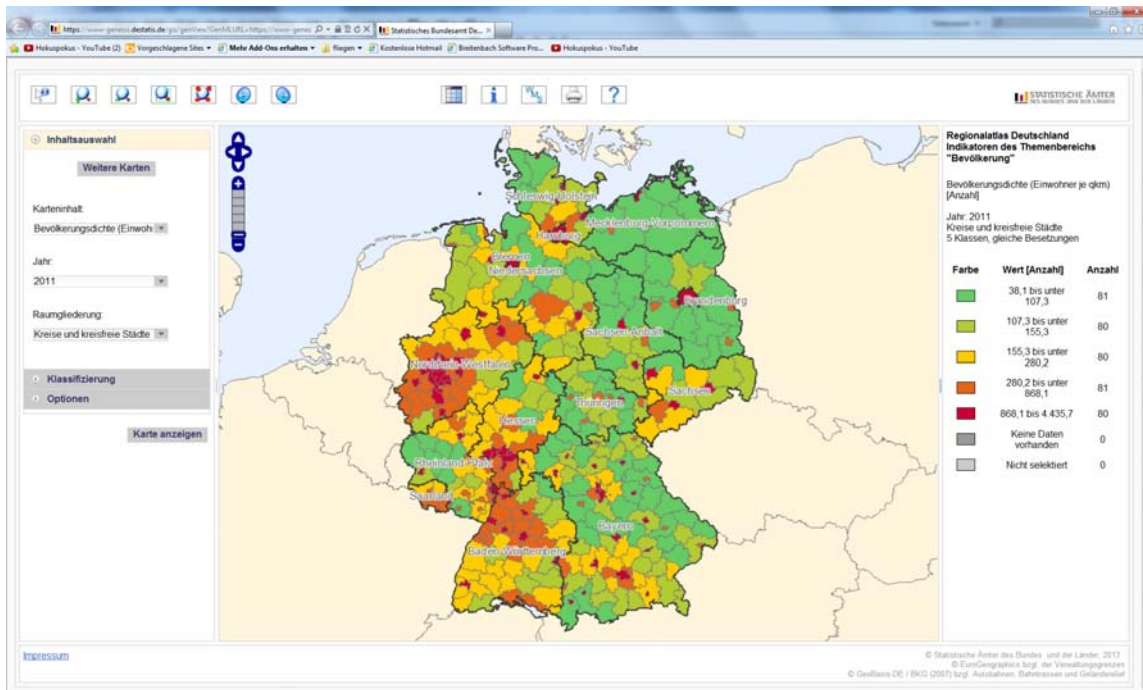
Dieses Startbild stellt den Indikator „Bevölkerungsdichte (Einwohner je qkm)“ aus dem Themenbereich „Bevölkerung“ für das Jahr 2011 in einer Karte dar. Die kartografische Darstellung zeigt die Deutschlandkarte mit den Grenzen der kreisfreien Städte und Landkreise.

Klickt man mit dem Cursor auf einen bestimmten Kreis in der Karte, erscheint ein kleines Detailfenster mit den Datenwerten für diesen Kreis. Beispielsweise wird in Abbildung 2 die Bevölkerungsdichte (Einwohner je qkm) für Eichstätt für das Jahr 2011 ausgewiesen. Die Einwohnerzahl je qkm beträgt in diesem Beispiel 103,4.

Jeder der vorhandenen Indikatoren kann in einer Karte dargestellt werden. Im linken Teil der Bildschirmansicht besteht unter „Inhaltsauswahl“ die Möglichkeit, den Indikator auszuwählen.

Die Auswahl des Themenbereiches erfolgt über die Schaltfläche „Weitere Karten“ (vgl. Abbildung 3). Wählt man zum Beispiel zum Thema „Bildung“ den Indikator „Betreute Kinder in Tagespflege/Tageseinrichtungen“ aus, so wird als weitere Auswahl für den Karteninhalt u. a. „Anteil betreute Kinder null bis zwei Jahre in Tageseinrichtungen (Prozent)“ angeboten. Darüber hinaus entscheidet man sich an dieser Stel-

Abb. 1



le für das Berichtsjahr und die Raumgliederung. Die Deutschlandkarte kann für Bundesländer, Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen oder Kreise und kreisfreie Städte dargestellt werden.

Die Einteilung der Klassen sowie das dazugehörige Farbschema legt man ebenfalls im linken Teil der Bildschirmansicht unter „Klassifizierung“ fest. Hier besteht zunächst die Möglichkeit der Auswahl zwi-

Abb. 2

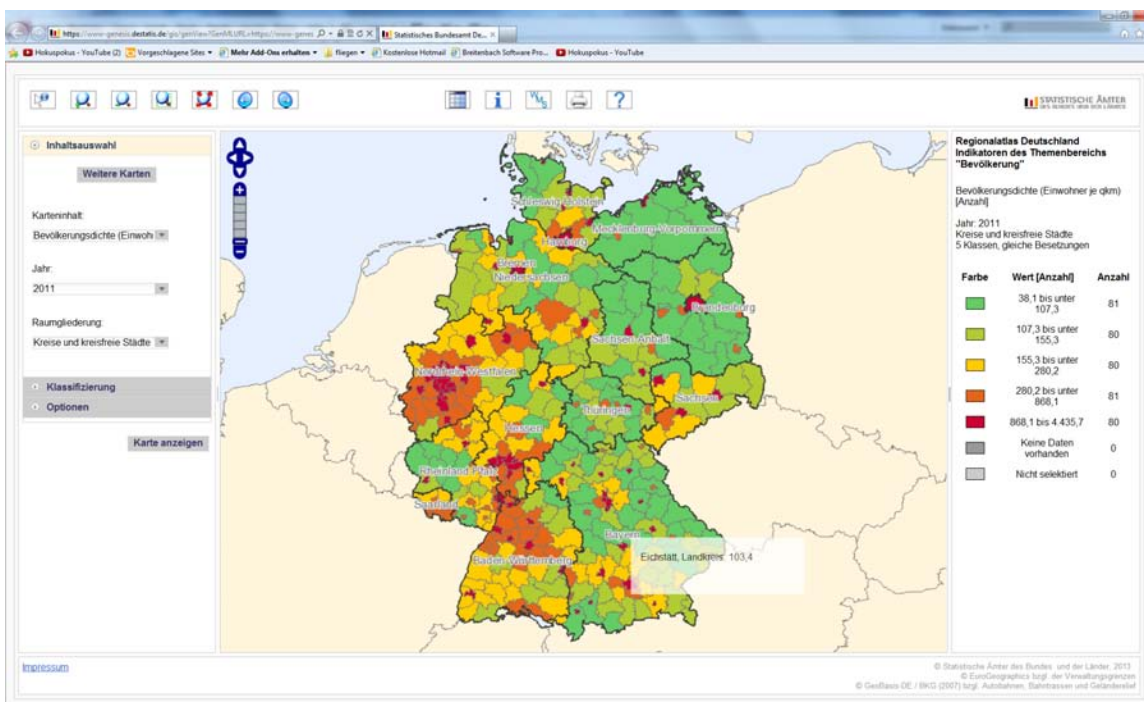
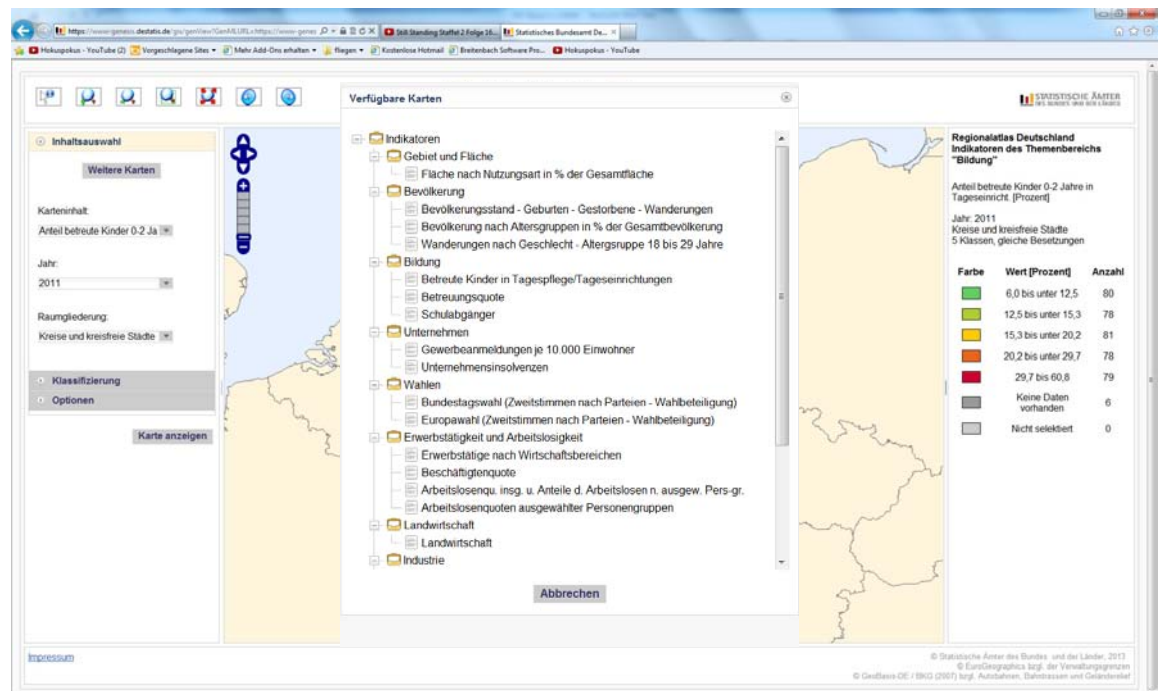


Abb. 3



schen „Berechnete Klassengrenzen“ bzw. „Manuelle Klassengrenzen“ (vgl. Abbildung 4).

Entscheidet man sich für „Berechnete Klassengrenzen“, kann man anschließend die Methode zur Ermittlung der Klassengrenzen festlegen. Es wird un-

Abb. 4

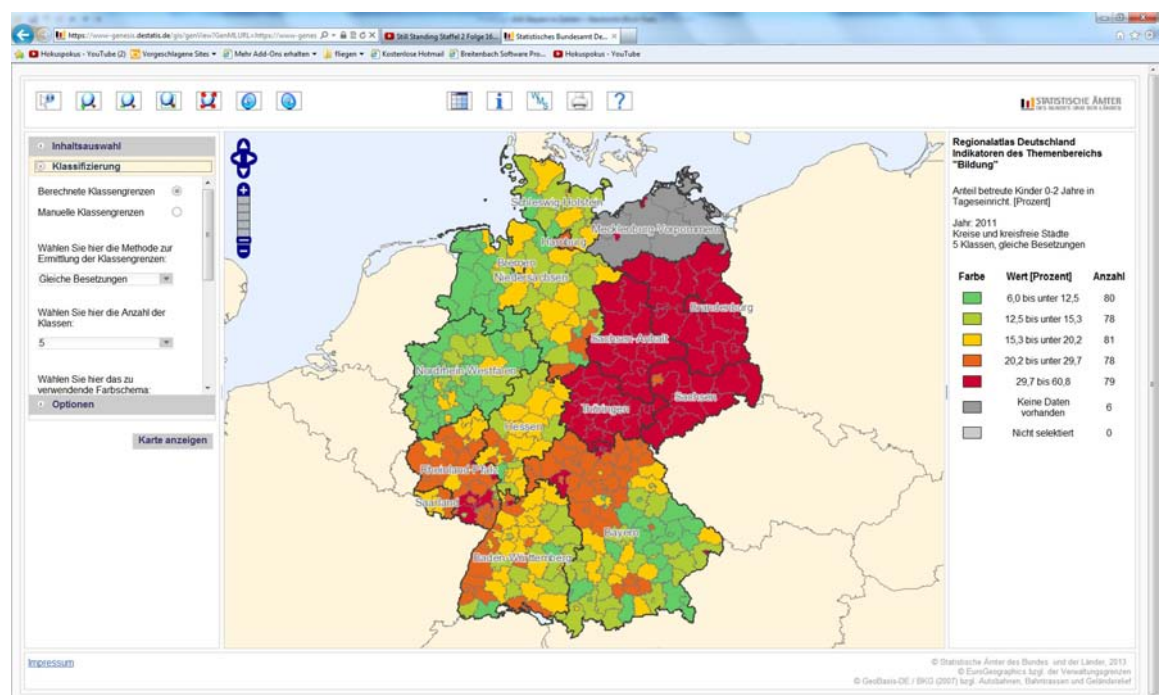
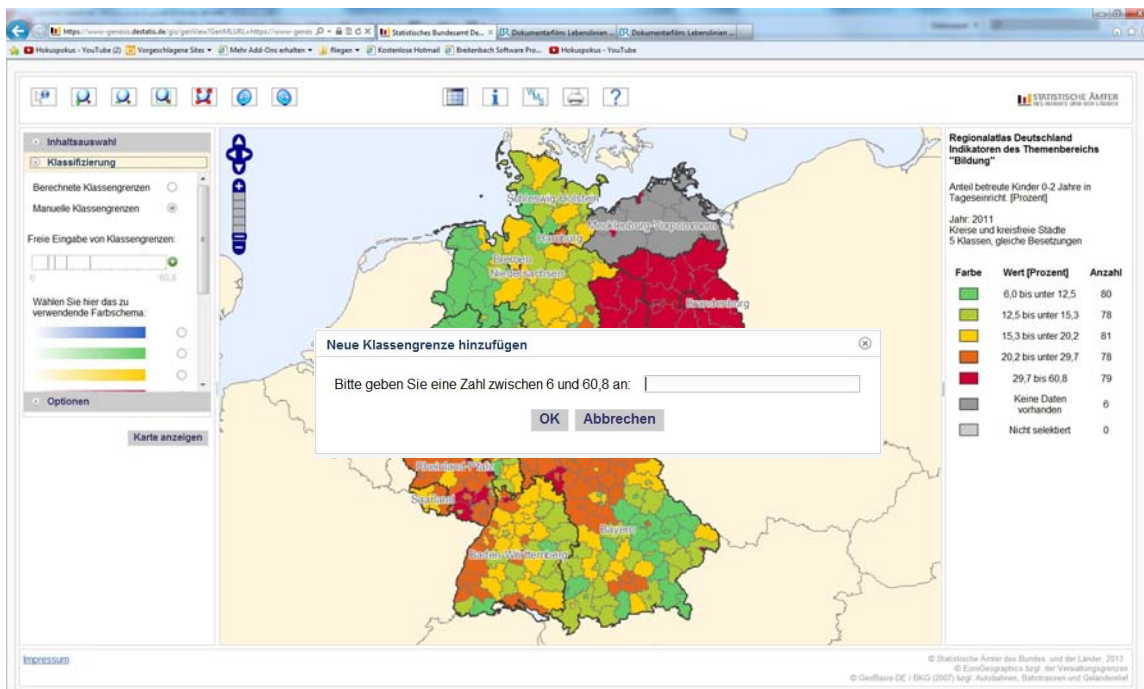


Abb. 5



terschieden zwischen „Gleiche Besetzungen“ und „Gleiche Intervalle“. Die Anzahl der Klassen ist zwischen zwei und zehn variierbar und die Farbgebung der Karten veränderbar. Elf verschiedene Farbschemata stehen zur Verfügung.

Neu hinzugekommen ist für den neuen Regionalatlas die Möglichkeit, weitere Klassengrenzen manuell einzugeben. Wählt man also „Manuelle Klassengrenzen“ und klickt anschließend bei „Freie Eingabe von Klassengrenzen“ auf „+“, so lassen sich zusätz-

Abb. 6

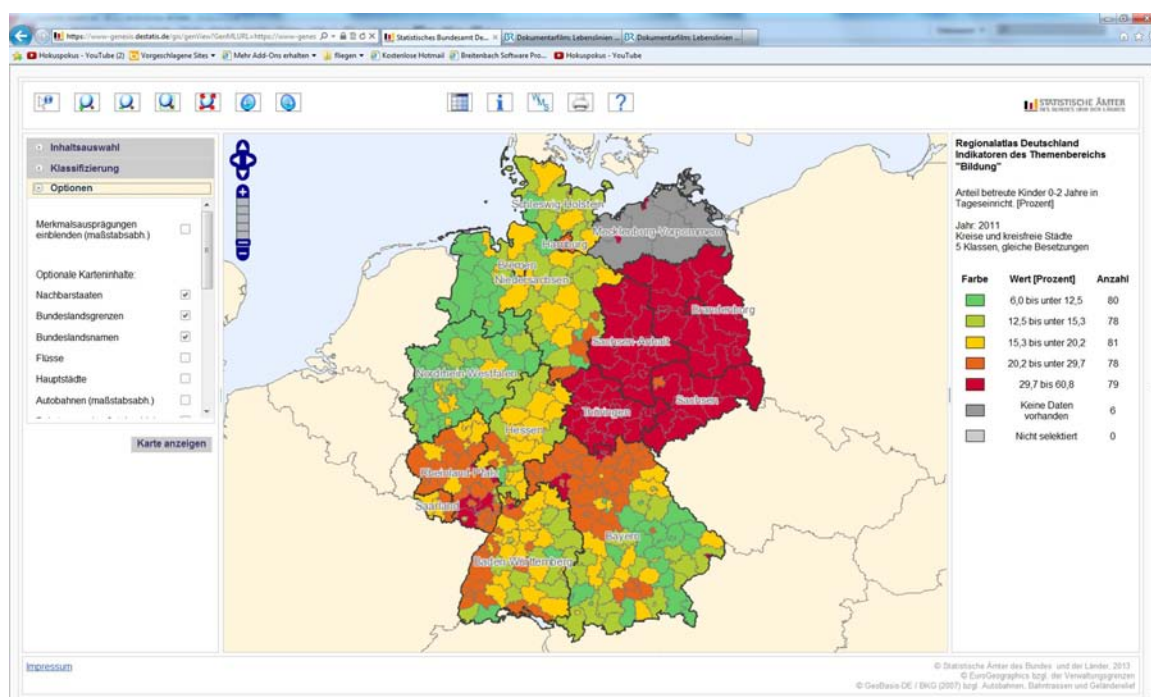
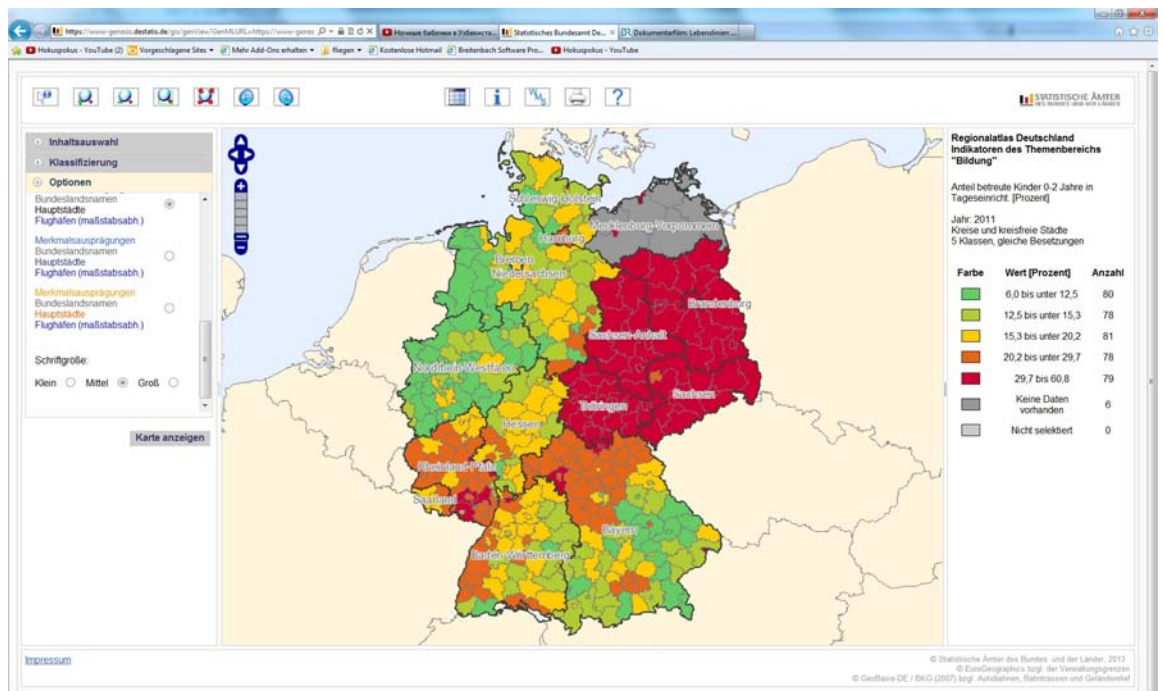


Abb. 7



lich zu den bereits festgelegten Klassengrenzen beliebig viele weitere Klassengrenzen manuell eingeben (vgl. Abbildung 5).

Unter „Optionen“ besteht die Möglichkeit, Merkmalsausprägungen, Flüsse, Hauptstädte, Autobahnen, usw. einzublenden, wobei die Realisierbarkeit teilweise abhängig ist vom Maßstab der Karte (vgl. Abbildung 6). Außerdem kann man für die Texte in der Kartendarstellung drei verschiedene Farbkombinationen wählen. Bei der Schriftgröße unterscheidet man zwischen „klein“, „mittel“ und „groß“. (vgl. Abbildung 7).

Durch Drücken der Schaltfläche „Karte anzeigen“ wird der gewählte Indikator mit den gewünschten Angaben in einer Karte dargestellt.

Das Legendenfenster im rechten Teil der Bildschirmansicht enthält eine Zusammenstellung der im linken Teil der Bildschirmansicht unter „Inhaltsauswahl“, „Klassifizierung“ und „Optionen“ getroffenen Auswahl. Im Beispiel sind dies der Themenbereich „Bildung“ mit dem Indikator „Anteil betreute Kinder null bis zwei Jahre in Tageseinrichtungen (Prozent)“. Dargestellt wird dieser Indikator für das Jahr 2011

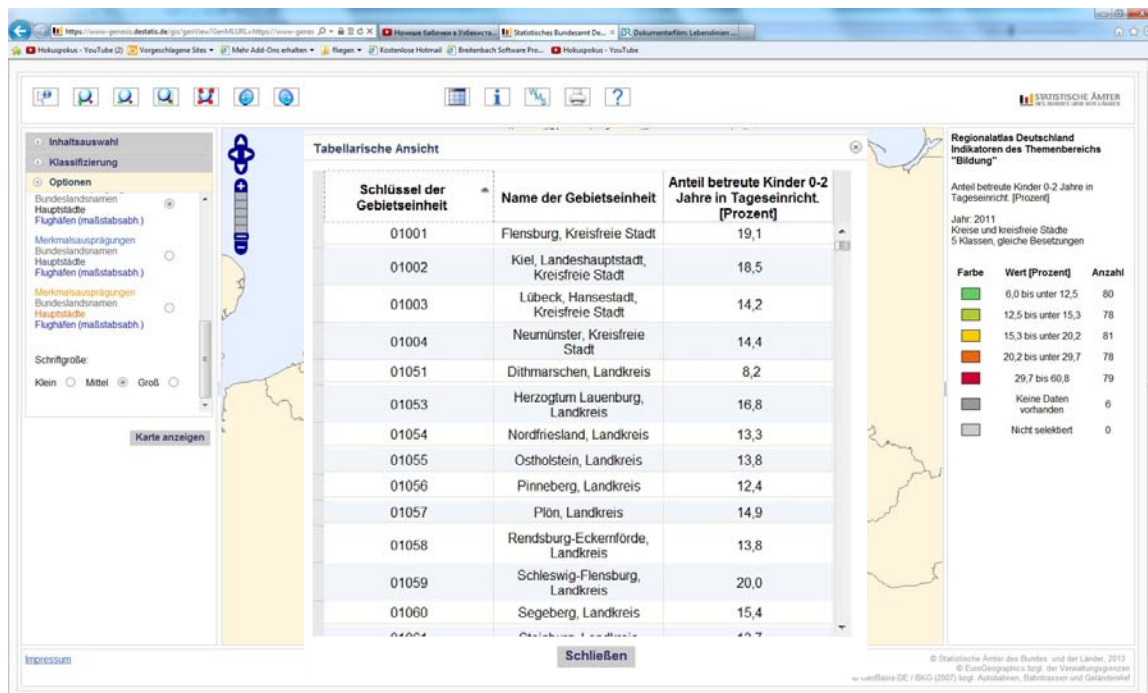
und für alle Kreise. Die Intervalle für die Werte der Klassen (im Beispiel: fünf Klassen) werden zusammen mit der Anzahl der Kreise, die den jeweiligen Klassen entsprechen (im Beispiel mit gleichen Besetzungen), und mit ihrer farblichen Darstellung in der Karte, abgebildet. Wurden optionale Karteninhalte unter „Optionen“ ausgewählt, so werden diese im unteren Bereich der Legende aufgeführt.

Die Karte kann mit Hilfe der Pfeile im linken oberen Teil der Kartenansicht in alle Richtungen verschoben werden. Zusätzlich können mit Hilfe der Skala von „-“ bis „+“ bestimmte Teile der Karte vergrößert dargestellt (herangezoomt) werden.

Diese und weitere Effekte erzielt man auch mit den Schaltflächen im linken oberen Bereich der Bildschirmansicht. Mit diesen Schaltflächen ist es möglich, die Position und Größe der Kartendarstellung zu verändern.

Ist die Schaltfläche „Karte ziehen/Info-Abfrage“ aktiviert, so besteht zum einen die Möglichkeit, die Karte mit der linken Maustaste zu verschieben und zum anderen die Karte mit dem Mausrad hinein- und herauszuzoomen.

Abb. 8



Durch Drücken der Schaltfläche „Hineinzoomen“ wird ein Ausschnitt der Karte vergrößert dargestellt (hineingezoomt), gleichzeitig wandert die Skala von „-“ bis „+“ nach oben. Umgekehrt wird durch Drücken der Schaltfläche „Herauszoomen“ die Karte herausgezoomt und die Skala wandert nach unten.

Durch Aktivieren der Schaltfläche „Zoom auf Bereich“ kann man mit der linken Maustaste einen neuen Ausschnitt der Karte aufziehen.

Es kann aber nur eine der beiden Schaltflächen „Karte ziehen/Info-Abfrage“ und „Zoom auf Bereich“ aktiviert sein, nicht beide gleichzeitig.

Die Schaltfläche „Gesamtansicht“ ermöglicht die Rückkehr zum Startbild.

Mit Hilfe der Schaltflächen „Kartenansicht zurück“ bzw. „Kartenansicht vor“ ist es möglich, in der Bildhistorie der bereits angezeigten Karten zurück- bzw. vorzublättern.

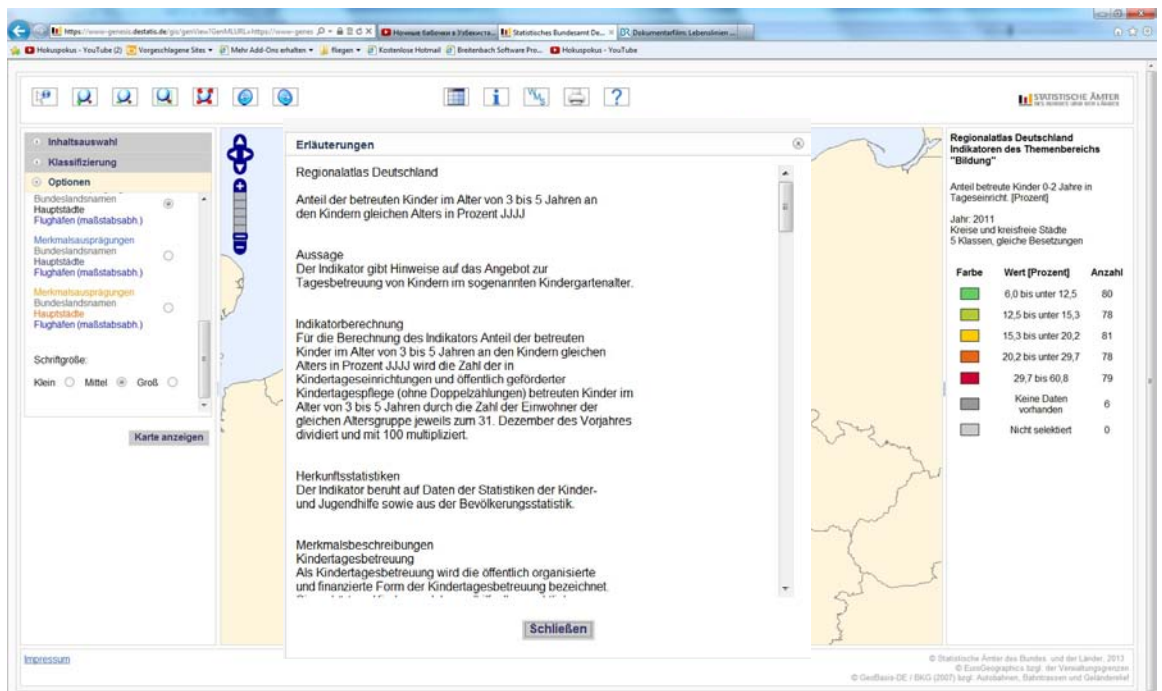
Im mittleren oberen Bereich der Bildschirmansicht befinden sich fünf weitere Schaltflächen. Die erste

und die zweite Schaltfläche enthalten zusätzliche Informationen zum gewählten Indikator, die nicht sofort aus der Kartendarstellung ersichtlich sind.

Die Schaltfläche „Tabellarische Ansicht der Karte“ ermöglicht den Abruf der Karte in Tabellenform. Für den jeweiligen Indikator können die Tabellen dabei nach dem Schlüssel oder dem Namen der Gebiets-einheit (im Beispiel Landkreise und kreisfreie Städte) sowie auf- und absteigend nach der Höhe des Wertes sortiert werden (vgl. Abbildung 8).

Die Schaltfläche „Erläuterungen“ enthält Informationen zum ausgewählten Indikator (vgl. Abbildung 9). Neben einer allgemeinen Aussage über den Indikator sind dies auch Angaben zur Indikatorberechnung und verschiedene Definitionen. Im gewählten Beispiel sind Definitionen zur Kindertagesbetreuung, zur Kindertagespflege und zu den Einwohnern vorhanden. Außerdem wird dargestellt, welche Statistiken für die Daten des Indikators herangezogen wurden und welche regionalen Besonderheiten auftreten. Am Ende erfolgt ein Hinweis auf weiterführende Informationen.

Abb. 9



Durch die Schaltfläche „Web Map Service“ wird eine URL angezeigt, über die die erzeugten Karten in anderen Kartenviewern (z. B. Geoportal.Bund) dargestellt und genutzt werden können.

Die Schaltfläche „Druckansicht als pdf“ ermöglicht den Ausdruck des am Bildschirm aktuell sichtbaren Kartenausschnitts. Der Ausdruck wird in Form eines PDF-Dokuments erstellt, das in einem separaten Browserfenster geöffnet wird. Er enthält das Datum der Erstellung, Angaben aus der Legende, das Kartenbild sowie Urheberrechtsvermerke.

Hilfestellung zum neuen Regionalatlas erhält man über die Schaltfläche „Online-Hilfe“. Die Online-Hilfe wird als PDF-Dokument geöffnet. Zunächst erfolgt eine allgemeine Information zum Inhalt der interaktiven Karten. Anschließend wird auf die verschiedenen Möglichkeiten hingewiesen, die Karte zu nutzen, also Inhalte und Darstellungsmöglichkeiten zu verändern. Des Weiteren werden die Schaltflächen erklärt.

Regionalstatistik der Europäischen Union

Robert Kaufmann

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, ist zuständig für die Erfassung und Verbreitung von Daten auf europäischer Ebene.

Die Ergebnisse der amtlichen Regional- und Städtestatistik sind sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene für die Ausgestaltung der Regionalpolitik von großer Bedeutung. So spielen vergleichbare Regionalstatistiken in vielen Bereichen des Europäischen Statistischen Systems eine wesentliche Rolle und werden für vielfältige Zwecke, wie z. B. die Bewertung des Erfolgs politischer Maßnahmen auf kommunaler Ebene, verwendet. Vor allem bei der Ausgestaltung der finanziellen Förderung von Projekten in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, stützt sich die EU bei der Beurteilung der Förderfähigkeit von Regionen auf statistische Daten, womit sich die besondere Bedeutung der Regionalstatistik zeigt.

Vorbemerkungen

Die Regionalstatistiken von Eurostat erfassen die wesentlichen Aspekte der wirtschafts- und sozialpolitischen Tätigkeit der Europäischen Union, darunter Demographie, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Arbeitsmarktdaten. Sie beruhen weitestgehend auf den Konzepten und Definitionen, die von Eurostat für die Erstellung von Statistiken oder die Erhebung statistischer Daten auf nationaler Ebene verwendet werden.

Als Region wird ein räumlicher Bereich mit mehr oder weniger deutlich erkennbaren Grenzen oder Merkmalen, der häufig als Verwaltungseinheit auf einer Ebene unterhalb der des Nationalstaates dient, bezeichnet. Regionen besitzen eine Identität, die sich aus bestimmten Merkmalen wie Klima, Sprache, ethnische Herkunft oder gemeinsame Geschichte zusammensetzt. Diese Merkmale sind jedoch für eine zweckmäßige Abgrenzung der Regionen nicht ausreichend, da sie auf besonders große Gebiete treffen können und die Grenzen somit verwischen.

Daher werden die Grenzen einer Region auf der Grundlage eines administrativen Konzepts bestimmt. Hierbei wird versucht, Bevölkerungsgruppen oder geografische Gebiete mit einer hinrei-

chenden Zahl von Gemeinsamkeiten zu logischen Einheiten zusammenzufassen. Traditionell unterstehen kleinere Regionen oft der Verwaltungshoheit größerer Regionen, die wiederum den Nationalstaat bilden.

Die NUTS-Systematik

Die Regionalklassifikation NUTS (Nomenclature des unités territoriales statistiques) bildet die Grundlage für die Regionalstatistik der EU. Sie existiert seit mehr als 30 Jahren und basiert rechtlich nunmehr auf einer im Jahr 2003 in Kraft getretenen EU-Verordnung. Eines der wesentlichen Ziele der Verordnung besteht darin, die Voraussetzungen für einen möglichst reibungslosen Umgang mit den nicht zu vermeidenden Veränderungen in den Verwaltungsstrukturen der Mitgliedsstaaten zu schaffen und somit den Einfluss dieser Veränderungen auf die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Regionalstatistiken so gering wie möglich zu halten.

Die Tatsache, dass es in Europa weitaus mehr Regionen als Länder gibt, führt beim Vergleich von Daten zu einem sehr komplexen Bild. Deshalb hat Eurostat eine regionale Klassifikation für Europa mit einer abgestimmten Hierarchie der Regionen auf drei Ebenen entwickelt (vgl. Tabelle 1).

Tab. 1 Zahl der NUTS-Regionen 2006 für EU-27 (gültig seit 1.1.2008)

	NUTS-1	NUTS-2	NUTS-3
Belgien	3	11	44
Bulgarien	2	6	28
Tschechische Republik	1	8	14
Dänemark	1	5	11
Deutschland	16	39	429
Estland	1	1	5
Irland	1	2	8
Griechenland	4	13	51
Spanien	7	19	59
Frankreich	9	26	100
Italien	5	21	107
Zypern	1	1	1
Luxemburg	1	1	1
Lettland	1	1	6
Litauen	1	1	10
Ungarn	3	7	20
Malta	1	1	2
Niederlande	4	12	40
Österreich	3	9	35
Polen	6	16	66
Portugal	3	7	30
Rumänien	4	8	42
Slowenien	1	2	12
Slowakei	1	4	8
Finnland	2	5	20
Schweden	3	8	21
Vereinigtes Königreich	12	37	133
EU-27	97	271	1 303

Anhand der Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) wird jeder Mitgliedsstaat in eine Reihe von NUTS-1-Regionen untergliedert, von denen wiederum jede in eine Reihe von NUTS-2-Regionen und diese abermals in NUTS-3-Regionen unterteilt werden. Die Tabelle 1 zeigt, wie sich die NUTS-Regionen auf die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten verteilen.

Falls verfügbar, werden Verwaltungsstrukturen für die verschiedenen NUTS-Ebenen verwendet. Das Anknüpfen an administrative Gebietseinheiten soll es ermöglichen, dass amtliche regionalstatistische Daten zuverlässig und zeitlich stabil zur Verfügung stehen. Sollte es für eine bestimmte Ebene keine entsprechende Verwaltungsstruktur geben, werden künstliche Regionen durch die Zusammenfassung kleinerer Verwaltungseinheiten gebildet.

Für Deutschland bilden die Bundesländer die NUTS-Ebene 1, zur Ebene 2 gehören die Regierungsbezirke, während die Landkreise und die kreisfreien Städte die Ebene 3 bilden. Ergänzend dient die Be-

völkerungszahl – als nichtadministratives Merkmal – bei der Gliederung der EU in Regionen der statistischen Vergleichbarkeit. Für die durchschnittliche Größe der NUTS-Regionen gemäß der NUTS-Verordnung gelten jeweils folgende Ober- und Untergrenzen hinsichtlich der Bevölkerungszahl (vgl. Tabelle 2).

Tab. 2

Ebene	Untergrenze	Obergrenze
NUTS 1	3 000 000	7 000 000
NUTS 2	800 000	3 000 000
NUTS 3	150 000	800 000

Die Anwendung der Systematik auf einen bestimmten Mitgliedsstaat besteht also demnach aus mehreren Schritten. Zunächst wird die Verwaltungsstruktur des Landes analysiert und überprüft, ob die bestehende regionale Gliederung für die Erhebung und Verbreitung von Regionaldaten eingesetzt wird, was normalerweise auch der Fall ist. Schließlich wird die durchschnittliche Größe (anhand der Bevölkerungszahl) der Verwaltungsebenen betrachtet und dabei festgestellt, in welche NUTS-Ebene sie sich einordnen lässt. Angenommen die vorhandene Verwaltungsebene weist keine dem EU-Durchschnitt vergleichbare Größe auf, werden kleinere Verwaltungseinheiten zu nichtadministrativen Einheiten zusammengefasst. Diese gelten dann als sogenannte Statistische Regionen. Auch Deutschland gehört zu den Mitgliedsstaaten mit solchen statistischen Regionen. Auf Ebene 2 gibt es z. B. die ehemaligen, aber als solche nicht mehr existenten Regierungsbezirke in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Weitere Beispiele finden sich in Frankreich auf der Ebene 1 und in Belgien auf der Ebene 3.

Es gibt aber auch Mitgliedsstaaten, die aufgrund ihrer geringen Bevölkerungszahl keine drei Hierarchieebenen bilden können. Erfüllt ein Mitgliedsstaat – beispielsweise Estland – nur die Bedingungen für die NUTS-2-Regionen, so wird er im Ganzen sowohl der NUTS-2-Region, als auch der NUTS-1-Region zugeordnet, sodass er drei NUTS-Ebenen besitzt, allerdings keine drei verschiedenen. Besteht ein Mitgliedsstaat aufgrund einer Bevölkerungszahl unter 800 000 Einwohnern nur aus einer NUTS3-Region – wie es in Luxemburg der Fall ist – so wird dieser gleichzeitig den Ebenen 2 und 1 zugeordnet.

Abb. 1

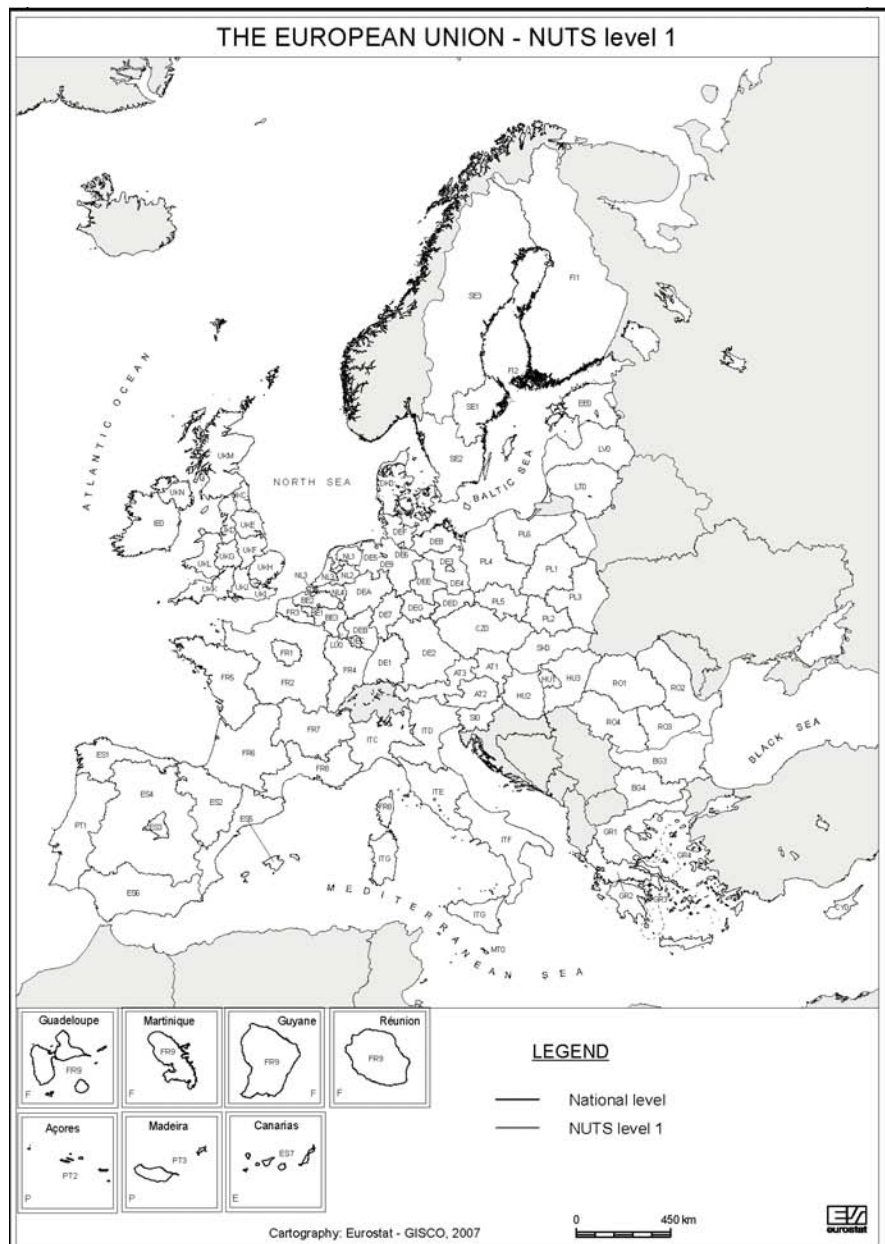
Eine mehrfache Zuordnung kann aber auch erfolgen, ohne dass ganze NUTS-Ebenen zusammenfallen. In Deutschland fallen die NUTS-Ebenen 1 und 2 zwar nicht zusammen, aber trotzdem werden die Stadtstaaten und die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen sowohl der NUTS-1 als auch der NUTS-2-Ebene zugeordnet.

Abbildung 1 stellt die NUTS-1-Regionen der Europäischen Union dar.

Für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich unter diesen Gesichtspunkten die Gliederung der NUTS-Gebiete, wie in Tabelle 3 dargestellt.

Grafisch stellt sich die Aufteilung der Regionen nach der Systematik NUTS-2 für die Bundesrepublik Deutschland wie in der Abbildung 2 dar.

Trotz des Bestrebens, Regionen vergleichbarer Größe ein und derselben NUTS-Ebene zuzuordnen, gibt es auf den einzelnen Ebenen nach wie vor Regionen, die sich hinsichtlich der Fläche, der Bevölkerung, der Wirtschaftskraft oder ihrer Stellung in der Verwaltungshierarchie deutlich voneinander unterscheiden. Diese Heterogenität innerhalb der Gemeinschaft spiegelt in vielen Fällen einfach die Situation auf der Ebene der Mitgliedsstaaten wider.



Die Veröffentlichungen auf regionaler Ebene

Portrait der Regionen

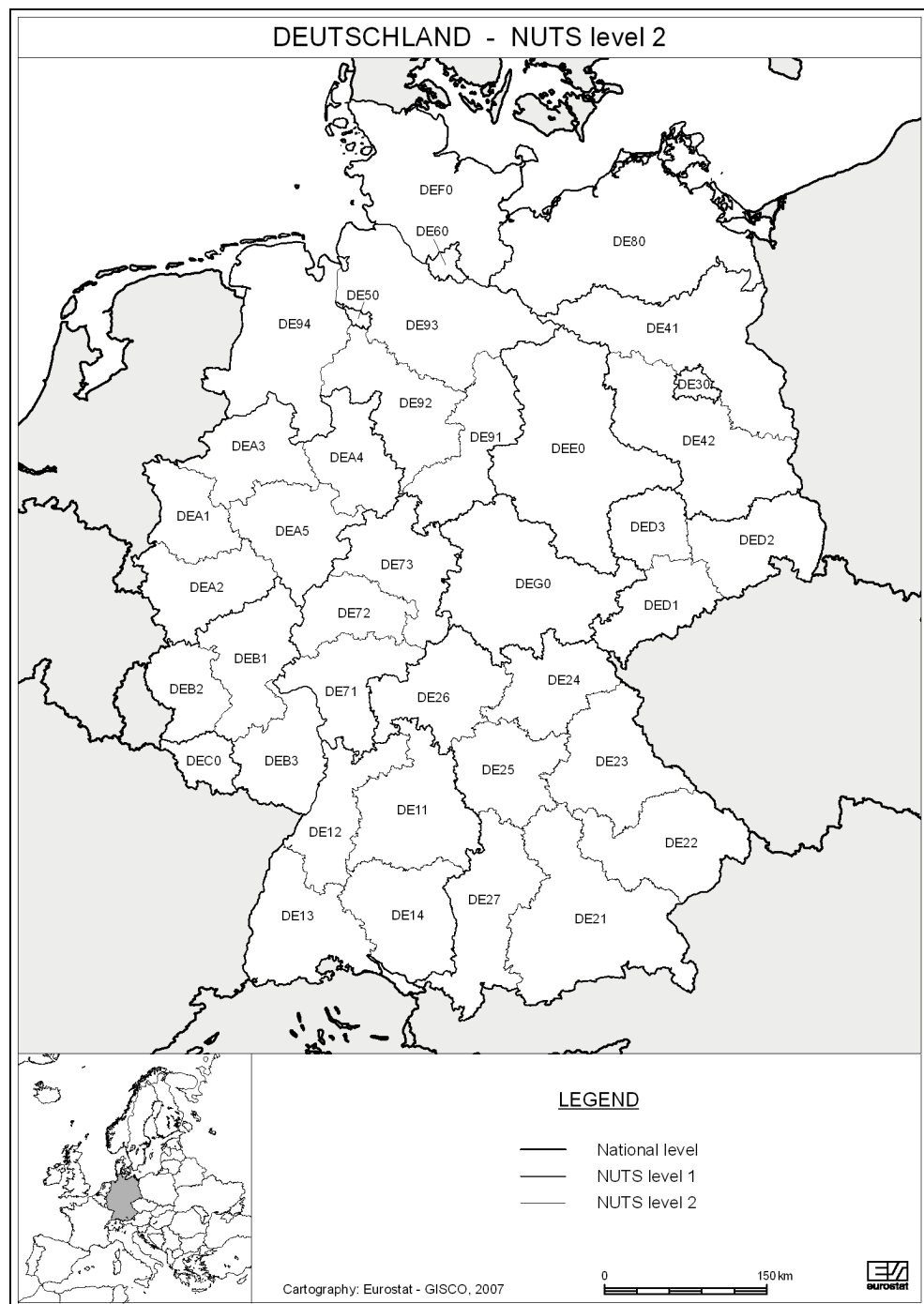
Die Veröffentlichungsreihe „Portrait of the Regions“, welche ausschließlich in englischer Sprache veröffentlicht wurde, stellt die einzelnen Regionen Europas vor und umfasst bereits elf Bände, wobei sich jeder Band einem oder mehreren Ländern widmet. Anhand vergleichbarer statistischer Daten zu zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren, betrachten die Experten aus den einzelnen Ländern jede Region unter einer Reihe thematischer Überschriften. Themen sind unter anderem die Geogra-

fie und die Geschichte der Region, sowie ihre demografische, wirtschaftliche und kulturelle Situation. Anhand von Karten, Grafiken und Tabellen werden die Aspekte Arbeitsmarkt, Bildung, Infrastruktur und Ressourcen weitgehend abgebildet.

Jahrbuch der Regionen

Der Bereich Regionalstatistiken (REGIO) in den statistischen Datenbanken von Eurostat liefert die Daten für die NUTS-Regionen. Er besteht aus zwölf Teilbereichen, welche auch als Datenkollektionen bezeichnet werden. Jede Kollektion besteht aus mehreren

Abb. 2



Gruppen, von denen aus auf eine Vielzahl von Tabellen zugegriffen werden kann. Die Tabellen umfassen zumeist drei bis vier Dimensionen. Begleitet werden die regionalstatistischen Daten von zugehörigen Metadaten.

Die Regionalstatistik der Europäischen Union wird umfassend im Eurostat-Jahrbuch der Regionen dargestellt. Die Kapitel behandeln die einzelnen

REGIO-Kollektionen und liefern anhand von Farbkarten, Grafiken und Erläuterungen einen Überblick über die regionale Verteilung ausgewählter Indikatoren und Indikatorenkombinationen.

Statistik kurz gefasst

Jedes Jahr erscheinen mehrere Broschüren der Veröffentlichungsreihe „Statistik kurz gefasst“, welche jeweils einen Umfang von acht bis zwölf Seiten

Tab. 3 Die Anwendung des NUTS-Systems für die Bundesrepublik Deutschland

NUTS 1 Bundesländer	NUTS 2 Regierungsbezirke	NUTS 3 Kreise und kreisfreie Städte (Anzahl)
Baden-Württemberg	Stuttgart	13
	Karlsruhe	12
	Freiburg	10
	Tübingen	9
Bayern	Oberbayern	23
	Niederbayern	12
	Oberpfalz	10
	Oberfranken	13
	Mittelfranken	12
	Unterfranken	12
	Schwaben	14
Berlin	Berlin	1
Brandenburg	Brandenburg-Nordost	8
	Brandenburg-Südwest	10
Bremen	Bremen	2
Hamburg	Hamburg	1
Hessen	Darmstadt	14
	Gießen	5
	Kassel	7
Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburg-Vorpommern	18
Niedersachsen	Braunschweig	11
	Hannover	7
	Lüneburg	11
	Weser-Ems	17
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	15
	Köln	12
	Münster	8
	Detmold	7
	Arnsberg	12
Rheinland-Pfalz	Koblenz	11
	Trier	5
	Rheinhausen-Pfalz	20
Saarland	Saarland	6
Sachsen	Chemnitz	12
	Dresden	11
	Leipzig	6
Sachsen-Anhalt	Sachsen-Anhalt	14
Schleswig-Holstein	Schleswig-Holstein	15
Thüringen	Thüringen	23

haben. Neben den Themen „Regionales BIP“ und „Regionale Erwerbslosigkeit“ erscheinen im Laufe des Jahres weitere Ausgaben, wenn ein besonderes Interesse an bestimmten Themen, wie Verkehr, Bildung oder Umwelt usw. besteht.

Diese von Eurostat zur Verfügung gestellten Veröffentlichungen („Portrait der Regionen“, „Jahrbuch der Regionen“, „Statistik kurz gefasst“) beinhalten bereits viele interessante Schwerpunkte und beleuchten diese auf den verschiedenen NUTS-Ebenen. Allerdings sind sie am umfassenden Gesamtkonstrukt der Europäischen Union ausgerichtet und dienen somit nur eingeschränkt der ausführlichen Beurteilung von einer bestimmten Region. Zudem ist das Portrait der Regionen für Deutschland bereits 1993 erschienen und somit nur bedingt zur Analyse heranziehbar.

Ausblick

Nachdem nun die Regionalstatistik der Europäischen Union in ihren Grundzügen beleuchtet wurde, soll im Folgenden eine Reihe von Analysen erscheinen, welche sich mit der europäischen Region „Thüringen“ auf regionalstatistischer Ebene auseinandersetzen. Hierbei dienen die auf der Basis der Systematik NUTS erhobenen Daten von Eurostat. In Anknüpfung an das oben bereits vorgestellte „Jahrbuch der Regionen“ werden die Schwerpunktgebiete:

- Bevölkerung
- Arbeitsmarkt
- Bildung
- Verkehr und
- Tourismus

systematisch analysiert und zeitnah durch das Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlicht.

Der vorliegende Beitrag ist im Monatsheft des Thüringer Landesamts für Statistik in der Ausgabe 2/2013 erschienen. Der Autor Robert Kaufmann arbeitet als Referent im Referat für Sonderaufgaben und statistische Analysen. Wir danken für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

BAYERN IN ZAHLEN

MONATSHEFTE DES BAYERISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS

August 1951, Heft 8

Bayerns Sozialprodukt

Seine Entstehung, Verteilung und Verwendung. — Ergebnisse vorläufiger Schätzungen

Das vielfältige statistische Material aus allen Bereichen der Wirtschaft erscheint in den „volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ gleichsam auf einen einzigen Nenner gebracht, den „Wert“. Der Wert des Nettosozialprodukts (zu Marktpreisen) belief sich in Bayern im Jahre 1950 auf 13,6 Mrd. DM, das ist — bei Zugrundelegung gleicher Preise — um 14 vH mehr als 1936. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen dagegen im Durchschnitt um rund 15 vH weniger als 1936; der für den laufenden Konsum verfügbare Teil liegt noch niedriger.

Den unselbständigen Erwerbstätigen insgesamt verblieben 1950 (netto) knapp 37 vH, den Selbständigen u. dgl. knapp 31 vH des Volkseinkommens — in beiden Gruppen um 2—4 vH geringere Anteile als in der Vorkriegszeit. Sehr klein geworden ist der Anteil der Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden usw.). Demgegenüber hat sich der Anteil der Renten und Unterstützungen von 3,5 vH (1936) auf 12,5 vH des Volkseinkommens im Jahre 1950 erhöht.

Über zwei Drittel des Sozialprodukts gelangten zur Verwendung in den privaten Haushaltungen, 16 vH wurden in Neuanlagen und Gebäuden investiert oder blieben als Vorräte bei den Unternehmungen, der Rest diente öffentlichen Zwecken. Das eigene Sozialprodukt wurde durch Zuflüsse aus anderen Ländern (Außenbeitrag) um etwa 5 vH vermehrt.

Nachstehende Darstellung ist das Ergebnis von Schätzungen auf Grund der gegenwärtig vorhandenen Unterlagen. Die ausgewiesenen Zahlen besitzen nicht den Genauigkeitsgrad von Statistiken; sie kennzeichnen die Größenverhältnisse im bayerischen Wirtschaftsleben lediglich annähernd.

Das Sozialprodukt und seine Berechnung¹⁾

Das Sozialprodukt ist der Gesamtausdruck der wirtschaftlichen Leistung eines Landes und der jährlichen Versorgung seiner Bevölkerung mit wirtschaftlichen Gütern. Die Kenntnis seiner Höhe, Zusammensetzung, Verteilung und Verwendung ist für vielerlei Zwecke von Bedeutung. Die Darstellung des Sozialprodukts ist nach 3 Hauptrichtungen möglich. Zunächst kann es nach seiner Entstehung, gegliedert nach der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftszweige, erfaßt werden. Unter Wertschöpfung sind dabei zu verstehen die Bruttoerlöse aller beteiligten Unternehmungen, abzüglich der in den Erlösen enthaltenen Leistungsentgelte an andere Unternehmen (zur Ausschaltung von Doppelzählungen) und der Aufwendungen zur Erhaltung des Produktionsapparates (Abschreibungen) sowie jener Steuern, die als Produktionskosten verrechnet werden und daher den Verkaufspreis erhöhen (indirekte Steuern). Als Wertschöpfung verbleibt dann die Summe der Entgelte für alle in einem Wirtschaftsbereich zusammenwirkenden Produktionsfaktoren (Unternehmer, Arbeitnehmer, Kapitalgeber). Die Summe

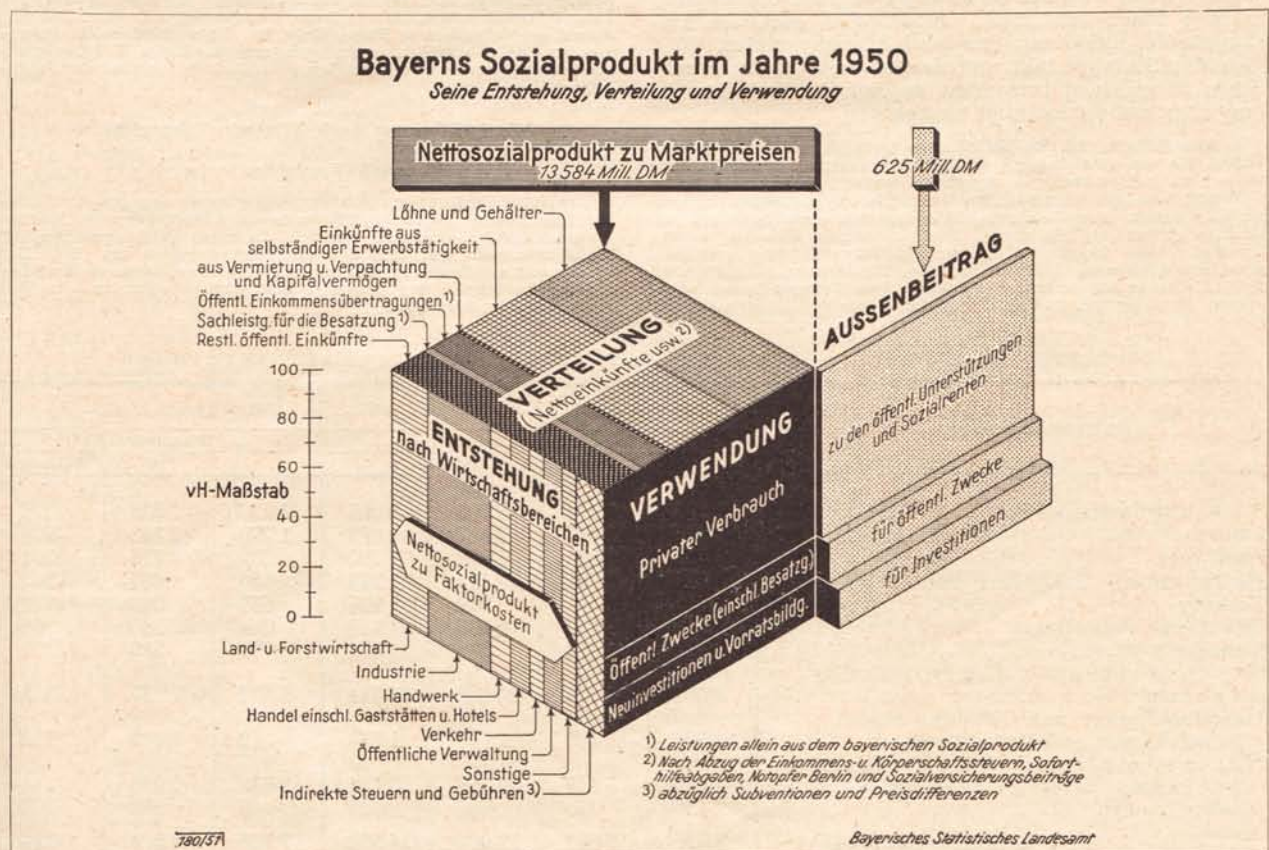


Schaubild 1

¹⁾ Hier kann von den Problemen der Sozialproduktsberechnung nur das für das Verständnis der folgenden Ausführungen Notwendige wiedergegeben werden; weitergehende Darstellungen finden sich u. a. in „Wirtschaft und Statistik“, 4/1949, 4/1950, 4/1951, 6/1951.

der Wertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen wird daher „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“ genannt. Es gewährt Aufschluß über den Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige an der Wertschöpfung, es stellt jedoch nicht den Marktwert ihrer Gesamtleistung dar, der, wie erwähnt, um die indirekten Steuern, die dem Staat zufließen, höher liegt und deshalb gewöhnlich als „Nettosozialprodukt zu Marktpreisen“ bezeichnet wird. Die durch diese Steuern eingetretene Werterhöhung ist nicht auf die an der Produktion beteiligten Faktoren, sondern auf den öffentlichen Bedarf zurückzuführen. Je nach dem Gesichtspunkt der Betrachtung ist einmal von den Faktorkosten, einmal von den Marktpreisen auszugehen.

Bei der zweiten Möglichkeit der Darstellung des Sozialprodukts — nach seiner Verteilung (Volkseinkommen) — kann das Gewicht auf das Verhältnis der den an der Produktion beteiligten Faktoren zufließenden Einkommen gelegt werden; man wird dann von den gesamten Faktorkosten ausgehen; will man jedoch die Verteilung des gesamten Sozialprodukts feststellen, so ist auch der Anteil der Öffentlichen Hand (in Form der indirekten Steuern) zu berücksichtigen; es muß dann das Sozialprodukt zu Marktpreisen zugrunde gelegt werden. Aber auch in diesem Falle erhält man noch nicht die endgültige Verteilung, d. h. den Teil des Sozialprodukts, der dem einzelnen Einkommensempfänger zur freien Verfügung überlassen bleibt. Man muß noch die aus den Bruttoeinkünften zu zahlenden direkten Steuern und Abgaben abziehen und gleichzeitig die am Sozialprodukt durch öffentliche Einkommensübertragungen beteiligten Renten- und Unterstützungsempfänger berücksichtigen.

Bei der letzten Möglichkeit der Darstellung des Sozialprodukts — nach seiner Verwendung — interessiert vor allem die Unterscheidung nach den Einkommensteilen, die dem privaten Konsum zugeführt oder für öffentliche Zwecke verwendet werden und nach den übrigen Einkommensteilen, die entweder zu Investitionen in Anlagen und Gebäuden oder zur Vorratsbildung führen. Während das Nettosozialprodukt den Wertzuwachs darstellt, ist das Bruttosozialprodukt die Gesamtleistung einer Wirtschaft, enthält also auch die Leistungen zur Erhaltung des Produktionsapparates. Will man das Sozialprodukt und dessen Teile in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachten, so darf die Preisentwicklung nicht unberücksichtigt bleiben.

In Wirklichkeit sind die Verhältnisse natürlich wesentlich komplizierter, als aus vorstehendem vereinfachten Schema hervorgeht. Hier können nur einige Probleme angedeutet werden. Es ist nicht immer eindeutig, was als wirtschaftliche Wertschöpfung anzusehen ist (unbezahlte Arbeit eines Gelehrten, hohe Gewinne eines Sniebers, unbezahlte Arbeit der Hausfrau). Aus praktischen Gründen werden gewöhnlich jene Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Leistung gerechnet, die einen erfaßbaren Geldwert besitzen. Die Hausfrauenarbeit blieb z. B. bisher in Deutschland bei solchen Berechnungen immer unberücksichtigt. Problematisch ist auch die Bewertung der Staatsleistungen

(vor allem in bezug auf die „wirtschaftsfördernden Leistungen“). Schwierigkeiten ergeben sich weiterhin bei der Abgrenzung der eigenen Volkswirtschaft von den fremden.

Das Statistische Reichsamt hat vor dem Kriege aus Materialgründen von den verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten des Sozialprodukts nur die Einkommensverteilung errechnet. Das Statistische Bundesamt, das die Berechnungen für das Bundesgebiet in seiner Gesamtheit im Jahre 1949 wieder aufnahm, befaßte sich aus denselben Gründen nur mit der Entstehung des Sozialprodukts (Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen) und dessen Verwendung, wobei es vorläufig — mangels ausreichender neuerer Unterlagen — gezwungen ist, die Ergebnisse aus dem Jahre 1936 mittels Produktions-, Umsatz- und Preisindizes fortzuschreiben. Diese Berechnungsweise trägt naturgemäß eine höhere Fehlergefahr in sich, als sie bei Sozialproduktberechnungen gemeinhin unvermeidlich ist. Trotzdem dürfen die dabei möglichen Fehler auch nicht überschätzt werden. Der Zweck — Größenvorstellungen zu vermitteln und Veränderungen nachzuweisen — wird zweifellos erreicht.

Die Schwierigkeiten der Darstellung wirtschaftlicher Gesamterrechnungen für ein einzelnes Land innerhalb des Bundesgebietes sind derzeit in mancher Hinsicht noch größer als eine Gesamtdarstellung für das Bundesgebiet. Es fehlen vielfach Ausgangszahlen aus der Vorkriegszeit, und Indices, die sich für die Fortschreibung eignen, sind zum Teil nur für das Bundesgebiet insgesamt vorhanden. Außerdem können die Länder im allgemeinen nicht den für derartige Berechnungen erforderlichen umfangreichen und qualifizierten Mitarbeiterstab unterhalten. Bei der Berechnung der nachstehenden für Bayern dargestellten volkswirtschaftlichen Größen mußte deshalb zunächst weitgehend von den Bundesergebnissen¹⁾ ausgegangen und jeweils der Anteil Bayerns ermittelt werden. Dafür geeignete Unterlagen liegen größtenteils vor (Löhne und Gehälter, Einheitswerte, Umsätze, Beschäftigtenzahlen usw.). Für den wichtigsten bayerischen Wirtschaftszweig, die Industrie, wird überdies ein Produktionsindex laufend berechnet. Einen wertvollen Anhalt bildete ferner die Berechnung des Volkseinkommens in Bayern für das Jahr 1936 durch das Statistische Reichsamt. Bei der Beurteilung der Ergebnisse und ihres Zustandekommens darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nicht um Statistiken handelt. Die scheinbare Genauigkeit durch Darstellung einzelner Größen bis zur letzten Kommastelle ist rein rechnerisch bedingt und für die weitere Fortschreibung erforderlich. Der Zweck dieser Veröffentlichung, ein erstes Bild von den annähernden Größenvorstellungen in der bayerischen Volkswirtschaft der Nachkriegszeit im Verhältnis zu den Vorkriegsverhältnissen und im Verhältnis zum übrigen Bundesgebiet zu liefern, wird trotz der unvermeidlichen, materialbedingten Mängel in der Darstellung erfüllt. Darstellungen von zweifelhaftem Wert wurden fortgelassen; es konnten daher nur verhältnismäßig grobe Aufgliederungen gebracht werden.

Weitere Schwierigkeiten für solche Gesamterrechnungen in nicht abgeschlossenen Volkswirtschaften, wie sie die Bundesländer darstellen, ergeben sich aus den Beziehungen zwischen diesen Ländern und zum Ausland. Dies betrifft vor allem die Frage des privaten Kapitalverkehrs, der Einkommensübertragungen sowie der Berücksichtigung des Bundeshaushalts. Eine lückenlose Ermittlung dieser Beziehungen ist nicht möglich. Diese Berechnungen wurden deshalb zunächst auf die Leistung der eigenen Wirtschaft abgestellt. Das hier dargestellte Sozialprodukt ist also das im Raum „Bayern“ erzeugte; es entspricht dem Volkseinkommen, das in Bayern entstanden ist, ohne Rücksicht darauf, wohin es letzten Endes fließt. Der Unterschied ist, im ganzen gesehen, nicht erheblich, wenn auch aus mancherlei Gründen anzustreben ist, diese Leistungsbeziehungen aufzuhellen (siehe unter Außenbeitrag).

Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Land- und Forstwirtschaft

Der Anteil Bayerns am Bundesergebnis wurde aus dem Verhältnis der Einheitswerte (Bodenqualität) unter Berücksichtigung der Beschäftigtenzahl (Arbeitsaufwand) ermittelt. Es ergab sich daraus für 1936 ein Hundertsatz von 25,2, für die Nachkriegszeit von 25,4. Eine Berechnung auf Grund der Buchführungsergebnisse führte zu ähnlichen Zahlen. Im Bereich der Forstwirtschaft wurden außerdem die Verkaufserlöse berücksichtigt.

Übersicht 1. Die Wertschöpfung in Bayern nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1936	1948 2. Halbjahr	1949	1950	1949	1950
	in jeweiligen Preisen				in Preisen von 1936 ²⁾	
	in Mill. RM/DM				1936=100	
Land- und Forstwirtschaft	1 292	914	1 936	2 181	1 118	1 218
Industrie	1 970	1 417	3 417	4 089	1 770	2 143
Handwerk	710	631	1 263	1 290	683	717
Handel einschl. Gaststätten und Hotels . .	649	591	1 114	1 243	585	697
Verkehr	(515) ³⁾	451	912	921	636	640
Öffentliche Verwaltung	549	493	1 105	1 148	884	905
Sonstige ⁴⁾	470	478	881	872	731	712
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	6 155	4 975	10 628	11 744	6 407	7 032
Indirekte Steuern und Gebühren abzügl. Subventionen und Preisdifferenzen . . .	901	468	1 580	1 840	942	1 033
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	7 056	5 443	12 208	13 584	7 349	8 065
Abschreibungen	469	440	885	924	446	481
Bruttosozialprodukt	7 525	5 883	13 093	14 508	7 795	8 546

¹⁾ Für 1948/II bis 1950 nach der Darstellung in „Wirtschaft u. Statistik“ Heft 4/1951. — ²⁾ Unter Zugrundelegung der durch das Statistische Bundesamt angewendeten Preisindizes. — ³⁾ Mangels ausreichender Unterlagen besteht hier eine größere Fehlermöglichkeit. — ⁴⁾ Banken, Privatversicherungen, Wohnungswesen, freie Berufe, Dienste für die Besatzung, private Haushaltungen und sonstige Dienste.

Der Wert der Nettoproduktion der bayerischen Land- und Forstwirtschaft errechnete sich darnach für 1950 auf fast 2.2 Mrd. DM (davon knapp $\frac{1}{10}$ auf die Forstwirtschaft), das sind 18.6 vH der gesamten Wertschöpfung. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereiches an den Erwerbspersonen beläuft sich demgegenüber auf 30.4 vH und an den Erwerbstätigen auf 32.8 vH. Im Bundesdurchschnitt ist die Land- und Forstwirtschaft an den Erwerbspersonen mit 22.2 vH, an der Wertschöpfung dagegen nur mit 11.6 vH beteiligt. Die Wertschöpfung je Erwerbstätigen errechnet sich für Bayern auf etwa 1625 DM, für den Bundesdurchschnitt auf etwa 1800 DM (insbesondere besserer Boden). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft nach der in die Erntezeit fallenden Berufszählung etwas überhöht ist und der sich daraus errechnende Durchschnitt ein wenig zu niedrig liegt. 54 vH der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft sind in Bayern mithelfende Familienangehörige, die zum Teil nicht vollwertig in der Landwirtschaft arbeiten. Im Vergleich zu 1936 ist der preisbereinigte Gesamtertrag im Jahre 1950 um 6 vH niedriger. Dies erklärt sich im wesentlichen aus der Verminderung der Erwerbspersonen um etwa 12 vH (unter Berücksichtigung der Zählungstichtage). Die Produktivität je Erwerbsperson ist demnach gestiegen.

Industrie

Die Wertschöpfung der Industrie wurde ermittelt als Durchschnitt zwischen den Produktionswerten, die sich einerseits aus der Fortschreibung des bereinigten Nettoproduktionswertes von 1936 mit dem amtlichen Produktionsindex und dem vom Statistischen Bundesamt bisher errechneten Preisindex und andererseits aus den Bundesergebnissen, unter Zugrundelegung des Anteils Bayerns an den Löhnen und Gehältern im Bundesgebiet errechnen.

Übersicht 2. Erwerbstätige und Wertschöpfung in einzelnen Wirtschaftsbereichen im Jahre 1950

Wirtschaftsbereich	Bayern			Bund		
	Wertschöpfung in Mill. DM	Zahl der Erwerbstätigen in 1000	Wertschöpfung je Erwerbstätigen in DM	Wertschöpfung in Mill. DM	Zahl der Erwerbstätigen in 1000	Wertschöpfung je Erwerbstätigen in DM
Land- und Forstwirtschaft . .	2 181	1 342 ¹⁾	1 625	8 541	4 728 ²⁾	1 806
Industrie	4 089	814 ³⁾	5 023	33 518	5 597 ⁴⁾	5 989
Handwerk	1 290	673 ⁵⁾	1 917	7 086	3 152 ⁶⁾	2 248
Industrie und Handwerk	5 379	1 487	3 617	40 604	8 749	4 641
Sonstige	4 184	1 261	3 318	24 206	6 944	3 486
Insgesamt	11 744	4 090¹⁾	2 871	73 351	20 421²⁾	3 592

Übersicht 3. Anteil der Wirtschaftsbereiche am Nettosozialprodukt 1936 und 1950 in vH

Wirtschaftsbereich	Bayern		Bund	
	1936	1950	1936	1950
Land- und Forstwirtschaft .	21.0	18.6	13.4	11.6
Industrie	32.0	34.8	40.9	45.7
Handwerk	11.5	11.0	10.3	9.7
Handel einschl. Gaststätten und Hotels	10.5	10.6	10.1	9.6
Verkehr	8.4	7.8	8.5	7.8
Öffentliche Verwaltung . .	8.9	9.8	8.7	8.5
Sonstige ⁹⁾	7.7	7.4	8.1	7.1
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	100.0⁷⁾	100.0	100.0⁷⁾	100.0

Die Wertschöpfung beläuft sich darnach im Jahre 1950 auf über 4 Mrd. DM. Die Industrie ist damit mit rd. 35 vH (1936: 32 vH) des Nettosozialprodukts weitaus der ertrag-

reichste Wirtschaftsbereich in Bayern. Im Bundesdurchschnitt liegt ihr Anteil noch wesentlich höher (46 vH). Die Industrieproduktion hat sich gegenüber 1936 um etwa 9 vH erhöht und liegt somit etwas hinter der für den Bundesdurchschnitt festgestellten Verbesserung (13 vH) zurück, trotz der stärkeren Zunahme der Bevölkerung in Bayern (geringere Kapazitätsausnutzung infolge Standortverschlechterung u. a.). Der Nettoertrag der bayerischen Industrie beläuft sich je Erwerbstätigen auf etwas über 5000 DM (im Bundesdurchschnitt auf knapp 6000 DM), ein Ausdruck der hohen Bedeutung, die dem Kapitalfaktor und der Rationalisierung in der Industrie zukommt. Über 50 vH des gesamten Reinertrags (Faktorkosten) entfielen auf Löhne und Gehälter.

Handwerk

Der bayerische Anteil an der handwerklichen Wertschöpfung des Bundes wurde auf der Grundlage des Handwerksumsatzes (18.0 vH) ermittelt; unter Berücksichtigung der heimischen Betriebsstruktur erfolgte ein geringer Zuschlag (0.2 vH). Daraus errechnete sich eine Wertschöpfung von rd. 1.3 Mrd. DM, das sind 11 vH des Sozialprodukts (im Bundesdurchschnitt 9.7 vH). Die handwerkliche Leistung liegt damit nicht unerheblich niedriger als ihr Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen (16.5 vH). Dies ist zum Teil die Folge der im Durchschnitt relativ geringen Kapitalausstattung.

Der Ertrag je Erwerbstätigen errechnet sich für Bayern auf rd. 1920 DM. Löhne und Gehälter wurden (nach der Handwerkerhebung im September 1949) in der Zeit vom 1. Oktober 1948 bis 30. September 1949 (für die damals beschäftigten 376 600 Personen, einschließlich 116 000 Handwerkslehrlinge und Anlernlinge) rd. 617 Mill. DM ausgezahlt. Nimmt man an, daß die entsprechende Summe im Jahre 1950 nach der Lohn- und Arbeitsentwicklung um 7 vH höher lag, so verbleiben für den Durchschnitt der Betriebsinhaber einschließlich mithelfender Familienangehöriger nur etwa 260 DM im Monat⁸⁾. Dieses relativ niedrige Einkommen erklärt sich daraus, daß in Bayern die Kleinstbetriebe, deren wirtschaftliche Leistung erfahrungsgemäß unter dem Durchschnitt liegt, besonders stark vertreten sind (Einmannbetriebe allein 42.5 vH) und daß ein erheblicher Teil des Handwerks seinen Sitz auf dem Lande hat, wo das Preisniveau niedriger ist als in den Städten; schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der als Handwerker gemeldeten Personen dieses Gewerbe nicht als Haupttätigkeit betreibt (z. B. Handwerker-Landwirte, Schneiderinnen-Hausfrauen usw.). Das Durchschnittseinkommen wird durch diese Gruppen herabgedrückt.

Sonstige Wirtschaftsbereiche

Die Wertschöpfung der übrigen Wirtschaftsbereiche muß vorläufig in der Hauptsache aus den Anteilen Bayerns an den Beschäftigten im Bundesgebiet unter Einbeziehung gewisser landschaftlich bedingter Korrekturen errechnet werden. Eine weitgehende Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen ließ sich dabei noch nicht durchführen.

Die Wertschöpfung des Handels (einschließlich Gaststätten und Hotels) beläuft sich im Jahre 1950 auf 1.2 Mrd. DM, die des Verkehrs auf 0.9 Mrd. DM. Auf die übrigen Wirtschaftszweige entfielen weniger als 0.9 Mrd. Die erhebliche Steigerung, die sich bei den „sonstigen“ Wirtschaftsbereichen gegenüber 1936 zeigt, ist vor allem auf die Dienstleistungen für die Besatzungsmacht zurückzuführen, die im Vergleichsjahr 1936 noch nicht darin enthalten sind.

Als Wertschöpfung der öffentlichen Verwaltung wurden — entsprechend dem Vorgehen des Statistischen Bundesamtes — die in diesem Bereich gezahlten Löhne und Gehälter⁹⁾ angesetzt. Die entsprechenden Aufwendungen in der Bundesverwaltung wurden nach dem Anteil Bayerns am Bundessteueraufkommen berücksichtigt¹⁰⁾. Die darnach festzustellende erhebliche Zunahme der Staats-tätigkeit (um 65 vH von 1936) ist auf die erhöhten Anforderungen infolge der gegenüber 1936 um mehr als $\frac{1}{2}$ gestiegenen Bevölkerung und der sonstigen Kriegsauswirkungen zurückzuführen. Der Anstieg in diesem Bereich ist in Bayern entsprechend größer als im Bundesdurchschnitt, jedoch liegt der Aufwand je Einwohner noch darunter.

¹⁾ Nach der Volks- und Berufszählung vom 13. September 1950 (Repräsentativauszählung). — ²⁾ Erwerbspersonen lt. Berufszählung vom 13. September 1950 (Repräsentativauszählung) abzüglich Arbeitslose mit Stand vom 30. September 1950. — ³⁾ Durchschnitt zwischen den auf Grund der Berufszählung und der Industrieberichterstattung usw. gewonnenen Ergebnissen. — ⁴⁾ Laut Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950. — ⁵⁾ Beschäftigte lt. Handwerkszählung vom 30. September 1949; Veränderung seither, angemessen jener in Bayern nach der Arbeitsstättenzählung, geschätzt (Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung für das Bundesgebiet liegen noch nicht vor). — ⁶⁾ Banken, Privatversicherungen, Wohnungswesen, freie Berufe, Dienste für die Besatzung, private Haushaltungen und sonstige Dienste. — ⁷⁾ Einschl. der in das Ausland geflossenen Einkommensteile. — ⁸⁾ Wie eingangs erwähnt, können diese Berechnungen nur ungefähre Größenordnungen wiedergeben; geringe Abweichungen der tatsächlichen Verhältnisse nach oben und unten liegen im Bereich der Möglichkeit. — ⁹⁾ Einschl. Pensionen für ehemalige eigene Bedienstete an Stelle des Zuschlags für nicht ausgezahlte Gehaltsteile (fiktive Pensionsrücklage); sie mußten teilweise geschätzt werden. — ¹⁰⁾ Entsprechendes gilt 1936 für den Anteil an der Reichsverwaltung.

Nettosozialprodukt

Die Summe der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten. Es belief sich in Bayern 1950 auf rd. 11.7 Mrd. DM gegenüber 6.2 Mrd. RM im Jahre 1936 ¹⁾. Diese Erhöhung ist jedoch vorwiegend durch die Preisentwicklung bedingt. Schaltet man diese aus, so beträgt der Anstieg nur 14 vH. Auch diese — angesichts der Bevölkerungsvermehrung um rund 1/3 — geringe Zunahme ist nur zum kleineren Teil auf die Sachgüter produzierenden Wirtschaftszweige zurückzuführen (die Landwirtschaft liegt sogar noch unter dem Vorkriegsstand, das Handwerk kaum darüber). Weit aus den stärksten, durch die Kriegsfolgen erzeugten Anstieg weist die öffentliche Verwaltungstätigkeit auf. Der hohe Anstieg der „sonstigen“ Wirtschaftsbereiche ist, wie bereits erwähnt, vornehmlich durch die Leistungen für die Besatzung bedingt, die keinen augenfälligen Beitrag für die Lebenshaltung der eigenen Bevölkerung darstellen. Selbst wenn man vom gesamten Sozialprodukt ausgeht, errechnen sich auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1950 nur 85 vH der Gütermenge, die 1936 zur Verfügung stand (im Bundesdurchschnitt rd. 93 vH).

Übersicht 4. Nettosozialprodukt zu Marktpreisen je Kopf der Bevölkerung

Gebiet	1936		1950	
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1936	1936 = 100
Bayern	1 040	1 490	885	85.1
Bund	1 150	1 801	1 065	92.6

Rechnet man zum Sozialprodukt zu Faktorkosten die indirekten Steuern usw. hinzu ²⁾, so erhält man das „Nettosozialprodukt zu Marktpreisen“. Es betrug 1950: 13.6 Mrd. DM. Mit dem stärkeren Anstieg der indirekten Steuern liegt es entsprechend höher als die Wertschöpfung nach Faktorentgelten. Da es sich hier jedoch nur um Preisveränderungen handelt, beläuft sich der Leistungsindex auch hier auf 114 vH von 1936 (vgl. Übersicht 1).

Übersicht 5. Einkommensverteilung in Bayern (Beträge in Mill. RM/DM)

Art der Einkünfte	Ursprüngliche Bruttoeinkünfte				Nettoeinkünfte ⁴⁾ und öffentliche Einkommensübertragungen			
	1936 ³⁾		1950		1936		1950	
	Betrag	vH	Betrag	vH	Betrag	vH	Betrag	vH
Löhne und Gehälter einschl. Pensionen ⁵⁾ . . .	3 005	42.6	5 721	42.1	2 695	38.2	4 959	36.6
darunter Löhne	1 410	20.0	5 510	25.8	—	—	—	—
Gehälter und Pensionen	1 595	22.6	2 211 ⁶⁾	16.3	—	—	—	—
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung . . .	160	2.3	550	4.0	—	—	—	—
Einkünfte aus selbständiger Erwerbstätigkeit ⁷⁾	2 650	37.5	5 203 ⁸⁾	38.3	2 445	34.6	4 201	30.9
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und Kapitalvermögen ⁹⁾	340	4.8	270	2.0	325	4.6	205	1.5
Öffentliche Einkommensübertragungen ¹⁰⁾ . .	—	—	—	—	245	3.5	1 709	12.5
Restliche öffentliche Einkünfte	901 ¹¹⁾	12.8	1 840 ¹¹⁾	13.6	1 346	19.1	2 510	18.5
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	7 056	100.0	13 584	100.0	7 056	100.0	13 584	100.0

Das gesamte Lohn- und Gehaltseinkommen betrug im Jahre 1950 rd. 5.7 Mrd. DM, wovon rd. 3.5 Mrd. DM ¹²⁾ auf Löhne und rd. 2.2 Mrd. DM auf Gehälter und Pensionen ⁶⁾ entfallen. Gegenüber 1936 hat sich das Gesamteinkommen der Arbeitnehmer um rd. 90 vH erhöht. Sehr unterschiedlich ist die Entwicklung der Lohn- und der Gehaltssummen. Die Lohnsummen haben darnach um fast 150 vH zugenommen (eine ähnliche Steigerung ergibt sich aus der Industrie-Berichterstattung). Bei den Gehältern und Pensionen (zusammen) beträgt die Zunahme nur rd. 39 vH. Legt man die Durchschnittsverdienste der Invaliden- und

1936 lag das Sozialprodukt in Bayern je Einwohner um 1/10, 1950 dagegen um gut 1/6 niedriger als im Durchschnitt des heutigen Bundesgebietes (unvollständige wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen, Standortverschlechterung infolge der Spaltung Deutschlands u. a.).

Die Gesamtleistung der bayerischen Volkswirtschaft — unter Einschluß der Aufwendungen zur Erhaltung der vorhandenen Anlagen und Gebäude — belief sich 1950 auf 14.5 Mrd. DM (Bruttosozialprodukt).

Verteilung des Sozialprodukts

Wie eingangs dargelegt, geht in einer normalen Marktwirtschaft die Verfügungsgewalt über das Sozialprodukt zunächst in Form der Bruttoeinkünfte auf die an der Produktion beteiligten Faktoren sowie — ein Teil in Form von indirekten Steuern — auf die Öffentliche Hand über. Aus den Bruttoeinkünften entrichten die Produktionsfaktoren die direkten Steuern, Gebühren und sonstigen Abgaben an die Öffentliche Hand, die Öffentliche Hand zahlt aus den ihr zufließenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen die Sozialrenten und Wohlfahrtsunterstützungen (Einkommensübertragungen). Durch die Steuern und die öffentlichen Einkommensübertragungen wird der ursprüngliche Anteil der an der Produktion beteiligten Faktoren am Sozialprodukt mehr oder weniger stark verändert. Auf die Verhältnisse vor der Geldumstellung, wo nicht das Geldeinkommen, sondern die nach anderen Gesichtspunkten ausgegebenen staatlichen Bezugsheine die Güterverteilung weitgehend bestimmten, kann hier nicht eingegangen werden.

Da eine Einkommensteuerstatistik gegenwärtig nicht vorliegt, mußte die Einkommensverteilung auf andere Weise festgestellt werden.

Das Lohn- und Gehaltseinkommen der Arbeiter und Angestellten kann an Hand des Beitragsaufkommens zur Sozialversicherung (unter schätzungsweise Zurechnung der Einkommen der Nichtversicherungspflichtigen) ziemlich genau ermittelt werden. Die Beamtengehälter und -pensionen wurden hinzugerechnet. Für 1936 war das Einkommen der Arbeitnehmer aus den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes zu errechnen.

Angestelltenversicherten zugrunde, so ergibt sich bei den Arbeitern ¹³⁾ eine Erhöhung der Monatsverdienste um etwa 76 vH auf DM 168.— und bei den Angestellten um etwa 33 vH auf rd. DM 250.—. Bei den Beamten bayerischer Gebietskörperschaften beläuft sich die Steigerung gegenüber 1936 (vornehmlich durch den Wegfall der Gehaltskürzungsverordnungen) im Durchschnitt auf etwa 28 vH.

Neben den Löhnen und Gehältern werden aus dem Sozialprodukt die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gezahlt; sie bilden gewissermaßen ein weiteres,

¹⁾ Die annähernde Richtigkeit der Gesamtergebnisse konnte für 1936 an Hand der Volkseinkommensberechnung des Statistischen Reichsamtes überprüft werden. Das nach der gegenwärtigen Berechnung für 1936 ermittelte Sozialprodukt zu Faktorkosten liegt um rd. 330 Mill. RM höher als der durch das Statistische Reichsamt („Wirtschaft und Statistik“ 1939, S. 567) ermittelte und um die „fehlenden Steuern“ geminderte Betrag. Die Differenz stellt überwiegend den Anteil Bayerns an den Einkünften der überregionalen Körperschaften (Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Reichsbahn, Reichspost) dar, zum kleinen Teil ist sie die Folge der Einbeziehung der ins Ausland abgeflossenen Einkommensteile. Das Statistische Reichsamt hat erstere Beträge — entsprechend der Steuerveranlagung — überwiegend Berlin zugerechnet bzw. (Einkommen des Auslandes) nicht erfaßt. Der für Bayern festgestellte Überschub beläuft sich auf 1/4 des Überschusses, den das Statistische Bundesamt bei derselben Berechnung für das Bundesgebiet ermittelt hat und hält sich damit im Rahmen des Wahrscheinlichen. — ²⁾ Abzüglich der Subventionen und Preisdifferenzen, die den indirekten Steuern entgegenwirken, d. h. das Preisniveau herabsetzen. — ³⁾ Unter Zugrundelegung der Veröffentlichung in „Wirtschaft und Statistik“ Jhrg. 1939, S. 567 errechnet. — ⁴⁾ Nach Abzug der Einkommen- und Körperschaftsteuern, Soforthilfeabgaben, Berlinhilfe und Sozialversicherungsbeiträge. — ⁵⁾ Beamtenpensionen für ehemalige eigene Beamte werden hier (an Stelle von Pensionsrücklagen) als Teil des Arbeitsentgeltes gezahlt. — ⁶⁾ Davon 350 Mill. DM Pensionen. — ⁷⁾ Auch Einkünfte der wirtschaftlichen Unternehmen der Öffentlichen Hand und unverteilte Gesellschaftsgewinne. — ⁸⁾ Differenz zwischen Sozialprodukt und den übrigen Einkünften. — ⁹⁾ Einschließlich Altenteile — ohne Einkünfte nichtnatürlicher Personen (letztere sind unter Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit enthalten). — ¹⁰⁾ Allein aus dem bayerischen Sozialprodukt (ohne Außenbeitrag). — ¹¹⁾ Indirekte Steuern und Gebühren abzüglich Subventionen und Preisdifferenzen. — ¹²⁾ Die Naturallohne sind nach den Sätzen der Invalidenversicherung darin einbezogen. — ¹³⁾ Einschl. Lehrlinge, Hausangestellte, Landarbeiter usw.

mittelbares Entgelt für den Produktionsfaktor „Arbeit“ und stellen einen Teil des den Rentenempfängern zufließenden Anteils am Sozialprodukt dar. Diese Beiträge sind gegenüber 1936 — entsprechend der Entwicklung der Löhne und Gehälter und der Beitragssätze — stark gestiegen. Sie betrugen 1950 rund $\frac{1}{10}$ der Arbeiter- und Angestelltenverdienste.

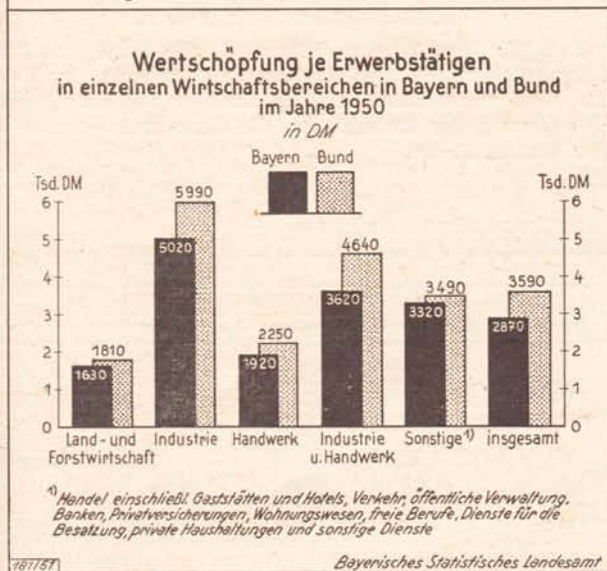


Schaubild 2

Die Einkünfte aus Grundvermögen infolge Vermietung und Verpachtung (einschließlich der Eigennutzung von Wohnräumen) sowie aus Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden u. dgl.) konnten für 1936 mit Hilfe der Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes über die Zusammensetzung des bayerischen Volkseinkommens annähernd festgestellt werden. Für 1950 mußte von den Ergebnissen der Einkommensteuerveranlagung 1946 ausgegangen und (unter Berücksichtigung der Untermietereinkünfte) die inzwischen jeweils erfolgte Veränderung nach den Ergebnissen der Wohnraumfortschreibung (Entgelte aus Vermietung und Verpachtung) und nach den Bank- und Kreditstatistiken (Einkünfte aus Kapitalvermögen) geschätzt werden. Die Einkünfte dieser Art sind um gut $\frac{1}{5}$ zurückgegangen, was vorwiegend auf dem Abfall der Einkünfte aus Zinsen, Dividenden u. dgl. beruht.

Die Erwerbseinkünfte aus selbständiger Tätigkeit können für das Jahr 1950 vorläufig nur als Differenz zwischen dem Nettosozialprodukt und den Einkünften der übrigen Produktionsfaktoren (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) gewonnen werden¹⁾. Da die übrigen Einkommen im wesentlichen feststehen, wirken sich etwaige Ungenauigkeiten in dem durch Schätzung gewonnenen Gesamtbetrag des Nettosozialprodukts vornehmlich auf diesem Restposten aus. Dies ist bei den

folgenden Ausführungen zu berücksichtigen. Daß die hier ausgewiesene Größenordnung der Unternehmereinkünfte davon wesentlich berührt wird, erscheint jedoch unwahrscheinlich. Die Einkünfte im Jahre 1936 konnten an Hand der Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes errechnet werden und sind annähernd genau²⁾. Das Unternehmereinkommen umfaßt den Unternehmerlohn, den Ertrag des Eigenkapitals, die Risikoprämie und den Unternehmergewinn. Die ausgewiesene Summe stellt den Gesamtbetrag der Einkünfte aller Selbständigen, also der selbständigen Landwirte, Handwerker, Industriellen und sonstigen Gewerbetreibenden sowie der unverteiltten Gewinne der Kapitalgesellschaften und der Gewinne der öffentlichen Betriebe (aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in Bayern) dar.

Der Anteil der Bruttolöhne und Gehälter (zusammen) am Sozialprodukt hat sich gegenüber 1936 nur wenig verändert (42 vH), der Anteil der Löhne allein erhöhte sich von 20 vH auf 26 vH, der Anteil der Gehälter (einschließlich Beamtenpensionen) ist etwas stärker zurückgegangen. Die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung und aus Kapitalvermögen waren 1950 nur mehr mit 2 vH gegenüber 5 vH im Jahre 1936 am Sozialprodukt beteiligt. Der Anteil der selbständigen Einkünfte (insgesamt) hat sich nach dieser Schätzung nur geringfügig erhöht; Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen (Landwirte, Handwerker, Industrielle, freie Berufe usw.) kommen natürlich in dieser Durchschnittsrechnung nicht zum Ausdruck; sie können mit ausreichender Sicherheit erst aus der Statistik der Einkommensteuerveranlagung festgestellt werden.

Die endgültige Verteilung des Sozialprodukts ergibt sich — wie eingangs ausgeführt — erst nach Abzug der direkten Steuern und Gebühren von den Bruttoeinkommen und nach Berücksichtigung der öffentlichen Einkommensübertragungen. Die privaten Einkommensübertragungen (Geschenke usw.) bleiben hier unberücksichtigt, da sie eine freiwillige Verfügung der ursprünglichen Einkommensbezieher über ihren Anteil am Sozialprodukt darstellen und überdies auch nicht erfaßbar sind.

Abziehbar sind nur die den einzelnen Empfängergruppen annähernd zurechenbaren Steuern, nämlich die Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Soforthilfeabgabe, die Berlinhilfe sowie die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Nicht absetzbar sind lediglich gewisse direkte Steuern (z. B. Kraftfahrzeugsteuer für Privatfahrzeuge, Erbschaftsteuer), die kein erhebliches Gewicht haben, ferner die sonstigen Zwangsabgaben (öffentliche Gebühren, Beiträge usw.); soweit letzteren eine besondere öffentliche Leistung gegenübersteht, sind sie ohnehin den Verbrauchereinkommen zuzurechnen. Auf der Linie dieser Darstellungsweise würde die Trennung nach privaten und öffentlichen Einkünften liegen; diese ist jedoch derzeit noch nicht möglich, da die Höhe der auf Bayern entfallenden öffentlichen Erwerbseinkünfte noch nicht hinreichend zuverlässig feststellbar ist. Die „restlichen“ öffentlichen Einkünfte (einschließlich direkte Steuern und Zwangsabgaben) stellen — nach Abzug der Einkommensübertragungen und der nicht persönlichen Leistungen für die Besatzung — den Teil des Sozialprodukts dar, dessen Verwendung auf die Interessen der Gesamtbevölkerung ausgerichtet sein soll.

Das Einkommen der Unselbständigen vermindert sich durch die genannten Abzüge um mehr als $\frac{1}{5}$, das der Selbständigen um knapp $\frac{1}{5}$; dabei ist zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Abzüge von den Löhnen und Gehältern aus Sozialversicherungsbeiträgen besteht, die den Arbeitern und Angestellten später wieder in Form von Sozialversicherungsleistungen zugute kommen, während die freiwilligen Leistungen der Selbständigen zu den privaten Lebensversicherungen aus dem Nettoeinkommen zu zahlen und hier also nicht zu berücksichtigen waren. Die Einkünfte aus Vermietung, Verpachtung und aus Kapitalvermögen (zusammen) haben sich nach Abzug der Steuern um knapp $\frac{1}{4}$ verkürzt; hier wirkt sich vor allem die auf Grundstücke gelegte Soforthilfeabgabe aus. Der Anteil der Nettoeinkünfte am Sozialprodukt ist nach dieser Berechnung bei den Arbeitnehmern leicht und bei den Selbständigen etwas stärker abgefallen; stark zurückgegangen ist der Anteil der Einkünfte aus Grund- und Kapitalvermögen.

¹⁾ Die für eine spezielle Berechnung erforderliche Einkommensteuerstatistik wird erst frühestens in einem Jahr vorliegen. — ²⁾ Die Erhöhung gegenüber den veröffentlichten Beträgen ergab sich aus der Zurechnung des bayerischen Anteils an den Einkünften der überregionalen Körperschaften, die in außerbayerischen Gebieten (vornehmlich in Berlin) veranlagt und in der Statistik dementsprechend erfaßt worden waren.

Übersicht 6. Öffentliche Einkommensübertragungen in Bayern 1936 und 1950
(Renten und Unterstützungen)
in Mill. RM/DM

Art	1936	1950
Invalidenversicherung einschl. Knappschaft	70.7 ¹⁾	349.9 ²⁾
Angestelltenversicherung	23.5	103.8 ²⁾
Unfallversicherung	11.9	57.9 ²⁾
Gesetzliche Krankenversicherung Arbeitslosenunterstützung und -fürsorge	24.4	70.8 ²⁾
Offene Fürsorge	65.5	331.5
Leistungen an Kriegsbeschädigte einschl. Hinterbliebene	43.0 ⁴⁾	111.1
Bar- und Sachleistungen an Spät- heimkehrer	—	4.0
Soforthilfe	—	340.0
Verdrängte Beamte	—	100.0 ⁶⁾
Flüchtlingsrenten	—	111.8
Insgesamt	245.0	1 944.3
davon Beitrag anderer Bundesländer		235.0 ⁷⁾
Aus dem bayerischen Sozialprodukt		1 709.3

Die Sozialversicherungsbeiträge sowie Teile der Einkünfte aus Steuern fließen einem Teil der Bevölkerung nicht als Entgelt für ihren Anteil an der Wertschöpfung des betreffenden Jahres, sondern als Renten und Unterstützungen zu. Letztere stellen jene abgeleiteten Einkommen dar, die durch öffentliche Einkommensübertragungen entstehen; sie führen zu einer auf Grund öffent-

licher Rechtssatzung herbeigeführten Einkommensumschichtung. Diese Umschichtung innerhalb des bayerischen Sozialprodukts belief sich im Jahre 1950 auf 1.7 Mrd. DM⁸⁾ (12.5 vH des Sozialprodukts). Gegenüber 1936 hat sie sich auf fast das siebenfache erhöht. Die Ursachen liegen in den Kriegsfolgen und im Preisanstieg. Die Zusammensetzung dieses Postens und die Art der Veränderung ergibt sich aus nebenstehender Übersicht. Eine besondere Form von Einkommensübertragungen, die jedoch nicht aus sozialen Gründen erfolgen, stellen die Leistungen an die Besatzungsmacht dar. Soweit es sich um Vergütungen für Dienstleistungen handelt (rd. 250 Mill. DM), sind sie unter „Löhne und Gehälter“ enthalten; die restlichen Leistungen (vorwiegend naturaler Art) aus dem bayerischen Sozialprodukt beliefen sich 1950 auf 460 Mill. DM⁹⁾. Die übrigen öffentlichen Einkünfte stellen den Teil dar, der nicht für Löhne, Gehälter und Pensionen, für Einkommensübertragungen und für die Besatzungsmacht, also insbesondere für Sachausgaben und Investitionen verwendet wurde. Es fehlen hier jedoch noch die von den übrigen Einkommen nicht abgezogenen direkten Steuern und Abgaben und die Erträge der öffentlichen Erwerbsunternehmen (die unter den Einkommen der Selbständigen mitenthalten sind).

Verwendung des Sozialprodukts

Das jährliche Sozialprodukt wird teils durch privaten Konsum oder für öffentliche Zwecke verbraucht; der hierfür nicht verwendete Teil des Sozialprodukts stellt die Erweiterung der Sachanlagen, Gebäude und Vorräte in der Wirtschaft dar.

Übersicht 7. Verwendung des Sozialprodukts

Art der Verwendung	Bayern				Bund			
	1936		1950		1936		1950 ¹⁰⁾	
	Mill. RM	vH	Mill. DM	vH	Mill. RM	vH	Mill. DM	vH
Privater Verbrauch	4 855 ¹¹⁾	68.8	9 196	67.7	29 714	67.1	58 198	68.0
Öffentliche Zwecke ¹²⁾ (einschl. Besatzung)	1 264	17.9	2 235	16.5	7 900	17.8	13 147	15.4
Neuinvestitionen und Vorratsbildung	937	13.3	2 153	15.8	6 693	15.1	14 167	16.6
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	7 056	100.0	13 584	100.0	44 307¹³⁾	100.0	85 512	100.0

Da ein Interesse besteht, die Investitionen zusammen darzustellen (und überdies eine Ausscheidung von den Gesamtinvestitionen manchmal schwer möglich ist), werden im folgenden — entsprechend dem Vorgehen des Statistischen Bundesamtes — die Investitionen der Öffentlichen Hand mit den privaten zusammen ausgewiesen. Als „Aufwand für öffentliche Zwecke“ erscheinen daher nur die restlichen öffentlichen Ausgaben nach Abzug der Einkommensübertragungen (die dem privaten Verbrauch zuzurechnen sind).

Das Statistische Bundesamt ging bei der Aufteilung des Sozialprodukts nach Verwendungszwecken zunächst von den Investitionen aus. Diese wurden an Hand der Produktionsergebnisse, unter Berücksichtigung des Außenhandels und der Leistungen des Baugewerbes sowie an Hand der vom Statistischen Reichsamt für 1936 berechneten Abschreibungssätze geschätzt. Die Schätzung der Vorratsbildung erfolgte auf Grund der Vorkriegsverhältnisse unter Berücksichtigung der vermutlichen Veränderung. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind dabei auf die Verwendung der „im Inland verfügbaren Güter und Dienstleistungen“ abgestellt, enthalten also auch den Außenbeitrag. Für Bayern wird zunächst auch die Verwendung auf das eigene Sozialprodukt bezogen und der Außenbeitrag besonders dargestellt (s. unten). Da bei der Schätzung der Investitionen in Bayern gegenwärtig von den Investitionen im Bundesgebiet ausgegangen wird, mußte der Außenbeitrag aus den Bundesergebnissen entfernt werden¹⁴⁾. Der Anteil Bayerns an den Neuinvestitionen des Bundes wurde für 1950 als Durchschnitt zwischen den sich aus der Wertschöpfung ergebenden Selbstfinanzierungsmöglichkeiten (unter besonderer Gewichtung der Industrie) und dem sich aus den Banken- und den Finanzstatistiken ergebenden Anteil an den langfristigen Krediten (unter Berücksichtigung der Kredite an außerbayerische Gebiete) errechnet. Für das Jahr 1936, in dem die Sparkraft Bayerns seine Investitionsbereitschaft noch überstieg und daher Kapital ausgeführt werden konnte, ist der Anteil Bayerns an Hand der Einheitswerte ermittelt worden. Die geringere Fähigkeit zur Selbstfinan-

zierung wird in Bayern ein wenig gemildert durch seine etwas größere Sparbereitschaft. Bayerns Anteil an der Spareinlagenbildung ist höher als sein Anteil am Volkseinkommen des Bundesgebietes; 1950 erreichte er sogar den Bevölkerungsanteil. Die Fremdfinanzierung besitzt daher in Bayern heute, da die Investitionsbereitschaft groß ist, ein höheres Gewicht als im Bundesdurchschnitt.

Neuinvestitionen und Vorratsbildungen wurden darnach für 1950 auf fast 2.2 Mrd. DM, das sind 15.2 vH der errechneten Investitionen des Bundes (aus dem Sozialprodukt) oder auf fast 16 vH des bayerischen Sozialprodukts geschätzt (im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der Investitionen etwas höher). Wie erwähnt, handelt es sich hier nicht um die Gesamtinvestitionen, sondern nur um die Investitionen aus dem eigenen Sozialprodukt. Der überdurchschnittliche Anstieg des Anteils der Investitionen in Bayern gegenüber 1936 ist die Folge der außerordentlichen Zunahme seiner Bevölkerung.

Der Anteil Bayerns an den Aufwendungen für öffentliche Zwecke (ohne Investitionen und Einkommensübertragungen) ergab sich aus der Finanzstatistik. Die öffentlichen Aufwendungen wurden — entsprechend dem Vorgehen des Statistischen Bundesamtes — ohne Einschränkung als „endgültiger“ Verbrauch betrachtet, während das Statistische Reichsamt bei seinen Volkseinkommensberechnungen den Teil, den es als „wirtschaftsfördernd“ ansah, absetzte (also gewissermaßen als Produktionskosten der Wirtschaft behandelte) und daher zu einem wesentlich niedrigeren Sozialprodukt zu Marktpreisen kam. Zu den Ausgaben der bayerischen Gebietskörperschaften mußte der anteilmäßige Aufwand der Bundesverwaltung hinzugerechnet werden (entsprechend dem Beitrag Bayerns zu den Bundeseinnahmen).

¹⁾ Teilweise für Bayern ohne Pfalz geschätzt. — ²⁾ Ohne Flüchtlingsrenten. — ³⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ⁴⁾ Einschl. Leistungen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. — ⁵⁾ Nur Kriegsbeschädigtenzusatz- und Hinterbliebenenversicherung. — ⁶⁾ Teilweise geschätzt. — ⁷⁾ Geschätzt. — ⁸⁾ Dazu treten noch 235 Mill. DM aus dem Außenbeitrag (s. unten). — ⁹⁾ Einschl. Außenbeitrag 540 Mill. DM. — ¹⁰⁾ Aus den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Wirtschaft und Statistik 4/1951, S. 149) wurde der Außenbeitrag von 1.5 Milliarden DM zu 4/5 von den Investitionen und im übrigen anteilmäßig vom privaten Verbrauch und von dem öffentlichen Aufwand abgesetzt. — ¹¹⁾ Einschl. Nettokapitalexport. — ¹²⁾ Ohne Investitionen und Einkommensübertragungen. — ¹³⁾ Einschl. der in das Ausland geflossenen Einkommensteile (284 Millionen DM für Bund). — ¹⁴⁾ Die Absetzung erfolgte zu 4/5 von den Investitionen, der Rest anteilmäßig vom privaten Verbrauch und den Aufwendungen für öffentliche Zwecke. Fehler dabei können keinesfalls die Größenordnungen (um die es allein bei diesen Zahlen geht) berühren, da der gesamte Außenbeitrag nur 11 vH der Neuinvestitionen des Bundes beträgt.

Der errechnete Aufwand für öffentliche Zwecke der hier erfaßten Art, in dem auch die Leistungen für die Besatzung enthalten sind, liegt ein wenig höher als der Betrag der Neuinvestitionen, nämlich bei etwas über 2,2 Mrd. DM. Der den Bundesdurchschnitt übersteigende Anteil der öffentlichen Ausgaben in Bayern ist im wesentlichen die Folge — einerseits des relativ geringeren Sozialprodukts — andererseits der erhöhten Anforderungen an die Verwaltungstätigkeit, vornehmlich infolge des überdurchschnittlichen Anteils an heimatvertriebener Bevölkerung und sonstiger Kriegsfolgen; je Kopf der Bevölkerung liegt er jedoch unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Unterschied zwischen dem Sozialprodukt und der Summe aus Investitionen und dem als Aufwand für öffentliche Zwecke erfaßten Teil ergibt im wesentlichen den „privaten Verbrauch“¹⁾ aus dem eigenen Sozialprodukt oder genauer: der privaten Käufe (einschließlich der Käufe zur Vorratsbildung und von dauerhaften Konsumgütern). Er beläuft sich 1950 auf etwas über $\frac{2}{3}$ des Sozialprodukts und liegt ein wenig niedriger als der für das Bundesgebiet errechnete Anteil. In dem „privaten Verbrauch“ sind vorläufig auch die Kapitalübertragungen nach außerbayerischen Gebieten enthalten. 1936 spielten diese in Bayern eine gewisse Rolle²⁾; daher ist der Anteil des privaten Verbrauchs 1936 etwas niedriger als der ausgewiesene Gesamthundertatz und kommt wahrscheinlich dem heutigen Verhältnis nahe.

Der Außenbeitrag

Als Außenbeitrag wird in geschlossenen Volkswirtschaften der Saldo der Zahlungsbilanz mit dem Ausland berücksichtigt. Er läßt sich aus der Außenhandelsstatistik und aus anderen Unterlagen errechnen. Ein Überschuß der Einfuhr usw. erscheint hier bereits als Güterzuwachs, auch wenn die Verfügung über den Saldo (in Form fälliger Forderungen) dem Ausland zusteht. In der Hauptsache handelt es sich dabei allerdings gewöhnlich um eine tatsächliche Vermehrung der für die Inlandsbevölkerung verfügbaren Güter und Dienste (Kredite usw.). — Eine derartige Feststellung des Außenbeitrags ist in nicht abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten — wie sie die Bundesländer darstellen — nicht möglich, da Statistiken über den Leistungsaustausch zwischen den Bundesländern nicht vorhanden sind. Man ist daher auf mehr oder weniger grobe Schätzungen angewiesen.

Der wesentliche Teil des derzeitigen Außenbeitrags für Bayern entfällt zweifellos auf zentral verteilte Mittel. Es handelt sich hier in der Hauptsache um Beiträge anderer Bundesländer zu den öffentlichen Ausgaben (vertikaler und horizontaler Finanzausgleich, Soforthilfe, Regierungsprogramme zur Wirtschaftsförderung) sowie um Auslandsmittel (Gegenwertmittel). Dieser Außenbeitrag läßt sich annähernd bestimmen (Unterschied zwischen den Bundesausgaben für Bayern und dem Beitrag Bayerns zu den Bundeseinnahmen, direkte Finanzhilfe anderer Länder, Höhe der genehmigten Kredite aus Gegenwertmitteln usw.). Keine Zahlenunterlagen liegen dagegen über den Saldo des privaten Leistungsaustausches mit außerbayerischen Gebieten vor. Zu berücksichtigen wären hier insbesondere die Kredite oder sonstigen Kapitalübertragungen aus privaten Geschäftsbeziehungen und der Saldo aus dem Kreditgeschäft der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Die vorhandenen Anhaltspunkte deuten jedoch darauf hin, daß dieser Verkehr 1950 keinen großen Umfang erreichte und daß der Saldo daraus gegenüber den zentral verteilten Mitteln nicht ins Gewicht fällt. Der Wert der Geschenke und Kredite auf dem rein privaten Sektor ist im Saldo zweifellos ebenfalls unerheblich. Es ist daher derzeit begründet, wenn der Wert der nach Bayern geflossenen zentral verteilten Mittel (unter Berücksichtigung der Berlinhilfe) annähernd dem gesamten Außenbeitrag für Bayern gleichgesetzt wird.

Der Wert des hier festgestellten Außenbeitrags für Bayern beläuft sich insgesamt auf über 600 Mill. DM, das sind knapp 5 vH des Nettosozialprodukts. Er stammt zu $\frac{2}{3}$ aus Mitteln, die durch den Bundes- und Länderfinanzausgleich nach Bayern — einem der durch Kriegsfolgen mit am stärksten betroffenen Länder — geflossen sind; mit knapp 200 Mill. DM war Bayern 1950 an der Auslandshilfe (Gegenwertmittel) beteiligt. Von den angeführten Summen waren 235 Mill. DM Beiträge zu den in Bayern gezahlten öffentlichen Unterstützungen und Sozialrenten. Von den 140 Mill. DM, die (nach Abzug der Berlinhilfe) öffentlichen Zwecken zugute kamen, war der größte Teil ein Beitrag zu dem Anteil Bayerns an den

Besatzungskosten. Die restlichen 250 Mill. DM dienten Investitionszwecken; sie erhöhten die gesamten Nettoinvestitionen im Jahre 1950 auf 2,4 Mrd. DM.

Übersicht 8. Außenbeitrag sowie verfügbare Güter und Dienste im Jahre 1950

Art der Verwendung	Bayern			Bund		
	Sozialprodukt	Außenbeitrag ^{a)}	Insgesamt	Je Einwohner	Insgesamt	Je Einwohner
	in Mill. DM			in Mill. DM	in Mill. DM	
Privater Verbrauch	9 196	235 ⁴⁾	9 431	1 034	58 440	1 227
Öffentliche Zwecke (einschl. Besatzung)	2 235	140 ⁵⁾	2 375 ⁶⁾	260	13 202 ⁶⁾	277
Nettoinvestitionen und Vorratsbildung	2 153	250 ⁷⁾	2 403 ⁸⁾	263	15 354 ⁸⁾	322
Netto verfügbare Güter	13 584	625	14 209	1 557	86 996	1 826
Abschreibungen	924	—	924	101	6 504	137
Brutto verfügbare Güter und Dienste	14 508	625	15 133	1 658	93 500	1 963

Die durchschnittliche Lebenshaltung

Die durchschnittliche Lebenshaltung wird gewöhnlich am Sozialprodukt zu Marktpreisen (je Kopf der Bevölkerung) unter Zugrundelegung der Preise eines Basisjahres gemessen. Heute liefert dieser Maßstab — vor allem im Vergleich zur Vorkriegszeit und mit anderen Ländern — kein richtiges Bild. Es ist zu berücksichtigen, daß ein Teil des Sozialprodukts für den Wiederaufbau, zur Deckung des Nachholbedarfs der Unternehmen und der Hauswirtschaften sowie des Anpassungsbedarfs der Wirtschaft (infolge der durch die Spaltung Deutschlands und der Einschleusung der Heimatvertriebenen stark veränderten Wirtschaftsstruktur) verwendet werden muß. Deshalb ist der unter Investitionen nachgewiesene Teil der Einkommensverwendung höher als vor dem Kriege. Auch ein Teil der Aufwendungen der privaten Verbraucher stellt einen solchen zusätzlichen Ergänzungsaufwand dar, Beträge also, die nicht für den laufenden Konsum zur Verfügung stehen. Unter den Leistungen für öffentliche Zwecke, die normalerweise der Gesamtheit der Bevölkerung dienen sollen, nehmen heute die Aufwendungen für die Besatzungsmacht einen relativ hohen Anteil ein. Im übrigen ist zu bedenken, daß in solchen Durchschnittsbeträgen nicht zum Ausdruck kommt, daß ein großer Teil der Bevölkerung sich heute an der unteren Grenze des Existenzminimums befindet. Zahlen darüber fehlen noch. Jedoch ist das Anwachsen der öffentlichen Einkommensübertragungen ein Ausdruck dieser Verhältnisse.

Andererseits sind bei regionalen Vergleichen die örtlichen Unterschiede in den Lebenshaltungskosten nicht zu übersehen. Ein etwas niedrigerer Anteil am Sozialprodukt (gemessen in Geldbeträgen) bedeutet noch nicht ohne weiteres eine entsprechend niedrigere Lebenshaltung. Die örtliche Verschiedenheit im Preisniveau und der Versorgungsweise (Anteil der Selbstversorger) können hier einen Ausgleich schaffen. Auf dem Lande ermöglicht im allgemeinen dasselbe Geldeinkommen eine bessere Versorgung mit einer Reihe notwendiger Bedarfsgüter als in den Städten. Ein gewisser Einfluß auf die Lebenshaltung ergibt sich — wie gezeigt — aus dem Außenbeitrag.

Verfeinerung der Berechnungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen können derzeit — wie eingangs ausgeführt — nur Größenvorstellungen in verhältnismäßig groben Umrissen vermitteln. Für manche Bedürfnisse der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Landesplanung und der privaten Betriebsorientierung werden aber genauere und stärker zergliederte Zahlen benötigt. Die in Vorbereitung befindlichen Kostenstrukturerhebungen, Einkommen- und Umsatzsteuerstatistiken, die Bilanzabschlüsse der Aktiengesellschaften u. a. werden es in Verbindung mit weiterer Forschung ermöglichen, nach und nach wenigstens einen Teil des Zahlenbedarfs dieser Art zu decken.

Dr. J. Wirnshofer

¹⁾ Neuerdings wird der private Verbrauch im Statistischen Bundesamt als Außenbeitrags. — ²⁾ Aus zentral verteilten Mitteln. — ³⁾ Beitrag zu den in Bayern gezahlten öffentlichen Unterstützungen und Sozialrenten. — ⁴⁾ Beitrag zu den Leistungen für die Besatzung sowie zu den Kosten der bundes- und der landeseigenen Verwaltung (etwa 210 Mill. DM) abzüglich Berlinhilfe (etwa 70 Mill. DM). — ⁵⁾ Darunter laufende Besatzungskosten: Bayern 700 Mill. DM, Bund 3616 Mill. DM. — ⁶⁾ Überwiegend Gegenwertmittel, daneben Beiträge aus dem Bundeshaushalt, aus Soforthilfemitteln u. a. — ⁷⁾ Darunter Investitionen für Besatzung; Bayern: 90 Mill. DM, Bund: 467 Mill. DM.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2011			2012		
		Monatsdurchschnitt			Oktober	Nov.	Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
(Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 539	12 443	...	12 439	12 443	12 443
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹	Anzahl	4 924	4 940	...	4 734	4 525	5 930	5 166	3 089	...
je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,7	...	4,4	4,4	5,5	4,8	3,0	...
Lebendgeborene ²	Anzahl	8 771	8 641	...	8 856	8 440	10 602	10 087	8 447	...
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,4	8,2	...	8,3	8,2	9,9	9,4	8,1	...
Gestorbene ³	Anzahl	10 258	10 247	...	10 083	10 759	12 251	10 815	10 278	...
je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,8	...	9,4	10,4	11,5	10,1	9,9	...
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	27	...	21	29	38	16	21	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,9	3,1	...	2,4	3,4	3,6	1,6	2,5	...
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	14	15	...	12	15	22	10	11	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,6	1,7	...	1,4	1,8	2,1	1,0	1,3	...
Überschuss										
der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 487	-1 607	...	-1 227	-2 319	-1 649	- 728	-1 831	...
je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 1,5	...	- 1,1	- 2,2	- 1,5	- 0,7	- 1,8	...
Totgeborene ²	Anzahl	30	26	...	23	31	35	25	29	...
Wanderungen										
(Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	21 526	25 756	28 295	33 631	25 191	20 487	39 296	25 507	18 718
darunter aus dem Ausland	Anzahl	11 652	15 086	17 733	18 508	14 764	11 934	23 411	15 518	11 317
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	17 725	19 417	20 663	24 032	19 532	18 224	27 492	20 239	17 533
darunter in das Ausland	Anzahl	8 746	10 028	11 391	10 709	10 500	10 535	14 007	11 655	10 720
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	9 875	10 670	10 563	15 123	10 427	8 553	15 885	9 989	7 401
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 979	9 389	9 272	13 323	9 032	7 689	13 485	8 584	6 813
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	3 801	6 339	7 632	9 599	5 659	2 263	11 804	5 268	1 185
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 124	41 749	42 140	47 491	41 520	38 447	51 182	42 888	33 136
		2010	2011	2012	2011			2012		
		Jahresdurchschnitt			Jun	Sept.	Dez.	März	Jun	Sept.
Arbeitsmarkt ⁵										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 581,5	4 727,1	...	4 703,3	4 803,7	4 763,3	4 774,9	4 827,4	4 913,8
Frauen	1 000	2 091,2	2 154,2	...	2 136,6	2 181,1	2 179,9	2 181,5	2 195,6	2 236,4
Ausländer	1 000	371,6	406,9	...	405,4	422,2	415,0	430,5	450,9	466,6
Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	878,0	929,1
darunter Frauen ⁷	1 000	741,6	779,3
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,8	22,7	...	24,1	24,5	20,4	22,7	24,7	25,0
B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 580,5	1 615,3	...	1 609,9	1 645,2	1 622,3	1 626,6	1 645,7	1 672,9
B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 321,1	1 347,4	...	1 338,3	1 364,5	1 361,3	1 361,6	1 366,6	1 384,8
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 246,5	1 279,7	...	1 270,6	1 295,8	1 293,7	1 293,5	1 297,7	1 315,3
F Baugewerbe	1 000	259,3	267,8	...	271,6	280,7	261,0	265,0	279,0	288,1
G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 978,8	3 087,3	...	3 069,0	3 131,8	3 116,5	3 122,4	3 154,0	3 212,8
G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 019,9	1 048,6	...	1 040,3	1 067,8	1 059,3	1 056,4	1 068,3	1 088,1
J Information und Kommunikation	1 000	151,6	161,4	...	161,2	162,3	162,8	165,1	166,2	170,3
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	185,4	185,2	...	183,9	186,5	185,7	185,6	185,2	188,0
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	26,4	27,4	...	27,0	27,6	28,0	28,7	29,1	29,7
M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	508,1	552,5	...	552,4	566,4	555,3	564,2	576,7	593,5
O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	917,9	941,2	...	932,7	948,1	954,3	951,0	955,5	968,4
R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	169,5	171,2	...	171,5	173,1	171,2	171,3	173,0	174,8
		2010	2011	2012	2012			2013		
		Jahresdurchschnitt			März	April	Januar	Februar	März	April
Arbeitslose	1 000	299,6	254,3	248,8	266,8	249,5	300,1	302,5	289,8	268,3
darunter Frauen	1 000	138,8	122,3	118,7	119,1	120,0	128,0	127,4	125,4	124,4
Arbeitslosenquote insgesamt ⁸⁻⁹	%	4,5	3,8	3,7	4,0	3,7	4,4	4,4	4,2	3,9
Frauen	%	4,4	3,9	3,7	3,8	3,8	4,0	4,0	3,9	3,9
Männer	%	4,5	3,7	3,6	4,1	3,6	4,8	4,9	4,6	4,0
Ausländer	%	10,0	8,7	8,5	9,2	8,9	9,9	10,0	9,8	9,4
Jugendliche	%	3,7	3,0	3,0	3,2	2,8	3,6	3,8	3,6	3,2
Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	89,5	22,3	...	31,5	9,2
Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	50,6	67,5	70,1	73,0	74,4	58,3	63,2	64,9	64,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungstatistik der Bundes-

agentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.

8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen

Erwerbspersonen.

10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012			2013		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	560,3	547,4	...	491,4	548,1	545,6	523,8	473,0	548,8
darunter Rinder	1 000	78,8	74,7	...	70,9	71,1	72,8	74,6	65,4	84,2
darunter Kälber ²	1 000	2,2	2,1	...	1,7	2,0	2,7	1,4	1,4	2,4
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,5	...	0,4	0,6	0,7	0,5	0,5	0,7
Schweine	1 000	470,5	461,4	...	414,0	465,6	460,6	442,8	401,5	447,1
Schafe	1 000	10,3	10,6	...	6,0	10,4	11,6	5,9	5,7	16,2
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	551,4	539,5	...	484,3	540,7	536,9	517,2	467,2	541,9
darunter Rinder	1 000	77,5	73,6	...	70,0	70,0	71,8	73,8	64,6	83,2
darunter Kälber ²	1 000	2,0	1,9	...	1,5	1,8	2,6	1,3	1,3	2,2
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,4	...	0,4	0,6	0,6	0,4	0,4	0,6
Schweine	1 000	464,8	456,2	...	408,5	460,5	454,8	437,9	397,1	443,0
Schafe	1 000	8,7	9,1	...	0,5	9,3	9,9	5,3	5,2	14,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	339,8	339,0	...	347,0	342,9	340,3	346,8	347,0	347,8
darunter Kälber ²	kg	105,8	103,5	...	107,5	114,4	112,2	109,5	110,7	103,9
Jungrinder ³	kg	186,4	183,1	...	191,6	186,8	181,3	178,7	176,2	176,8
Schweine	kg	94,7	94,9	...	95,1	95,8	95,5	96,1	95,5	95,8
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	71,6	69,4	...	64,1	69,2	69,0	68,5	61,1	72,4
darunter Rinder	1 000 t	26,8	25,3	...	24,6	24,4	24,7	25,8	22,7	29,2
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	1,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	44,6	43,8	...	39,4	44,6	44,0	42,5	38,3	42,8
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	...	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,3
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	70,6	68,5	...	63,3	68,4	68,1	67,8	60,5	71,7
darunter Rinder	1 000 t	26,4	25,0	...	24,3	24,1	24,4	25,6	22,4	28,9
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	44,2	43,3	...	38,9	44,1	43,4	42,1	37,9	42,4
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	...	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 555	3 731	3 900	3 884	3 887	3 917	4 040	4 035	4 052
Legehennenbestand ⁶	1 000	2 894	3 249	3 431	3 495	3 566	3 367	3 304	3 525	3 720
Konsumeier ⁶	1 000	70 293	81 101	86 410	85 620	94 007	83 398	77 719	79 890	94 818
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	11,5	12,6	13,3	12,3	14,0	11,9	13,6	11,0	13,0
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	9,3r	8,2	...	5,8	6,0
Weizen	1 000 t	153,4	132,1	...	123,4	183,5
Gerste	1 000 t	42,6	46,4	...	18,5	28,4
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	1,7	...	1,0	1,2
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	97,4	98,5	...	87,3	102,3
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,9	12,1	...	10,8	12,4
Weizen und -gemenge	1 000 t	85,5	86,5	...	76,4	89,9
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	35,4	37,1	...	34,1	27,9
Weizen	1 000 t	452,4	518,1	...	534,0	565,2
Gerste	1 000 t	346,9	359,9	...	296,4	283,6
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	9,3	7,8	...	6,4	5,5
Mais	1 000 t	91,3	115,8	...	167,6	144,5
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 428	1 768r	1 536	1 596	1 352	1 633
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	80	113	79	86	74	97
11 bis 13	1 000 hl	1 313	1 618r	1 427	1 481	1 244	1 505
14 oder darüber	1 000 hl	35	37	29	29	34	31
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	251	340	257	279	250	333
dav. in EU-Länder	1 000 hl	150	219	179	178	149	202
in Drittländer	1 000 hl	101	121	78	101	101	131

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012			2013		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen ²	1 000	12,5 r	12,0	11,0	10,5	12,8	8,9	13,7	10,3	11,2
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,8 r	9,7	9,6	9,8	10,4	12,0	13,1	9,5	9,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012				2013	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Baugewerbe ¹										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	125 927	128 467	130 624	118 011	117 833	133 782	130 751	121 623	121 091
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 890	12 887	12 481	6 278	5 842	14 636	8 225	6 279	6 418
dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 220	5 737	5 600	2 766	2 480	6 692	3 681	2 856	2 904
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 283	3 591	3 506	2 227	2 146	3 979	2 463	2 130	2 204
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 387	3 558	3 376	1 285	1 216	3 965	2 081	1 293	1 310
Entgelte	Mill. €	285,1	299,2	310,5	248,3	218,5	388,9	301	255,1	221,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 288,8	1 446,4	1 482,4	638,0	661,2	1 919,8	1 693	672,0	736,7
dav. Wohnungsbau	Mill. €	471,8	560,9	573,4	267,2	255,8	754,0	612	298,6	282,3
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	435,9	486,4	507,8	214,6	257,7	628,9	668	222,0	298,2
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	381,1	399,0	401,2	156,1	147,7	537,0	413	151,4	156,2
Messzahlen (2005 ± 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	106,2	116,9	124,8	78,5	123,7	97,3	87	83,7	107,1
davon Wohnungsbau	%	97,9	111,0	119,3	86,0	127,4	104,6	87	85,9	91,2
gewerblicher und industrieller Bau	%	115,1	130,1	130,3	93,1	138,1	120,5	116	89,9	137,8
öffentlicher und Verkehrsbau	%	103,0	108,0	123,2	58,7	107,0	69,3	57	75,9	87,6
darunter Straßenbau	%	108,6	110,9	133,9	44,2	82,0	83,4	41	101,0	86,4
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}										
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	47 843	48 891	50 226	.	.	.	50 268	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 830	5 040	5 110	.	.	.	16 088	.	.
Entgelte	Mill. €	111,9	117,3	122,9	.	.	.	406	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	492,3	515,8	514,3	.	.	.	1 932	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	257	258	253	253	253	253	253	254	254
Beschäftigte	Anzahl	29 688	30 060	29 895	29 985	29 926	30 064	29 928	29 931	29 847
Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 678	3 675	3 621	3 721	3 736	3 787	3 093	3 869	3 487
Brutto Lohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	117	122	124	107	111	196	117	117	116
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	6 394,8	5 908,6	6055,2	6874,0	6866,4	6266,4	6 170	6934,9	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 090,6	5 601,2	5749,6	6552,0	6514,5	5955,4	5 831	6591,7	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	569,3	509,2	520,7	820,5	871,9	624,3	711	864,9	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	1 075,2	999,4	1014,3	1650,8	1745,0	1270,5	1 411	1689,8	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ± 100)	%
Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 ± 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 748	2 013	1 901	1 241	1 599	1 795	1 486	1 701	1 800
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 586	1 807	1 681	1 120	1 439	1 548	1 185	1 524	1 605
Umbauter Raum	1 000 m³	2 109	2 523	2 465	1 503	2 032	2 450	2 361	2 140	2 286
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	568	718	716	456	582	717	710	623	670
Wohnfläche ¹²	1 000 m²	359	433	427	259	350	440	420	365	400
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	811	815	726	460	589	625	554	492	566
Umbauter Raum	1 000 m³	4 118	4 460	4 187	2 888	4 068	3 774	3 464	4 634	2 679
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	460	599	569	408	520	627	518	538	412
Nutzfläche	1 000 m²	591	658	606	381	593	561	502	683	435
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 536	4 381	4 416	3 095	3 383	4 598	5 046	3 426	4 352
Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	16 564	19 585	18 922	11 732	15 805	18 807	18 258	15 845	17 420
		2010	2011	2012 ¹⁴	2012 ¹⁴				2013 ¹⁴	
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	10 965,9	12 168,8	12 320,5	11 841	12 167,1	13 308,5	13 559	12 164,9	12 188,6
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	566,0	615,4	597,6	621	613,1	673,9	590	617,6	574,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 533,2	10 833,0	10 687,3	10 250	10 541,9	11 507,1	11 883	10 625,4	10 660,2
davon Rohstoffe	Mill. €	1 219,2	1 565,4	1 657,7	1 584	1 447,8	1 469,2	1 730	2 777,5	1 376,0
Halbwaren	Mill. €	444,2	529,7	519,3	462	467,4	545,0	499	454,5	542,3
Fertigwaren	Mill. €	7 869,1	8 737,9	8 510,3	8 204	8 626,7	9 492,9	9 654	7 393,4	8 741,9
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	844,2	964,2	963,4	809	856,4	1 096,5	1 569	911,7	1 035,2
Enderzeugnisse	Mill. €	7 025,0	7 773,7	7 547,0	7 396	7 770,3	8 396,4	8 085	6 481,7	7 706,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012 ¹	2012 ¹				2013 ¹	
		Monatsdurchschnitt			Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	7 677,5	8 535,2	8 266,6	8 290,7	9 017,0	8 898,6	7 658,8	8 052,4	7 941,6
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	6 229,7	6 812,8	6 878,6	6 935,4	7 546,4	7 508,7	6 143,3	6 817,7	6 791,6
dar. aus Belgien	Mill. €	272,8	309,2	322,1	300,9	373,0	390,3	255,4	327,3	342,0
Bulgarien	Mill. €	25,9	28,3	32,0	31,5	34,8	34,8	27,7	31,2	28,3
Dänemark	Mill. €	60,6	61,3	64,5	64,9	66,5	80,2	61,6	50,2	66,4
Finnland	Mill. €	37,2	41,0	39,1	39,2	43,7	37,8	29,5	41,0	37,8
Frankreich	Mill. €	514,7	558,4	544,7	527,7	604,2	539,6	495,9	525,8	524,6
Griechenland	Mill. €	32,8	31,1	25,9	29,8	29,7	23,3	23,7	20,3	22,2
Irland	Mill. €	174,8	174,9	190,3	175,9	168,1	416,7	359,9	197,0	148,0
Italien	Mill. €	783,7	864,5	875,3	863,8	968,4	832,6	783,5	812,4	843,3
Luxemburg	Mill. €	19,1	19,6	19,1	19,1	23,8	17,2	15,3	16,8	20,7
Niederlande	Mill. €	536,6	589,9	596,6	650,9	697,3	661,0	548,6	594,3	574,4
Österreich	Mill. €	1 171,9	1 256,1	1 237,8	1 239,4	1 375,7	1 256,2	1 076,0	1 138,5	1 205,2
Polen	Mill. €	280,1	335,6	361,2	376,3	414,3	385,8	320,1	360,6	380,8
Portugal	Mill. €	42,9	47,5	53,9	50,6	61,3	57,0	42,6	63,7	60,9
Rumänien	Mill. €	155,8	176,4	174,9	167,6	186,5	175,8	140,3	145,7	165,4
Schweden	Mill. €	106,0	97,1	108,6	165,0	116,7	99,8	104,3	119,5	105,8
Slowakei	Mill. €	203,5	240,0	249,4	237,6	256,3	236,1	180,9	209,0	221,2
Slowenien	Mill. €	70,3	74,8	80,7	87,7	86,5	76,3	62,8	77,2	79,3
Spanien	Mill. €	200,6	214,2	226,1	210,0	211,2	374,8	182,0	429,5	281,8
Tschechische Republik	Mill. €	762,8	793,9	814,1	836,6	949,0	907,7	718,8	767,1	749,9
Ungarn	Mill. €	405,4	456,1	451,0	465,6	461,8	477,1	318,4	448,2	474,6
Vereinigtes Königreich	Mill. €	334,5	404,7	376,0	361,5	383,4	393,7	370,4	403,2	425,9
Russische Föderation	Mill. €	582,8	698,7	713,8	696,0	681,3	717,2	918,5	538,8	487,9
* Afrika ³	Mill. €	324,0	413,5	557,8	463,3	434,4	646,1	965,5	531,2	741,0
dar. aus Südafrika	Mill. €	47,2	46,4	41,3	35,3	49,6	44,8	42,3	36,7	37,2
* Amerika	Mill. €	881,9	998,6	993,2	988,6	1 174,5	1 169,9	895,2	1 029,1	944,0
darunter aus den USA	Mill. €	726,1	811,9	828,4	842,8	1 041,3	1 000,2	721,8	875,7	691,2
* Asien ³	Mill. €	2 064,4	2 203,9	2 488,6	2 398,9	2 667,5	2 835,5	2 630,6	2 560,3	2 342,5
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 068,2	1 141,0	1 057,8	1 051,8	1 147,8	1 146,0	931,3	1 073,7	895,3
Japan	Mill. €	282,1	304,5	272,4	300,1	283,5	261,0	218,8	244,1	218,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	18,2	17,7	14,4	25,6	15,1	9,1	14,8	15,6	9,8
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	12 095,4	13 316,4	13 850,7	13 931,3	15 141,4	14 410,4	11 992,1	13 206,8	13 605,3
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	574,4	645,4	667,4	689,6	719,6	678,1	644,1	712,1	619,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 092,4	12 368,9	12 616,0	12 669,1	13 810,1	13 157,4	10 867,4	11 954,3	12 451,1
* davon Rohstoffe	Mill. €	72,8	82,0	73,9	73,9	80,7	75,4	65,8	74,8	69,7
* Halbwaren	Mill. €	511,9	580,8	552,0	579,4	622,0	541,3	476,5	526,1	554,3
* Fertigwaren	Mill. €	10 507,6	11 706,0	11 990,1	12 015,8	13 107,4	12 540,7	10 325,1	11 353,4	11 827,1
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	938,5	1 039,7	1 010,4	968,5	1 049,9	992,4	767,9	1 009,9	917,1
* Enderzeugnisse	Mill. €	9 569,2	10 666,3	10 979,7	11 047,4	12 057,5	11 548,3	9 557,2	10 343,6	10 910,0
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	7 981,2	8 625,4	8 678,7	8 707,9	9 562,2	9 144,1	7 577,5	8 386,5	8 688,5
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	6 896,4	7 306,5	7 359,4	7 395,7	8 084,9	7 717,3	6 553,3	7 265,2	7 452,7
dar. nach Belgien	Mill. €	384,5	438,1	576,8	522,4	669,4	820,4	656,6	700,2	759,6
Bulgarien	Mill. €	22,7	25,9	30,1	26,0	32,7	28,6	27,5	25,5	26,7
Dänemark	Mill. €	98,7	102,1	117,2	123,5	132,1	113,5	122,4	101,0	105,5
Finnland	Mill. €	89,0	93,6	97,7	102,1	111,8	104,7	103,9	86,4	95,0
Frankreich	Mill. €	888,7	950,5	961,5	968,8	1 019,2	1 010,2	904,1	967,6	989,5
Griechenland	Mill. €	58,7	49,3	44,7	42,1	45,5	47,6	44,2	42,8	44,1
Irland	Mill. €	47,4	49,4	51,4	47,2	49,3	57,2	57,9	71,5	63,5
Italien	Mill. €	932,5	962,5	887,5	876,9	938,7	904,4	739,4	845,4	857,3
Luxemburg	Mill. €	40,8	42,9	39,2	33,6	41,7	41,6	33,8	32,8	36,6
Niederlande	Mill. €	485,6	494,7	482,1	454,1	485,4	463,3	431,6	460,9	456,4
Österreich	Mill. €	1 065,2	1 148,9	1 146,3	1 227,2	1 259,1	1 115,3	1 007,8	1 025,3	1 030,4
Polen	Mill. €	325,9	366,2	356,3	350,0	403,4	378,8	281,7	348,4	352,7
Portugal	Mill. €	101,5	84,3	78,4	67,1	95,2	84,5	75,0	80,8	80,1
Rumänien	Mill. €	103,6	120,8	129,0	140,2	152,4	128,3	125,5	120,6	120,8
Schweden	Mill. €	218,2	242,8	258,2	276,7	326,4	270,0	206,9	231,4	231,3
Slowakei	Mill. €	130,1	159,3	153,4	163,2	153,6	156,8	112,4	138,5	154,8
Slowenien	Mill. €	49,0	55,1	56,1	63,1	64,8	50,0	49,6	55,3	54,3
Spanien	Mill. €	421,8	425,7	364,1	342,2	408,1	365,8	289,3	353,0	365,0
Tschechische Republik	Mill. €	389,4	426,3	427,4	431,3	500,1	446,8	362,4	407,5	402,8
Ungarn	Mill. €	198,2	197,6	207,0	203,6	218,4	207,9	150,9	214,5	199,7
Vereinigtes Königreich	Mill. €	792,5	811,7	835,1	876,0	908,7	855,8	718,4	903,8	972,8
Russische Föderation	Mill. €	239,5	338,8	386,2	386,5	439,0	436,1	282,8	268,1	367,4
* Afrika ³	Mill. €	234,7	243,3	268,4	270,0	285,3	250,9	259,9	223,1	245,2
dar. nach Südafrika	Mill. €	93,6	112,1	122,4	132,6	141,3	108,4	117,8	93,4	120,8
* Amerika	Mill. €	1 539,7	1 735,7	2 028,0	2 161,2	2 393,9	2 271,5	1 673,9	1 878,0	2 009,7
darunter in die USA	Mill. €	1 143,2	1 282,1	1 523,7	1 639,0	1 834,4	1 761,5	1 244,6	1 388,0	1 484,8
* Asien ³	Mill. €	2 217,8	2 585,9	2 743,3	2 681,8	2 780,0	2 607,2	2 366,6	2 607,9	2 523,8
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	970,3	1 184,5	1 236,8	1 133,1	1 151,7	1 108,7	968,7	1 197,3	1 156,2
nach Japan	Mill. €	227,3	256,6	301,3	327,3	346,4	286,5	244,6	335,5	293,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	121,9	126,1	132,3	110,4	120,0	136,6	114,1	111,3	137,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27.
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012 ¹	2012 ¹			2013 ¹		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Großhandel (2005 ± 100) ^{2, 3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	109,6	118,0	118,0	103,3	108,3	113,2	105,6	101,7	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	98,8	102,3	101,0	90,7	92,3	101,1	91,1	87,1	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	96,4	99,3	100,8	100,4	100,3	101,5	101,0	101,1	.
Einzelhandel (2010 ± 100) ^{2, 5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	100,0	103,6	107,0	97,4	96,1	127,3	102,8	94,8	110,7
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	100,0	103,0	106,5	97,6	98,0	127,2	101,8	97,6	113,8
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	100,0	102,9	106,1	92,0	92,8	124,1	95,0	91,9	108,0
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	100,0	102,5	106,1	101,2	101,3	114,2	108,8	102,1	108,3
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	100,0	103,7	107,7	95,6	93,4	121,6	101,4	92,2	108,4
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	100,0	109,1	119,4	114,8	114,7	149,0	134,9	112,6	126,0
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	100,0	102,2	103,5	95,8	93,5	122,7	99,5	91,2	105,4
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	100,0	101,6	103,2	103,0	102,4	104,8	104,0	103,4	103,9
Kfz-Handel (2010 ± 100) ^{2, 7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	100,0	105,1	102,5	83,0	91,6	85,5	84,0	83,8	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	100,0	103,7	100,2	81,3	89,7	83,7	82,3	82,1	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	100,0	103,1	105,0	104,2	103,7	106,7	106,2	105,2	.
Gastgewerbe (2010 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	100,0	104,9	111,4	87,4	89,7	112,5	93,0	92,3	101,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	100,0	104,8	115,6	82,7	90,7	107,9	91,5	95,4	100,7
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	100,0	99,3	113,4	70,5	83,3	85,1	73,9	85,4	81,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	100,0	104,9	107,7	90,4	87,4	118,4	93,5	89,9	102,8
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	100,0	105,0	107,9	89,9	86,9	118,3	92,3	89,1	102,4
Kantinen und Caterer	%	100,0	105,8	112,1	95,5	104,8	107,5	106,5	98,5	104,6
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	100,0	103,4	107,6	85,4	87,6	108,3	88,9	88,2	96,5
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	100,0	101,2	103,7	97,4	97,7	102,0	100,0	100,3	101,3
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 356	2 486	2 597	1 969	2 156	2 039	2 035	2 040	2 228
* darunter Auslandsgäste	1 000	541	561	608	442	453	493	492	483	475
* Gästeübernachtungen	1 000	6 485	6 746	7 002	5 525	5 525	5 300	5 288	5 632	5 812
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 122	1 174	1 275	996	966	1 060	1 059	1 071	1 005
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	52 766	60 532	58 694	45 136	80 757	43 281	41 147	43 337	65 606
* darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 752	2 873	2 974	1 428	7 331	775	734	1 289	5 997
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	45 389	51 910	50 208	39 655	66 166	37 665	36 399	38 325	53 296
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 233	3 999	3 722	2 826	4 660	2 931	2 806	2 568	3 992
* Zugmaschinen	Anzahl	1 114	1 450	1 472	989	2 278	1 578	896	930	1 983
* sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	196	204	219	152	231	208	164	144	225
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	101 783	105 172	105 929	.	327 203	338 837	.	.	325 008
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	90 223	91 334	92 337	.	283 030	295 386	.	.	282 273
private Unternehmen	1 000	11 560	13 838	13 592	.	44 173	43 452	.	.	42 735
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	29 739	29 227	30 364	27 819	28 225	32 315	28 476	28 466	28 757
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 247	4 427	4 354	3 115	3 862	3 342	2 983	2 835	3 152
mit nur Sachschaden	Anzahl	25 491	24 800	26 011	24 704	24 363	28 973	25 493	25 631	25 605
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	58	65	55	33	43	51	30	39	37
* Verletzte Personen	Anzahl	5 639	5 857	5 790	4 394	5 199	4 647	4 140	3 963	4 314
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 438	1 569	1 594	1 310	1 553	1 356	1 298	1 305	1 573
Abgang	1 000	1 438	1 564	1 589	1 333	1 576	1 355	1 272	1 326	1 616
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	167	164	149	138	157	115	117	115	138
Abgang	1 000	168	164	148	144	160	118	106	124	144
Eisenbahnverkehr ¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 318	2 578	2 501	2 385	2 517	2 165	2 302	2 295	...
Güterversand	1 000 t	2 046	2 043	1 902	1 831	1 844	1 692	1 794	1 863	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	448	452	432	199	478	431	303	289	394
davon auf dem Main	1 000 t	239	250	252	132	293	276	152	160	212
auf der Donau	1 000 t	209	201	181	67	185	155	151	129	182
* Güterversand insgesamt	1 000 t	300	270	277	85	271	212	169	144	242
davon auf dem Main	1 000 t	205	189	180	64	179	145	108	97	167
auf der Donau	1 000 t	95	80	96	21	93	67	61	47	75

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmontat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel und Kfz-Handel in Preisen von 2010, Großhandel und Gastgewerbe in Preisen von 2005.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschnidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012			2013		
		Monatsdurchschnitt ¹			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 547	486 599	483 106	.	481 011	480 207
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	402 963	414 052	413 420	.	411 340	413 206
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	74 032	78 921	66 245	.	67 295	62 993
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	54 140	52 326	55 093	.	55 260	52 888
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	19 893	26 595	11 153	.	12 035	10 105
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	60 476	59 421	61 530	.	61 568	61 383
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	57 979	56 463	58 519	.	58 230	58 568
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 498	2 958	3 011	.	3 338	2 815
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	349 039	348 257	355 331	.	352 148	355 831
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	315 327	313 850	321 680	.	318 495	322 202
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 713	34 407	33 651	.	33 653	33 629
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	536 254	560 515	578 378	.	568 330	578 089
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	416 578	437 127	452 972	.	442 775	451 876
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	395 130	403 499	419 187	.	411 588	419 754
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	21 448	33 627	33 785	.	31 187	32 122
Spareinlagen	Mill. €	119 676	123 389	125 405	.	125 555	126 208
darunter bei Sparkassen	Mill. €	48 799	49 994	49 593	.	49 629	49 837
bei Kreditbanken	Mill. €	28 492	29 793	31 565	.	31 792	31 718
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 583	1 491	1 382	1 427	1 501	1 009
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	137	113	109	119	131	60
davon Unternehmen	Anzahl	320	284	274	273	302	196
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	101	81	77	77	96	42
Verbraucher	Anzahl	946	908	825	868	910	598
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	2	2	4	1	1
ehemals selbständig Tätige	Anzahl	282	261	251	250	255	195
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	22	19	20	24	23	12
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	36	38	32	36	34	20
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	12	10	9	14	11	5
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	389 469	315 812	490 994	1 536 120	330 242	289 105
davon Unternehmen	1 000 €	251 491	196 827	382 936	1 430 882	238 547	173 111
Verbraucher	1 000 €	59 979	52 915	44 660	47 076	46 558	35 329
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	61 717	51 332	50 859	50 301	39 112	40 849
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	16 198	14 739	12 539	7 862	6 025	39 817
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	152,6	117,1	120,2	153,2	135,7	128,4	166,1	171,2	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	198,6	136,1	134,1	169,4	186,9	121,2	152,3	198,2	206,6
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	266,7	245,0	232,3	237,8	238,4	227,7	231,6
Leistungsempfänger	1 000	492,7	445,6	420,4	431,4	432,1	411,4	419,1
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	351,9	317,7	298,7	306,9	307,7	291,7	297,4
Sozialgeld	1 000	140,8	127,9	121,7	124,5	124,5	119,7	121,7
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	3 650,3	4 054,7	4 320,8	3 105,0	6 084,1	8 026,0	4 246,6	3 271,7	6 401,5
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 522,5	2 701,1	2 897,6	2 697,0	2 488,1	4 348,8	2 999,2	2 830,9	2 547,9
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	543,6	557,2	633,2	- 1,0	1 640,5	2 149,6	112,1	30,7	2 111,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	248,7	341,8	421,2	152,8	1 300,0	367,1	422,4	248,8	306,6
Abgeltungsteuer	Mill. €	118,3	109,1	109,3	89,9	141,7	73,2	497,3	80,8	130,5
Körperschaftsteuer	Mill. €	217,2	345,5	259,5	166,3	513,8	1 087,3	215,6	80,5	1 304,9
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 618,0	1 676,3	1 731,0	2 308,1	1 183,4	1 918,8	2 217,1	2 266,1	1 676,4
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	199,4	204,0	221,1	226,9	266,5	207,0	246,6	225,0	285,7
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	78,3	70,6	83,0	72,0	84,6	70,9	95,7	80,3	92,5
Grunderwerbsteuer	Mill. €	86,6	98,2	104,4	121,4	129,4	108,3	117,9	113,9	119,7
Biersteuer	Mill. €	12,7	12,7	12,5	9,8	9,8	11,2	10,7	11,0	8,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2012			2013		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	660,5	758,9	779,7	.	2 270,9	2 187,4
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,9	7,0	7,0	.	20,2	18,4
Grundsteuer B	Mill. €	128,6	130,5	133,6	.	362,1	359,9
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	521,0	617,4	634,9	.	1 861,4	1 806,4
Steuereinnahmen des Bundes [☆]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 390,0	1 576,2	1 682,1	1 167,3	2 534,9	3 323,8	1 670,6	1 124,8	2 663,9
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	20,8	23,2	26,1	- 0,7	35,5	72,2	- 1,4	- 0,4	0,0
Steuereinnahmen des Landes [☆]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 409,1	1 570,1	1 644,9	1 176,6	2 534,9	3 323,8	1 670,6	1 019,7	2 663,9
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	81,0	88,6	98,3	151,3	- 29,9	271,4	- 82,2	70,4	5,3
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 016,2	1 124,8	1 168,0	.	2 154,7	4 655,3
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	407,8	433,8	466,6	340,7	573,4	920,7	463,2	329,0	651,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €	45,2	48,1	51,0	.	6,8	306,8
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	419,2	505,1	507,8	.	1 838,6	1 019,2

Verdienste

		2011	2012	2011		2012				2013
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 852	...	3 379	3 424	3 470	3 517	3 535	3 576	...
männlich	€	4 118	...	3 590	3 640	3 692	3 764	3 764	3 807	...
weiblich	€	3 178	...	2 850	2 875	2 928	2 951	2 973	3 007	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	7 388	...	6 147	6 221	6 246	6 305	6 417	6 513	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 489	...	3 933	3 988	4 072	4 117	4 149	4 196	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	3 111	...	2 781	2 839	2 858	2 909	2 924	2 951	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 529	...	2 276	2 321	2 338	2 394	2 419	2 446	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	2 041	...	1 876	1 920	1 931	1 967	2 039	1 981	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 958	...	3 415	3 499	3 512	3 604	3 622	3 649	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 343	...	2 985	3 031	3 078	3 189	3 181	3 150	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 090	...	3 514	3 583	3 626	3 710	3 721	3 754	...
Energieversorgung	€	4 816	...	4 239	4 161	4 171	4 194	4 227	4 247	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 089	...	2 862	2 928	3 022	3 050	3 032	3 140	...
Baugewerbe	€	3 027	...	2 627	2 892	2 786	3 009	3 039	3 040	...
Dienstleistungsbereich	€	3 771	...	3 352	3 367	3 439	3 452	3 470	3 522	...
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 727	...	3 264	3 301	3 429	3 434	3 417	3 468	...
Verkehr und Lagerei	€	3 076	...	2 813	2 843	2 755	2 790	2 817	2 797	...
Gastgewerbe	€	2 105	...	2 011	2 031	2 086	2 089	2 083	2 125	...
Information und Kommunikation	€	5 332	...	4 556	4 594	4 711	4 716	4 729	4 839	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 307	...	4 344	4 335	4 583	4 510	4 547	4 640	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 116	...	3 575	3 617	3 485	3 570	3 506	3 590	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 434	...	4 459	4 527	4 293	4 347	4 366	4 403	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 355	...	2 153	2 188	2 198	2 235	2 274	2 313	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 291	...	3 083	3 088	3 154	3 158	3 204	3 224	...
Erziehung und Unterricht	€	4 104	...	3 845	3 852	3 905	3 908	3 919	3 961	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 540	/	3 253	3 296	3 355	3 408	3 429	3 451	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	...	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 498	...	3 146	3 187	3 164	3 177	3 228	3 293	...

Preise

* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)

		2008	2009	2010	2011	2012	2012	2013		
		Durchschnitt ¹³					April	Februar	März	April
Gesamtindex	%	98,4	98,9	100,0	102,1	104,3	104,1	105,3	105,7	105,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	99,5	98,8	100,0	102,8	106,0	106,3	108,0	109,2	109,4
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	95,7	98,6	100,0	102,0	105,5	105,3	106,8	106,1	107,2
Bekleidung und Schuhe	%	98,9	100,0	100,0	101,7	104,6	106,8	103,3	109,4	108,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	97,7	98,7	100,0	103,1	105,5	105,1	107,2	107,2	107,3
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	98,2	100,0	100,0	100,4	101,2	101,4	102,0	102,2	102,5
Gesundheitspflege	%	99,3	99,4	100,0	100,5	103,1	102,9	98,4	98,5	98,7
Verkehr	%	98,9	96,7	100,0	104,9	108,2	109,2	108,6	107,6	108,4
Nachrichtenübermittlung	%	104,6	102,3	100,0	96,5	94,8	95,2	93,8	93,9	94,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,8	101,0	100,0	99,5	100,6	97,8	102,5	103,9	98,4
Bildungswesen	%	97,7	98,5	100,0	100,9	102,8	102,5	103,8	103,8	104,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	96,2	98,7	100,0	100,4	102,5	101,6	103,7	103,9	104,2
Andere Waren und Dienstleistungen	%	96,7	98,5	100,0	101,5	102,8	102,5	104,0	104,1	104,2
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	97,4	99,0	100,0	100,9	102,5	101,4	103,0	103,7	101,8
Nettokaltmiete	%	96,8	98,4	100,0	101,4	102,7	102,3	103,4	103,5	103,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

- 1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

- 4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

- 11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2005 ± 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	109,0	112,3	113,0	113,9	117,2	118,1	119,4	120,2	120,7
davon Rohbauarbeiten	%	110,6	114,5	114,5	115,2	119,0	119,9	121,4	122,4	122,8
Ausbauarbeiten	%	107,7	110,4	111,7	112,8	115,7	116,6	117,8	118,2	118,8
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	103,4	104,5	106,2	107,2	108,6	109,3	109,1	110,0	110,0
Bürogebäude	%	109,9	113,4	114,3	114,7	117,8	118,8	120,1	120,7	121,2
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	109,9	113,7	114,5	115,0	118,7	119,5	120,8	121,5	121,9
Straßenbau	%	112,9	118,9	121,7	123,0	126,1	127,4	129,1	130,3	130,4
							2011		2012	
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	233,16	250,77	227,80	207,51	223,46	249,83	240,96	223,58	197,54
Rohbauland	€	55,09	74,86	53,54	43,27	58,59	37,55	35,30	65,72	46,59
Sonstiges Bauland	€	65,69	66,42	59,06	46,37	39,78	45,09	45,48	50,18	68,83

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹					Sept.	Juli	August	Sept.
* Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)										
Gesamtindex	%	103,9	106,6	107,0	108,2	110,7	111,1	112,9	113,3	113,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	105,9	112,3	110,9	112,5	115,7	115,5	119,5	119,1	118,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	106,4	108,4	111,3	113,0	114,6	115,7	118,0	118,3	118,3
Bekleidung und Schuhe	%	100,7	101,4	102,8	103,7	105,6	108,1	103,4	105,0	110,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	104,9	108,5	108,9	110,1	113,5	114,0	116,0	116,4	116,6
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,5	104,2	104,6	105,1	105,4	106,3	106,3	106,5
Gesundheitspflege	%	101,3	103,0	104,0	104,7	105,5	105,6	107,9	107,9	107,9
Verkehr	%	106,9	110,5	108,3	112,1	116,9	117,9	120,0	121,6	122,4
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	85,1	84,5	84,5	84,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,8	99,8	101,4	101,3	102,3	102,1	106,3	106,2	104,3
Bildungswesen	%	126,9	137,9	132,3	131,8	128,8	132,4	112,4	112,4	112,5
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	%	104,0	106,3	108,7	109,9	111,5	111,3	116,8	116,4	113,7
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,7	105,9	107,5	108,4	110,2	110,0	109,9	109,9	109,8
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2005 ± 100)	%	105,1	109,9	100,5	108,3	117,0	117,3	118,8	120,3	119,4
Ausfuhrpreise ⁴ (2005 ± 100)	%	103,0	104,8	102,5	106,0	109,9	110,2	111,8	112,2	112,1
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2005 ± 100) ...	%	106,8	112,7	108,0	109,7	115,9	116,8	117,8	118,4	118,8
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,9	110,8	105,0	109,1	114,9	115,6	115,4	115,4	115,9
Investitionsgüterproduzenten	%	100,7	101,6	102,4	102,5	103,7	103,9	104,9	104,9	104,9
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,0	106,9	105,6	106,2	109,9	110,6	112,3	112,7	113,2
Gebrauchsgüterproduzenten	%	102,3	105,0	106,4	106,7	108,5	108,8	110,4	110,5	110,5
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,1	107,2	105,5	106,1	110,1	110,8	112,6	113,0	113,6
Energie	%	113,7	128,4	117,7	119,3	132,0	133,9	135,7	137,4	138,0
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2005 ± 100)	%	119,9	124,3	100,7	114,9	129,7	130,4	131,1	133,6	138,5
Pflanzliche Erzeugung	%	135,0	135,3	104,4	125,3	143,0	141,2	152,5	153,3	155,8
Tierische Erzeugung	%	110,6	117,6	98,4	108,5	121,5	123,7	117,9	121,5	127,8
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2005 ± 100)	%	107,1	112,9	105,0	111,2	119,5	119,8	121,8	123,2	124,8
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	106,5	113,0	110,9	114,0	119,5	119,7	121,1	122,0	123,0
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	107,7	123,3	102,4	116,7	134,5	135,9	139,1	143,5	151,2
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 ± 100)	%	103,2	105,6	105,5	106,7	108,6	109,0	110,2	110,5	111,1
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,8	108,9	108,8	110,1	112,4	112,4	115,5	115,5	115,5
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln,										
Getränken und Tabakwaren	%	105,7	109,7	110,6	111,8	114,3	114,7	118,1	118,2	118,0
Kraftfahrzeughandel	%	105,5	106,4	106,8	107,0	108,1	108,6	108,8	108,9	108,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

¹ Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1999), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

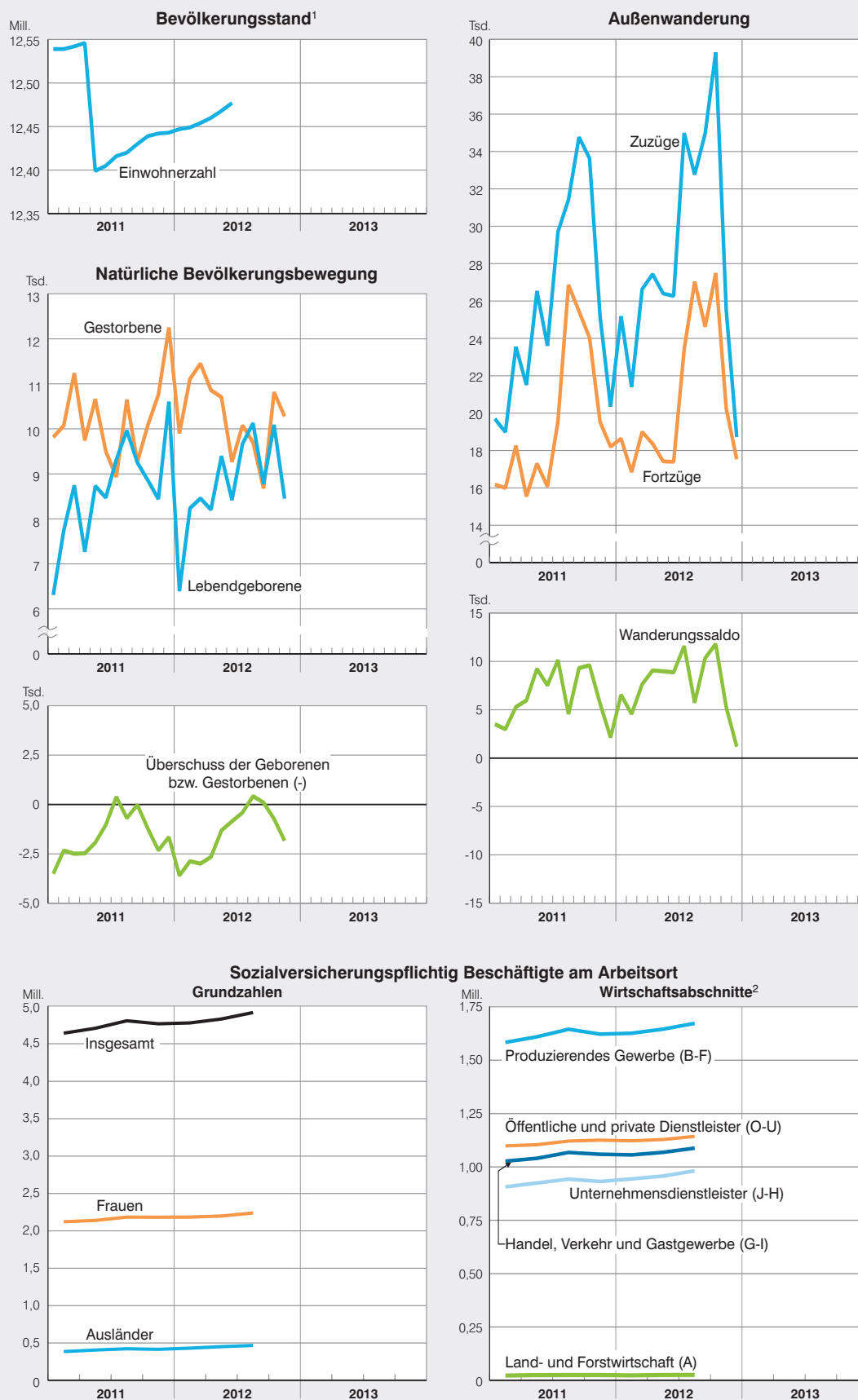
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

² Einschl. Mehrwertsteuer.

³ Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

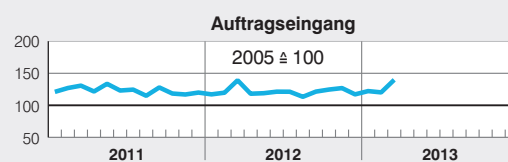
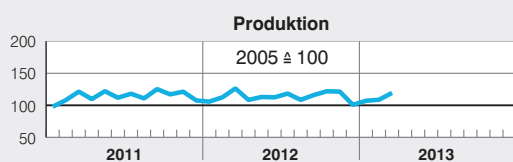
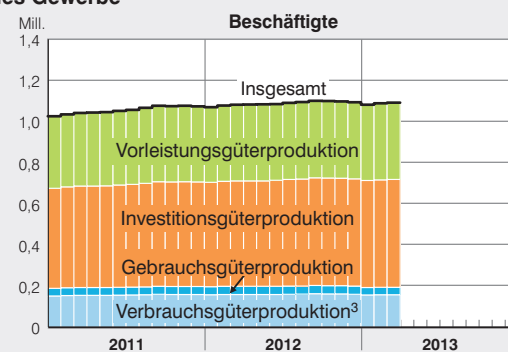
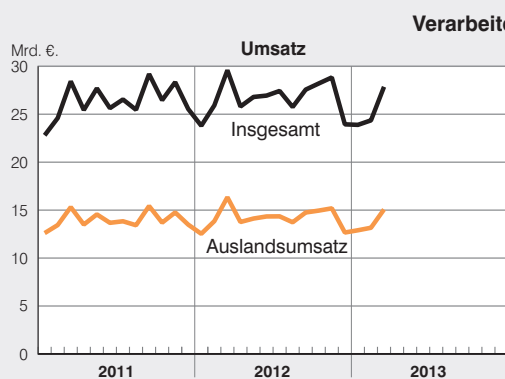
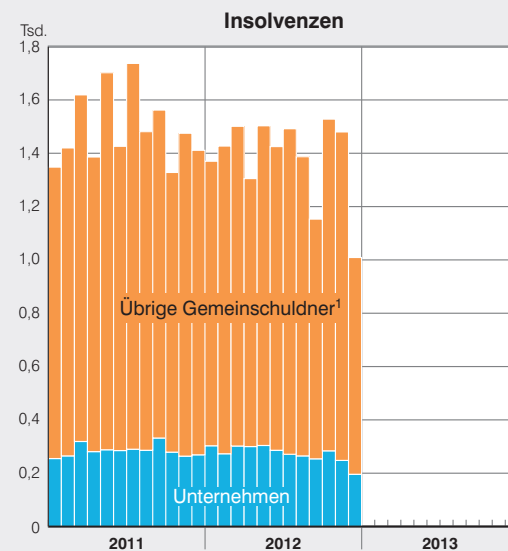
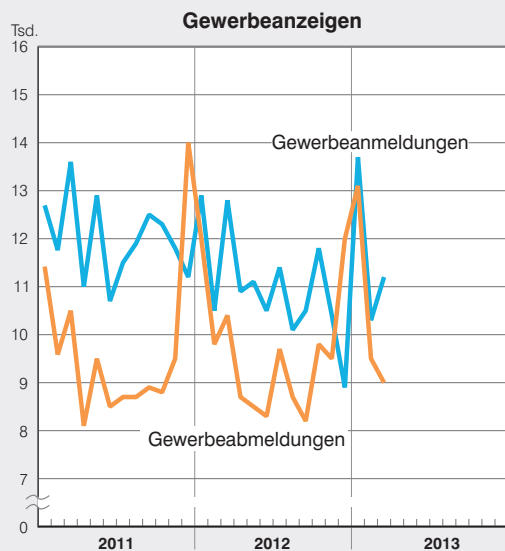
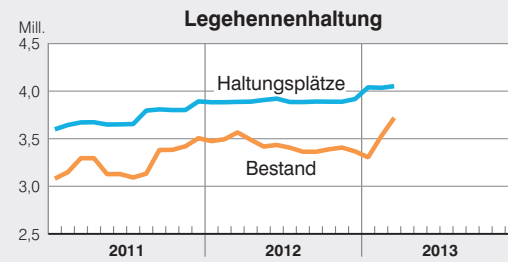
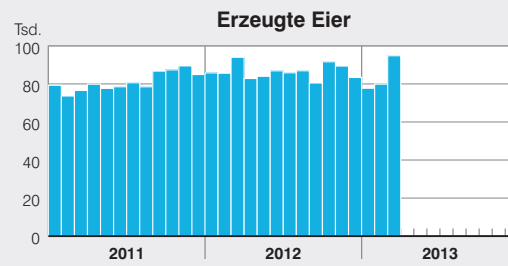
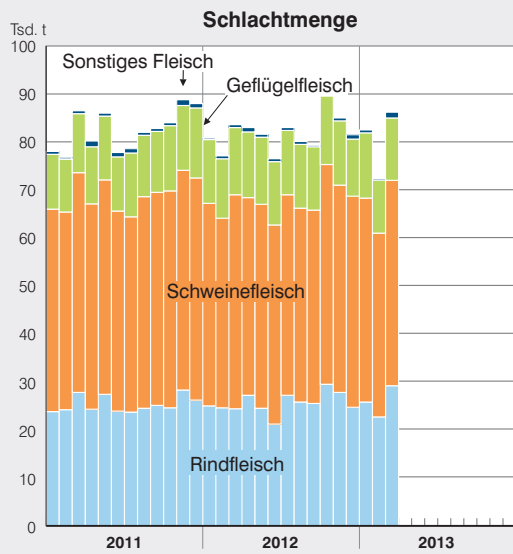
⁴ Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



¹ ab Mai 2011 Basis Zensus 2011.

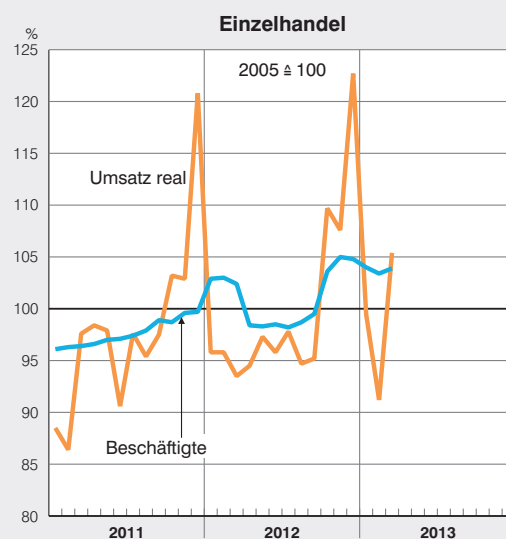
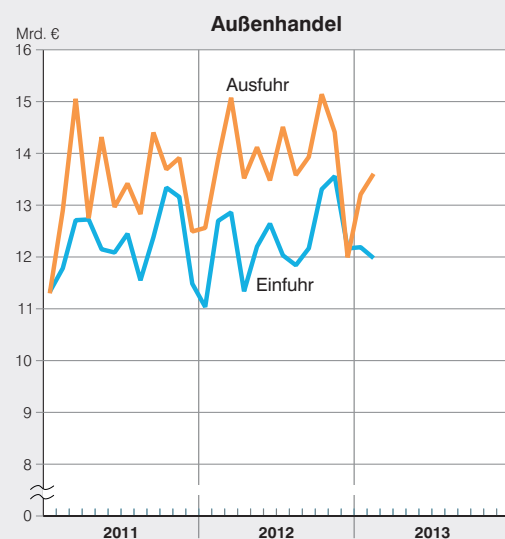
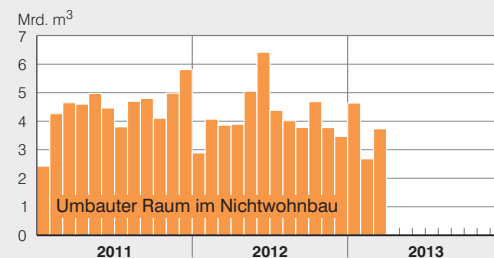
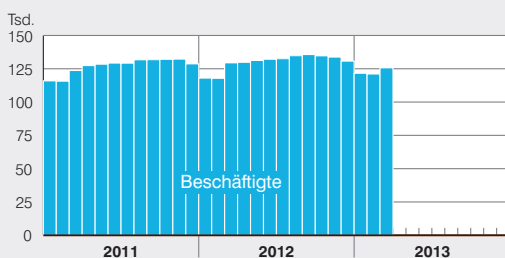
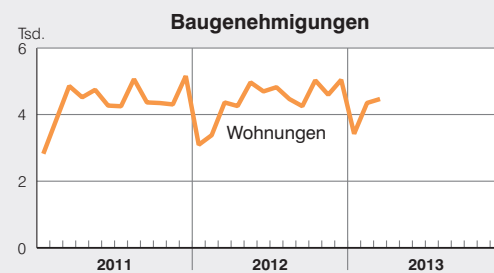
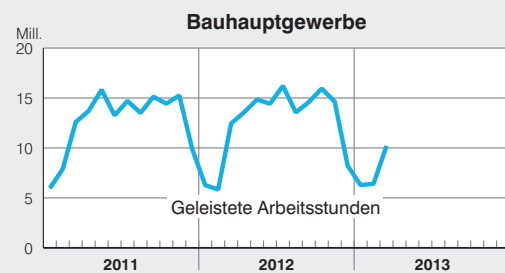
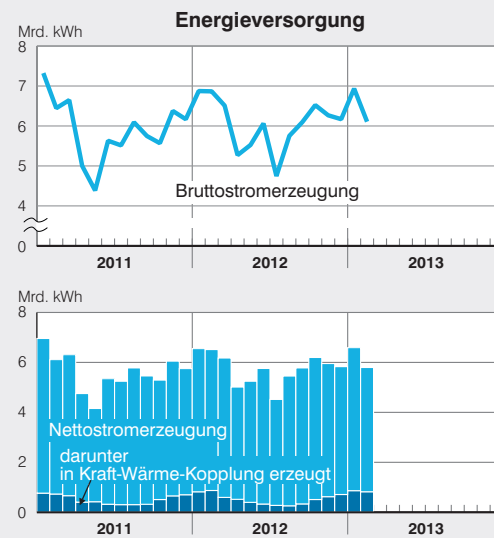
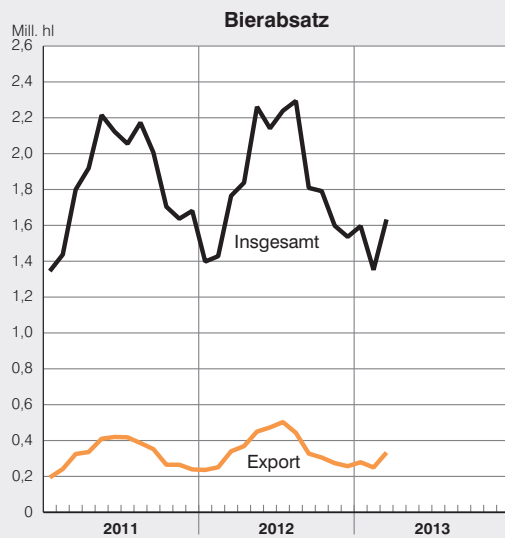
² Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

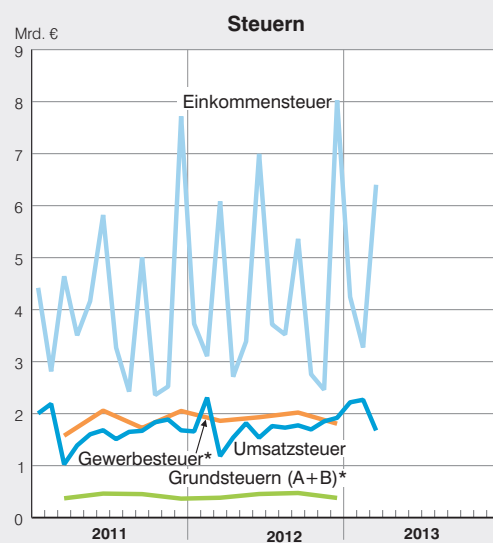
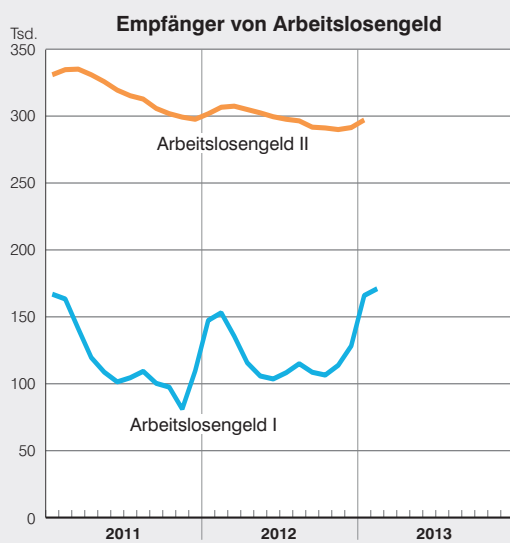
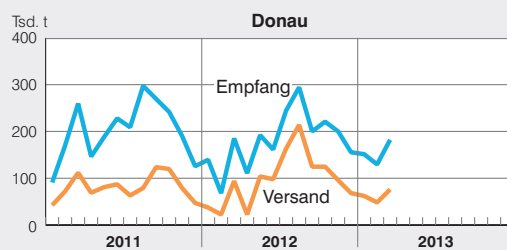
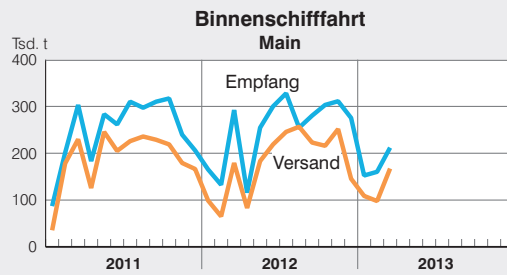
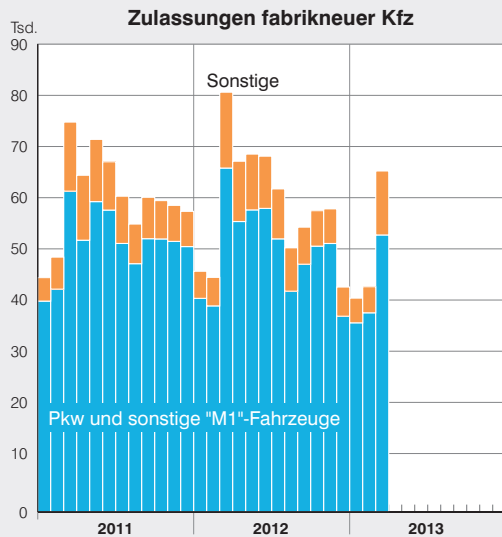
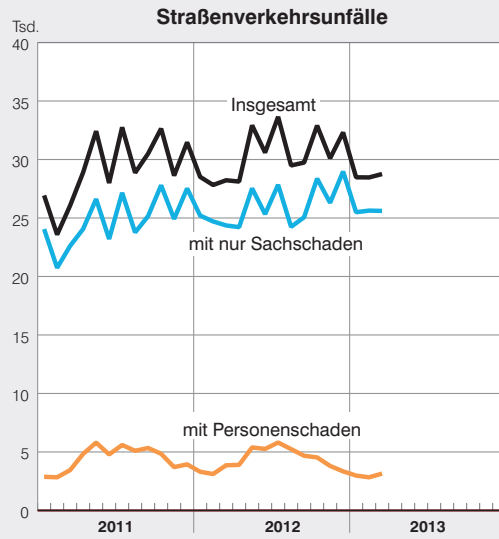
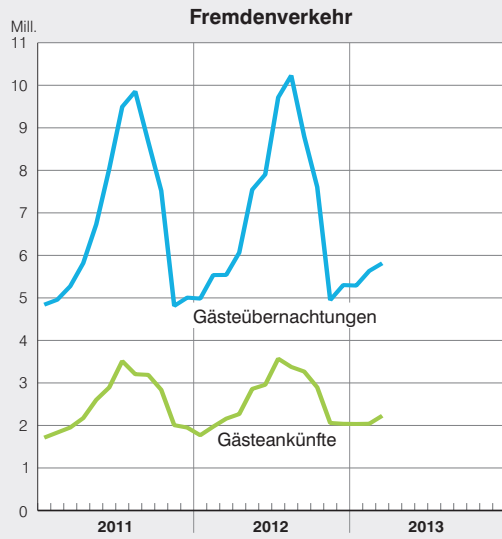


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

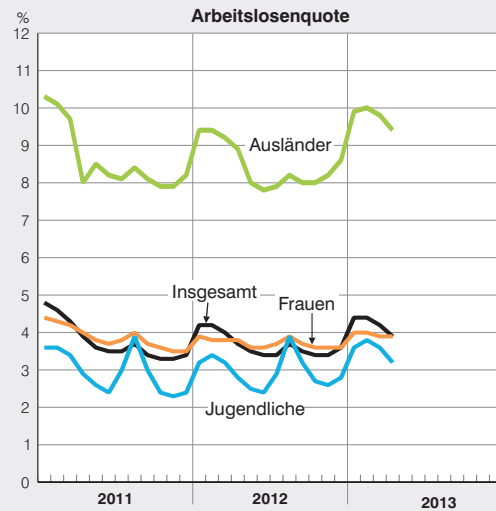
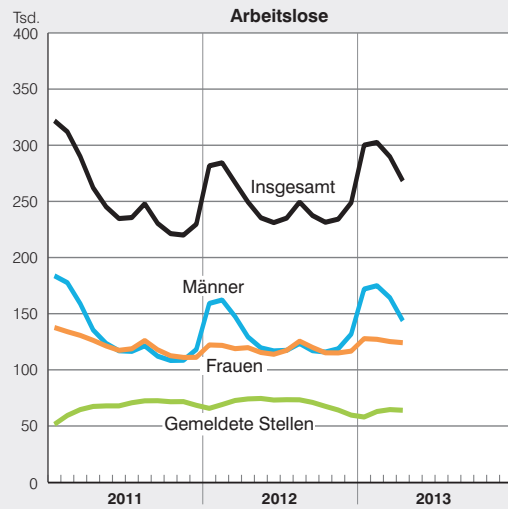
3 Einschließlich Energie.



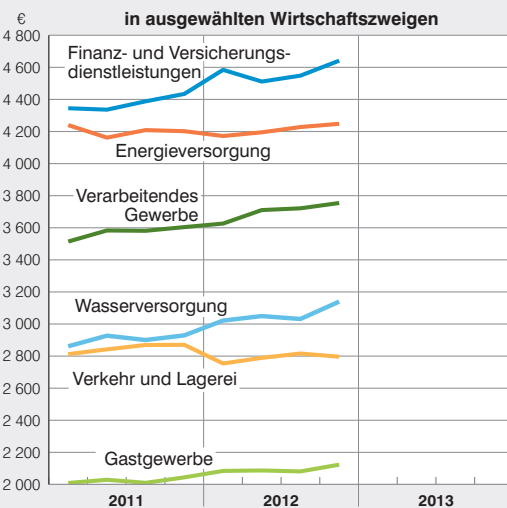
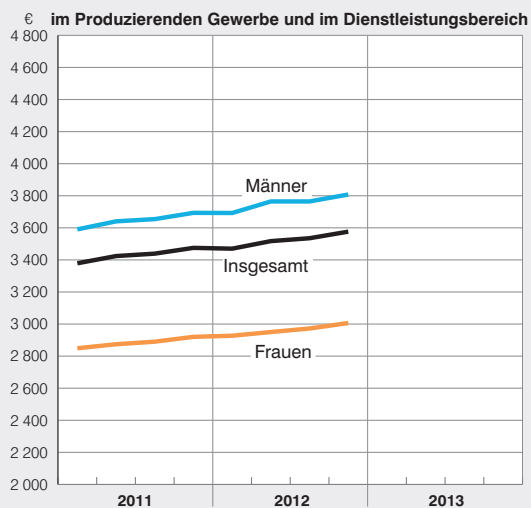


* Quartalswerte.

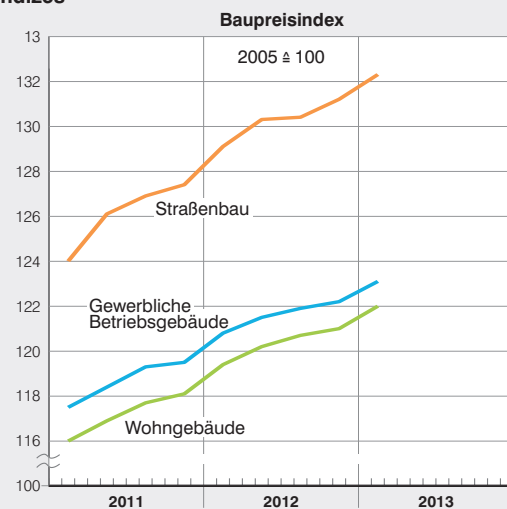
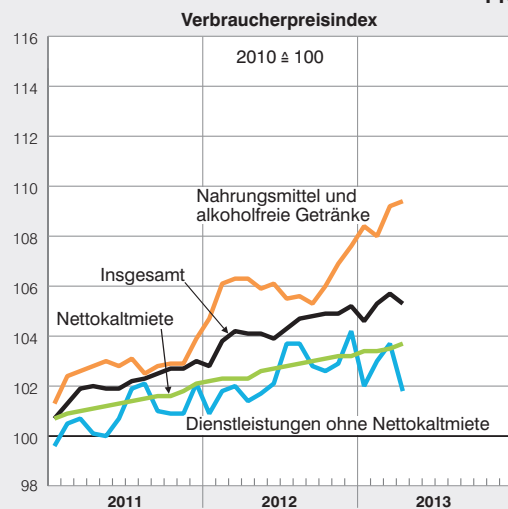
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



April 2013

Statistische Berichte

Hochschulen/Hochschulfinanzen

- Studenten an den Hochschulen in Bayern im Sommersemester 2012 (Hochschulen) 13,90 €

Wahl zum Bayerischen Landtag 2013

- Landtagswahlen in Bayern/Vergleichszahlen, Abgeordnete – 15. September 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 5,00 €

Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

- Viehbestände in Bayern/ Viehzählung im November 2012

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Februar 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern nach Wirtschaftsklassen (jährlich) 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Februar 2013
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Februar 2013

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Februar 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Handwerk

- Handwerk in Bayern (Ergebnisse der Registerauswertung) 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern (jährlich) im Jahr 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 7,30 €
- Baufertigstellungen in Bayern im Jahr 2012; (Kreisfreie Städte und Landkreise) 7,30 €
- Bauüberhang in Bayern am 31. Dezember 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Binnenhandel

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Februar 2013

Außenhandel

- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Januar 2013

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Tourismus in Bayern im Dezember und im Jahr 2012 (Gemeinden) 20,50 €
- Tourismus in Bayern im Januar 2013 (Gemeinden) 17,60 €
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Februar 2013

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats) im Januar 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Januar 2013 (Häfen)

Ausbildungsförderung

- Ausbildungsförderung in Bayern nach d. BAföG und dem BayAföG 2011

Gemeindefinanzen

- Gemeindefinanzen und Realsteuervergleich in Bayern – 4. Vierteljahr 2012 13,70 €

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern (monatlich) sowie Jahreswerte von 2010 bis 2012 im März 2013
- Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis März 2013 6,70 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im März 2013 (Bund) 4,40 €
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im Februar 2013; 1. Vierteljahr 2013 5,30 €

Verdienste

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2012 11,30 €

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

- Bruttoinlandsprodukt in Bayern im Jahr 2012; Berechnungsstand Februar 2013 11,70 €

Abfallwirtschaft, Recycling

- Abfallwirtschaft in Bayern im Jahr 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Verzeichnisse

- Zweckverbände in Bayern Stand: 1. Januar 2013 (Standorte) 34,90 €

Querschnittsveröffentlichungen

- Gemeindedaten 2012 (Gemeinden) 20,00 €
- Gemeindedaten CD-ROM 2012 (Gemeinden) 10,00 €
- Gemeindedaten Buch und CD-ROM 2012 (Gemeinden) 25,00 €

Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

- Kreiszahlen/Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland – 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 15,00 €

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp

Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage **möglich**.

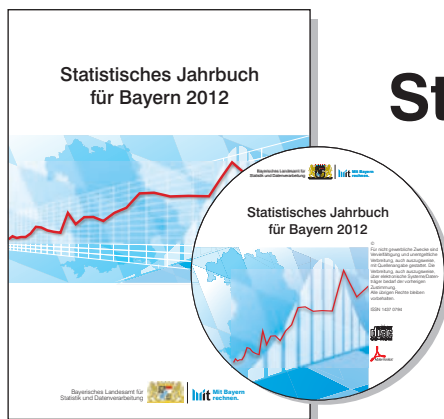
Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der **Einzelpreis** (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis an der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2013** ist abrufbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/Veroeffentlichungsverzeichnis_2013_Internet.pdf und kann als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen:

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Vertrieb
St.-Martin-Straße 47
81541 München
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Fax 089 2119-3457



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2012

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu wichtigen statistischen Bereichen für die Jahre 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 und 2011
 - Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
 - Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
 - Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
 - Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
 - Regionaldaten • Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
 - Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
 - Bayern in Europa • Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
 - Sachverzeichnis • Merkmalsbezogen tief gegliedert
- 603 Seiten
 - Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
 - Graphische Darstellungen
 - Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
 - Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 2119-3205
 Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
 Statistik und Datenverarbeitung
 St.-Martin-Straße 47
 81541 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:

vertrieb@statistik.bayern.de